



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK

FLUCHTGRUND



WAFFENHANDEL

Detlef Mielke: DFG-VK – aktivistische Basisorganisation oder NGO?

Robert Hülsbusch: Befragung eines Kriegsdienstverweigerers

Stefanie Intveen: Corona-Krise – Versuch einer Ermutigung

Kathrin Vogler: Sicherheit radikal neu denken

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65 29 62 46
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23 57 52 36
E-Mail svg@dfg-vk.de

BundessprecherInnenkreis

- Benno Malte Fuchs
E-Mail fuchs@dfg-vk.de
- Katja Görgen
E-Mail Goergen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Markus Hornberger
E-Mail hornberger@dfg-vk.de
- Kathi Müller
E-Mail mueller@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände und -Gruppen: www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund
Telefon 0231 - 81 80 32
E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion *ZivilCourage*
Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de

Liebe Leserin, lieber Leser, liegt es an Einschränkungen der Pandemie und den Ausgangsverboten, dass viele zwangsweise mehr Zeit haben – und die *ZivilCourage* intensiver lesen und dann einen LeserInnenbrief schreiben? Das wäre dann ein positiver Nebeneffekt von Corona. Denn so viele Zuschriften wie dieses Mal gab es noch nie.



Foto: privat

Um die Mühe des Schreibens wertzuschätzen, sind alle Zuschriften am Ende des Hefts veröffentlicht, weitgehend ungekürzt auf acht Seiten. Der Clou, übrigens: Ein „Leserbrief“ kam als handgeschriebene Postkarte – ein sehr seltenes Ereignis in Zeiten fast ausschließlich elektronischer Kommunikation. Dabei vorbildlich: Als kurze und auf den Punkt gebrachte Meinungsäußerung eigentlich ausreichend. Jemand schlug sogar schon – allerdings eher scherzhaft – vor, in Zukunft Zuschriften überhaupt nur noch als Postkarte entgegenzunehmen. Wer sich ausführlich mit einem zuvor erschienenen Beitrag auseinandersetzen will, Begründungen zerpfücken, die eigene Argumentation entwickeln – gerne, aber dann bitte nach Absprache mit einem eigenen Artikel.

Auslöser für die Mehrheit der LeserInnenbriefe war übrigens der im letzten Heft erschienene Beitrag, der sich kritisch mit dem Martin Niemöller, dem früheren zunächst Präsidenten und dann Ehrenpräsidenten der DFG-VK, auseinandergesetzt hatte. Durch die nun entstandene Diskussion sehe ich mich bestärkt darin, dass es richtig war, den kritischen Niemöller-Beitrag zu veröffentlichen. Ich halte es für eine Stärke unseres Verbandes, Streit- und diskussionsfähig zu sein. Das ist zwar sicher noch an manchen Stellen ausbaufähig. Aber unsere friedenspolitischen Strategien und Taktiken werden im Ergebnis dann sicher besser sein, wenn sie breit und auch streitig diskutiert wurden.

Anlass für innerverbandlichen Streit könnten zwei Artikel in diesem Heft bieten: Detlef Mielke kritisiert in seinem Artikel die von ihm konstatierte zunehmende „Verhauptamtlichung“ der DFG-VK. Wohin sich unser Verband entwickelt, das ist schon eine sehr grundsätzliche Frage, die eine gründliche Diskussion wert ist.

Da gehts ums Geld – und auch dabei: Im Blick auf den für Ende Oktober geplanten Bundeskongress plädieren in einem gemeinsamen Artikel der Bundeskassierer und der politische Geschäftsführer für einen Beschluss zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.

Ein Thema, das eigentlich weitgehend erledigt erschien, ist überraschend wieder eines geworden: die Kriegsdienstverweigerung. Vor einiger Zeit hatten wir ein Interview mit Hannah Brinkmann veröffentlicht, deren Onkel Hermann sich 1974 das Leben genommen hatte, nachdem er nicht als KDVer staatlich anerkannt worden war. Darüber hatte sie das illustrierte Buch „Gegen mein Gewissen“ veröffentlicht. In der letzten Ausgabe hatte Werner Glenewinkel darauf mit einem Brief an Hannah Brinkmann reagiert und u.a. geschrieben: Der Ablehnungsbescheid gegen Hermann Brinkmann „versetzt mich fast automatisch in meine eigene KDV-Geschichte“. So ähnlich scheint es vielen zu gehen. Das ist in einer Organisation, in der wohl über die Hälfte im Zusammenhang mit der eigenen KDV Mitglied geworden ist, kein Zufall. Für den Austausch darüber wollen wir Räume schaffen. Hier in der *ZivilCourage*, bei einer Online-Veranstaltung am 16. Mai (siehe Seite 16) und mit dem Hinweis auf das von unserem Mitglied Michael Schmid angestoßene Projekt: „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten“ (www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de)

Anregende Lektüre wünscht

Stefan Philipp

Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!

Von DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb



Foto: privat

Wir alle schätzen die *ZivilCourage*, weil sie uns mindestens vier Mal im Jahr über friedenspolitische Themen und DFG-VK-Interna zuverlässig informiert. Wie sich beim letzten DFG-VK-Bundesausschuss im Februar gezeigt hat, sind die meisten in der DFG-VK der Meinung, dass die *ZivilCourage* eine der besten Zeitschriften im Bereich der Friedensbewegung ist.

Wie für andere Zeitschriften auch, wird für die *ZivilCourage* eine PDF-Datei als Druckvorlage erstellt. Schon jetzt wird dieses PDF bei Drucklegung über einen internen E-Mail-Verteiler an Mitglieder und Interessenten versandt. Das ist ein Vorgehen, das ich auch von großen Zeitungen und Zeitschriften her kenne.

Im Unterschied zu unserer *ZivilCourage* kann man aber inzwischen bei fast allen Zeitschriften und Zeitungen auf die gedruckte Ausgabe verzichten und sich nur noch das PDF herunterladen. Angesichts der portablen Computer, die wir inzwischen haben (Smartphone, Tablet etc.), schätze ich inzwischen diese Möglichkeit sehr und lese viele Zeitschriften und Zeitungen, auch die *ZivilCourage*, nur noch digital.

Ich vermute, dass es vielen in der DFG-VK inzwischen genauso geht. Warum also noch der Umweg über den Druck, wenn sich eine Zeitschrift viel einfacher, preiswerter, breiter sowie klima- und umweltfreundlicher digital verbreiten lässt? Die *ZivilCourage* kostet uns als Verband bei den jedes Jahr angestrebten fünf Ausgaben ins-

gesamt rund 55000 Euro. Darin enthalten sind rund 25000 Euro Personal-, rund 17000 Druck- und rund 13000 Versandkosten.

An den Personalkosten kann und will niemand etwas ändern. In der DFG-VK-Finanzkommission haben die Beratungen ergeben, dass sich an den Druckkosten kaum sparen lässt, wenn in kleinerer Auflage gedruckt wird. Kostenverursachend ist die Drucklegung und weniger die Auflage.

Woran wir alle zusammen jedoch etwas ändern können, sind die hohen Versandkosten. Hier wirkt sich die Zahl der versendeten Ausgaben unmittelbar auf die Kosten aus. Deshalb sollten alle, die wie ich die Druckausgabe gar nicht mehr benötigen, mitmachen und uns mitteilen, dass sie die *ZivilCourage* künftig digital wollen.

Wenn nur ein Viertel der Mitglieder und Abonnent*innen dies tun würden, dann können wir bereits 3250 Euro jedes Jahr einsparen. Wenn jedoch, was ich für realistisch halte und unser Ziel sein sollte, zwei Drittel der Bezieher*innen den alleinigen Digitalbezug bevorzugen würden, dann hätten wir sogar rund 8700 Euro für andere, für politische Zwecke, zur Verfügung, was ich angesichts der gegenwärtigen politischen Lage für dringend notwendig halte. Das muss das Ziel sein: Weniger Geld für die Post, mehr Geld für das politische Engagement!

Ich hoffe, dass wir dies mit diesem Beitrag erreichen. Ansonsten müssen wir über andere Möglichkeiten abstimmen. An dieser Stelle sage ich aber schon mal Dankeschön an alle, die uns eine Rückmeldung geben und mithelfen, effizienter zu wirtschaften. <<

Inhalt

Titel

04 Fluchtgrund Waffenhandel

Antimilitarismus

08 Sicherheit radikal neu denken 20 Aktionen

Pazifismus

10 Corona-Krise: Der Versuch einer Ermutigung 32 Aus der Geschichte lernen!

Kriegsdienstverweigerung

12 Befragung eines Kriegsdienstverweigerers 14 Früherer Vorstand der Zentralstelle KDV zur Wehrpflichtaussetzung vor 10 Jahren 16 Veranstaltungshinweis „... lasst uns drüber reden“ 17 KDV in der Türkei 18 Kommentar zu „Mein Jahr für Deutschland“

DFG-VK-Info

19 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“ 26 Informationen „aus dem Maschinenraum“

atomwaffenfrei!

22 Die Proteste in Büchel

International

24 Global betrachtet

DFG-VK intern

28 Aktivistische Basisorganisation oder NGO? 30 Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrags (?)

26 Impressum • 34 Briefe • 42 Literatur • 43 Satire • 43 Beitrittserklärung zur DFG-VK • 44 Karikatur



<https://zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/>

Oder E-Mail an: zc@dfg-vk.de mit Betreff: ZC digital

FLUCHTGRUND



WAFFENHANDEL

Von Jürgen Grässlin

Sind Rüstungsexporte aus Deutschland und aus anderen Industrieländern ein Grund, das eigene Heimatland zu verlassen und eine oftmals lebensgefährliche Flucht ins Unbekannte zu wagen? Stellen Waffentransfers in Krisen- und Kriegsgebiete einen maßgeblichen Flucht-

grund dar? Und zählt Deutschland gar zu den Waffenexporteuren, die selbst Diktatoren und Despoten hochrüsten?

Solche Fragen sind leider rein rhetorischer Natur. Denn die Faktenlage ist fatal.

In den vergangenen Jahrzehnten leisteten die Bundesregierungen – gleich welcher parteipolitischen Couleur – aktiv Beihilfe zur Stabilisierung autokratischer, repressiver und diktatorischer Machthaber. Zentrales Element der Stabilisierung sogenannter „befreundeter Staaten“ stellen Kriegswaffenexporte in Milliardenhöhe dar.

Mit ihren Genehmigungen für Rüstungstransfers an menschenrechtsverletzende und kriegführende Regierungen und Regimes trugen und tragen Bundesregierungen massiv dazu bei, dass sowohl Kleinwaffen, also Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Scharfschützengewehre etc., als auch Großwaffensysteme wie Kampfpanzer, Militärhelikopter und Kampfflug-

zeuge etc. ganz legal und in immensem Umfang in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert werden durften.

Die Folgen dieser ebenso verantwortungslosen wie menschenverachtenden Regierungspolitik waren und sind fatal. Denn Waffenlieferungen an Staaten, in denen Bürgerkriege toben oder die Kriege mit anderen Staaten führen, zeitigen dramatische Folgen. So gelangte über lange Jahre hinweg in Deutschland produziertes Kriegsgerät an staatliche Kriegstreiber in Libyen, Saudi-Arabien oder die Türkei.

Gerade beim Nato-Partner Türkei können die Bundesregierungen auf eine Jahrzehnte währende Tradition deutsch-türkischer Waffenbrüderschaft zurückblicken.

Allein in den Achtziger- und Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ermordete die türkische Armee Zehntausende Kurd*innen im Südosten des Landes – zumeist mit Waffen von Heckler & Koch (H&K). Mehr als eine Million Menschen aus Türkisch-Kurdistan flohen maßgeblich vor dem Einsatz deutscher Maschinenpistolen des Typs MP5 und Sturmgewehren des Typs G3 und HK33, in Lizenz von H&K bzw. der Bundesregierung (beim G3) gefertigt bei der staatlichen Waffenschmiede MKEK in Ankara.

Die allermeisten der Geflüchteten kamen nach Deutschland, vielfach nicht wissend, dass sie in einem Land von Unterdrücker- und Diktatorenfreunden Schutz suchten.

Allein vom Leopard-2-Kampfpanzer von Krauss-Maffei Wegmann hatte Deutschland der Türkei 354 Stück geliefert. Leo-2 wurden seitens der Truppen von Recep Tayyip Erdoğan u.a. bei der völkerrechtswidrigen Intervention im November 2019 in Nordsyrien eingesetzt. Ein weiterer Grund für die Flucht zahlreicher Menschen. Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung neuerlichen Rüstungsexporten in die Türkei zugestimmt. Allein für 2020 hatte sie Kriegswaffenexports im Gesamtwert von 22,9 Millionen Euro an das Militär in Ankara genehmigt.

Auch andere Regierungen, deren staatliche Sicherheitskräfte Menschenrechte massiv verletzen, wie die in Ägypten und Algerien, erhielten bzw. erhalten in großen Mengen Waffen aus Deutschland. Waffen, die in den Empfängerländern eingesetzt werden: zur Unterdrückung und Vertreibung Andersdenkender und Andersgläubiger, gegen missliebige Oppositionelle und die Demokratiebewegung oder gegen feindliche Kombattanten. Wer um sein Leben fürchtet und überleben will, muss fliehen.

Immerhin erreichten in vergangenen Jahren – als die Festung Europa noch lückenhafter war – mehr als zwei Millionen Menschen Mitteleuropa, viele von ihnen Deutschland. Manche Geflüchtete strandeten gar in Städten, in denen die Waffen produziert wurden und werden, mit denen sie und ihre Angehörigen in die Flucht getrieben wurden: in München, Oberndorf, Friedrichshafen, Düsseldorf oder Kassel. An Orten wie diesen wird besonders augenscheinlich: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.

Was aber hat die seit 2013 von der CDU/CSU und der SPD geführte Bundesregierung aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt? Augenscheinlich nichts: Schließlich hat die Große Koalition 2019 ihre Exportgenehmigungen für Rüstungsexporte auf ein neues Rekordniveau gesteigert – zum Wohle der Rüstungsindustrie.

Besonders zynisch ist dabei die Tatsache, dass verschiedene Rüstungskonzerne in doppeltem Sinne

vom Geschäft mit dem Tod profitieren. Indem sie einerseits Waffen und technisches Know-How in Gebiete liefern, in denen Kriege oder Bürgerkriege toben und die damit die tobende Gewaltaustragung dramatisch verschärfen. Und andererseits liefern sie Rüstungsgüter, Überwachungselektronik oder Drohnen- bzw. Satellitentechnik, mit denen Grenzen abgeschottet und Menschen an der Flucht in ein sicheres Nachbarland gehindert werden. Zu ihnen zählen Unternehmen in aller Welt, auch deutsche Unternehmen, wie der „Fall 06“ des *Global Net – Stop The Arms Trade (GN-STAT; www.gn-stat.org)* dokumentiert.

Militärausgaben und Rüstungsexporte auf Rekordniveau. Weltweit wurden 2019 die Militärausgaben um 3,6 Prozent angehoben, schlimm genug. Noch negativer verlief die Entwicklung hierzulande. Im weltweiten Vergleich des Stockholm Peace Research International Institute (Sipri) stieg Deutschland, wohlgemerkt als einziges Land unter den Top 15, gleich um zwei Plätze – von Rang 9 auf 7 (von 2018 auf 2019). Mit Investitionen in Höhe von 49,3 US-Dollar steigerte die Große Koalition von CDU, CSU und SPD das Volumen der Militärausgaben in nur einem Jahr um zehn Prozent, berechnet auf den Zehnjahres-Zeitraum von 2010 bis 2019 gar um 15 Prozent.

Vergleichbar wüst sind die Werte beim Waffenhandel. Laut Fünf-Jahres-Bericht von Sipri wurde Deutschlands Exportwert für Großwaffensysteme für den Zeitraum von 2015 bis 2019 (im Vergleich zu 2010 bis 2014) von der christlich-sozialen Koalition sogar um 17 Prozent gesteigert. Auch hier der Vergleich: Weltweit wurde das Volumen um weitere 5 Prozent angehoben.

Auch der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2019 ergibt ein bedrückendes Bild: Die Einzelgenehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern wurden von 2018 auf 2019 von vormals 4,82 auf nunmehr 8,01 Milliarden Euro auf einen

neuen Negativrekord in der bundesdeutschen Historie hochkatapultiert. Höchst bedenklich auch die Entwicklung bei den sogenannten „Drittländern“ (außerhalb von Nato und EU): Hier wurde der Gesamtwert der Genehmigungen von 2,55 (2018) auf 3,53 Milliarden Euro (2019) gesteigert.

Auch Entwicklungsländer wurden üppig mit deutschen Kriegswaffen versorgt. So wurde der Wert der Einzelgenehmigungen innerhalb nur eines Jahres nahezu vervierfacht: von 365,7 Millionen (2018) auf 1,35 Milliarden Euro (2019). Die meistbeliebtesten Entwicklungsländer waren im Jahr 2019 Ägypten (801,8 Millionen Euro), Indonesien (201,8), Indien (92,9), Pakistan (63,3) und Marokko (61,4).

Die beiden Atommächte Indien und Pakistan haben bereits mehrere Kriege gegeneinander geführt und liefern sich permanent gewaltsame Grenzkonflikte. Die Menschenrechtssituation in Ägypten, Indonesien und Marokko ist äußerst bedenklich. Die Lage der Flüchtlinge in Marokko beurteilt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International so: „Im Kampf gegen unerwünschte Migration baut die EU die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Transitländern aus. In Marokko setzen Repressionen staatlicher Sicherheitskräfte und Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Migrantinnen und Migranten unter Druck.“

Die Hauptempfänger deutscher Kriegswaffen waren 2019 der EU- und Nato-Partner Ungarn, genehmigt mit rund 1,78 Milliarden Euro, Algerien mit 846,6, Ägypten mit 801,8 und die USA mit 660,1 Millionen Euro.

Ungarn erhält umfassend Kriegswaffen trotz seiner rechtswidrigen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge. Die ägyptische Militärregierung wird mit deutschen Kriegswaffen hochgerüstet trotz der Beteiligung Ägyptens an schweren Menschenrechtsverletzungen im Jemen-Krieg. Die USA werden mit deutschem Kriegsgerät beliefert trotz deren militärischen Interventionen und Menschenrechtsverletzungen im Afghanistan- und im Sy- »

» rien-Krieg sowie deren Unterstützung der Jemen-Aggressoren Saudi-Arabien und Ägypten – um pars pro toto drei Länderbeispiele zu nennen. Alleamt Rüstungsexporte, die ihren Bezug zur Flüchtlingsthematik haben – sei es als Fluchtgrund, sei es als Beitrag zur Flüchtlingsabwehr.

Die aktive Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden mit deutschen Waffen schreitet voran. Unter den Empfängern deutscher Kriegswaffen befanden sich – für mehr als eine Milliarde Euro – 2020 erneut mehrere Staaten im Nahen Osten, obwohl diese in die kriegerischen Auseinandersetzungen im Jemen und in Libyen verwickelt waren und sind. Die Opfer der Politik der Bundesregierung sind vielfach Zivilist*innen, allen voran Frauen und Kinder, die des nackten Überlebens wegen vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen fliehen müssen.

Europa funktioniert immer besser – bei der Flüchtlingsabwehr. In Zeiten der Corona-Krise ist das Schicksal Geflüchteter weitgehend aus dem Fokus der Öffentlichkeit verwunden. Abertausende von ihnen ertranken und ertrinken bei dem Versuch, Europa zu erreichen. Wem die Überfahrt glückte, der landete und landet vielfach in Auffanglagern.

Schlimmer noch: Griechische Grenzschützer sollen massenhaft Flüchtlinge aufs offene Meer zurückgeschleppt haben. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll „in illegale Pushbacks von Flüchtlingen verwickelt“ sein, meldeten verschiedene Medien. Auf allen Ebenen formiert die Europäische Union die Festung Europa. Die EU-Kommission „plant eine Reform“ der Migrationspolitik. Asylbewerber, die „ohne Aussicht auf Erfolg“ gelten, „sollen schneller abgeschoben und von den Herkunftsländern zurückgenommen werden“. Zugleich hat die EU „die mehrjährige Stationierung großer Drohnen“ von Firmen aus Israel und Italien beschlossen, die das zentrale Mittelmeer noch besser überwachen sollen. Ent-

sprechende Tests wurden für Frontex bereits durchgeführt. Aus einem aktuellen Bericht zur „technischen Ausrüstung“ geht hervor, dass Frontex-Chef Fabrice Leggeri die EU-Grenzschutzagentur 2021 mit Gummischlagstöcken, Teleskop-Schlagstöcken und Tränengas hochgerüstet hat.“ Flüchtlingshilfe sähe anders aus.

Global Net deckt doppelte Profite von Rüstungskonzernen auf.

Geradezu perfide ist die Tatsache, dass Rüstungskonzerne in aller Welt in doppeltem Sinne vom Geschäft mit dem Tod und den Flüchtlingen profitieren: Genau sie sind es, die einerseits Waffen und technisches Know-How an Scheindemokraten und Diktatoren exportieren und somit Konflikte verschärfen.

Direkt an den Grenzsicherungsanlagen kommen vielfach Kleinwaffen bei staatlichen Sicherheitskräften gegen Migrant*innen zum Einsatz. Militärfahrzeuge dienen u.a. dem Materialtransport an die Grenzen und dem Abtransport von Geflüchteten zurück in Flüchtlingslager, in Folterkammern, Gefängnisse oder in die Wüste. So die Darstellung in „Fall 06“ des *GN-STAT*.

Für die Überwachungssysteme der sogenannten „Border Security“ benötigen Militärs u.a. Biometrie (Messung an Lebewesen z.B. zur Gesichtserkennung), IKT (Informations- und Kommunikationstechnik), bemannte Fahrzeuge, Boden- und Seesysteme, Schiffe, Luftsysteme wie Helikopter, unbemannte Flugzeuge (meist Überwachungsdrohnen) und Militärsatelliten, zudem physische Infrastruktur, Support und andere Dienstleistungen. Mittels dieser Techniken werden unzählige Menschen bedroht und beschossen, aus ihrer Heimat vertrieben, an Grenzen überwacht und abgefangen. Auch Baufirmen profitieren massiv von der Abschottung.

In vier Stufen veröffentlicht das *Global Net* in den letzten Monaten anhand ausgewählter Fallbeispiele, wie Konzerne von Waffenlieferungen und vom Geschäft mit der Abschottung profitieren:

- rund um Saudi-Arabien,
- rund um Israel,
- zwischen den USA und Mexiko,
- im Maghreb (im Norden Afrikas).

Mit diesem „Fall 06“ gibt das *Global Net* den Opfern eine Stimme und den Verantwortlichen in Täterprofilen Name und Gesicht. *GN-STAT* erstellt Firmenprofile, um die beteiligten Unternehmen als das zu entlarven, was sie sind: rein profitorientierte skrupellos agierende Rüstungs-, Fahrzeug- oder Baukonzerne, die von der Abschottung profitieren.

Pars pro toto sei an dieser Stelle aufgezeigt, wie die Flüchtlinge aus den Krisen- und Kriegsgebieten im Osten Afrikas an der Flucht über Saudi-Arabien in den Nahen Osten und später nach Europa gehindert werden (*siehe Kasten „Saudi-Arabien“*).

Fazit: Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten.

Unzählige Menschen mussten und müssen vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen – in Händen von Regierungstruppen, Guerillaeinheiten oder Terroristen – fliehen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Vizekanzler Olaf Scholz, im Bundessicherheitsrat die maßgeblichen Entscheidungsträger bei besonders brisanten Waffentransfers in Drittländer, wissen das. Dessen ungeachtet genehmigen sie weiterhin Kriegswaffenexporte an Barbaren und Schlächter in Krisen- und Kriegsgebieten. Diese Politik der Bundesregierung ist weder christlich, demokratisch noch sozial. Sie ist heuchlerisch, verlogen und inhuman.

Wer Fluchtgründe beseitigen will, muss da ansetzen, wo ein konkreter Ansatzpunkt besteht. Effizient und erfolgreich wäre ein sofortiger vollständiger Stopp aller Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten – impulsgebend eingeleitet von der deutschen Bundesregierung.

2021: Widerstand gegen Waffenhandel, Engagement für Geflüchtete. Politischer Druck wirkt. Mit der

Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, einem Bündnis von weit mehr als 100 Organisationen der Friedens- und Entwicklungsbewegung mit der DFG-VK, von Kirchen und Gewerkschaften, ist es gelungen, einen Rüstungsexportstopp an Saudi-Arabien zu erwirken. Somit

können zumindest keine neuen Waffen aus Deutschland im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen.

Welche Handlungsoptionen stehen uns für 2021 zur Verfügung? Im Herbst findet die Bundestagswahl statt. Bis dahin offenbaren sich verstärkt Chancen, die in Coronazeiten

weitgehend unbeachteten Themen der Rüstungsexport-, Abschottungs- und Flüchtlingspolitik zum Thema machen, indem wir

- Kandidat*innen für den Bundestag in Bürgersprechstunden und bei Podiumsdiskussionen informieren und befragen;
- Mitstreiter*innen informieren, eigene Handlungsansätze entwickeln und propagieren;
- Friedens- und Flüchtlingsorganisationen unterstützen, sei es als Mitglied oder durch aktives Handeln;
- mitmachen bei Kritischen Aktionär*innen von Rüstungs- bzw. Fahrzeugkonzernen, wie z.B. bei Airbus, Rheinmetall, Heckler & Koch und Daimler (wegen deren Lieferungen von Kriegswaffen bzw. Mercedes-Military-Fahrzeugen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten);
- uns bei *Global Net – Stop The Arms Trade (GN-STAT)* des RIB e.V. engagieren durch – steuerlich absetzbare – finanzielle Zuwendungen (denn die weltweiten Recherchen kosten das RIB e.V. viel Geld) oder durch Mitgliedschaft, durch Reiseberichte, Filme und Fotos aus Krisenregionen, durch eigene Recherchen über Grenzschutzanlagen zur Flüchtlingsabwehr (bestehende Berichte in „Fall 06“ erweitern oder neue Fälle von Border Security aufzeigen) oder beispielsweise durch Übersetzungen vorhandener Textpassagen in andere Sprachen;
- Strafanzeigen unterstützen, die beispielsweise bei illegalem Waffenhandel gestellt wie seitens des RIB e.V. oder der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ bereits bei Heckler & Koch und Sig Sauer mit Erfolg praktiziert (siehe Fall 02 und Fall 04 des *GN-STAT*);
- enger kooperieren in der Friedens- und Flüchtlingsbewegung.

Saudi-Arabien – das weltweit größte Border-Security-Programm

Im Jahr 2004 zog der damalige Rüstungskonzern EADS, jetzt Airbus, einen Auftrag an Land, der bis heute als das größte Border-Security-Programm weltweit gilt. Auftraggeber war das saudi-arabische Königshaus, der Auftragswert betrug rund zwei Milliarden Euro.

Airbus verpflichtete sich zum Bau eines ca. 5000 Kilometer langen High-Tech-Zauns an den Nord- und Südgrenzen des Landes. Als Ziel wurde angegeben, das Einsickern islamistischer Terroristen aus Ländern wie Syrien, dem Irak, dem Libanon und dem Jemen zu verhindern, Waffenschmuggel zu unterbinden und Flüchtlingsbewegungen zu stoppen.

Firmen wie Airbus profitieren bei derlei Geschäften doppelt: Sie liefern High-Tech-Waffen für Milliarden Euro an die Kriegscoalitionäre Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und weitere arabische Staaten, die seit 2015 einen Krieg gegen die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen führen. Und sie setzen noch einmal Milliarden mit der Errichtung von Grenzschutzanlagen um, die unter anderem das Ziel haben, die vom Krieg betroffenen Menschen an der Flucht – auch nach Europa – zu hindern.

Grenzüberwachungstechnologie von Airbus wird vielfach in Deutschland entwickelt und produziert, z.B. im Werk in Immenstaad am Bodensee mit 2250 Mitarbeiter*innen. Laut Airbus werden dort „Führungs-, Aufklärungs- und Überwachungssysteme“ sowie „Zieldarstellungsdrohnen für zivile und militärische Kunden“ und „Plattform-Hersteller für Hubschrauber, Kampfflugzeuge, Trans-

portflugzeuge und UAV“ (unbemannte Luftfahrzeuge, Drohnen) entwickelt und gebaut.

Die humanitäre Situation im Jemen wird sich weiter verschlimmern. Davon ist die für den Jemen zuständige Sprecherin des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, Shabia Mantoo, überzeugt. „Seit Beginn des Konflikts wurden insgesamt mehr als vier Millionen Menschen zur Flucht gezwungen, von diesen haben viele mittlerweile versucht, nach Hause zurückzukehren. [...] Die Mehrheit hat keine andere Wahl, als im Jemen zu bleiben. [...] Nur ein vergleichsweise kleiner Teil, rund 65000 Personen, sind in Nachbarstaaten oder weitere Länder des nahen Ostens geflohen.“

Noch riegelt der Krieg die Grenze nach Norden weitgehend ab. Ist er irgendwann einmal vorbei, dann werden der High-Tech-Zaun und die Meeresüberwachungsanlagen von Airbus weiterhin Menschen an der Flucht hindern. Flüchtende aus Somalia, Dschibuti und Äthiopien, die vom Jemen aus auf die arabische Halbinsel zu entkommen versuchen, werden durch den Zaun abgefangen.

Schon jetzt kommt es zu gewaltsamen Rückführungen, oft von denselben Schleppern, die die Leute ins Land gebracht haben, weiß Shabia Mantoo. „Gemäß UNHCR sind Zehntausende von Jemenitinnen und Jemeniten nach Dschibouti, Somalia und Äthiopien geflohen. Sie leben dann oft in denselben Camps wie die afrikanischen Flüchtlinge, die aus dem Jemen zurückgekehrt sind.“

Wolfgang Landgraeber (für das „Global Net – Stop The Arms Trade“)

Jürgen Grässlin ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis, einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros und Initiator des Global Net – Stop The Arms Trade. <<

Sicherheit radikal neu denken

Mit voller Wucht in den Verteilungskampf mit dem Militär – hier und weltweit

Von Kathrin Vogler

Hinter der Corona-Pandemie und der aus ihr resultierenden, zum Teil aber schon vorher angelegten Wirtschaftskrise beginnen die Katastrophen der Erderhitzung und des globalen Artensterbens ebenso in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung zu treten wie das Leid der inzwischen 80 Millionen Vertriebenen und Geflüchteten, die meisten in Ländern des globalen Südens. Was bedeutet Sicherheit in dieser Zeit und wie kann der Staat seinen Einwohner*innen größtmögliche Sicherheit garantieren? Muss nicht Sicherheit angesichts der globalen Bedrohungen über nationale und Systemgrenzen hinweg gedacht und global gesichert werden?

Das Militär als Konkurrent der zivilen Krisenbewältigung. Die Herrschenden reagieren auf die Herausforderung durch die Krise mit dem Instrumentarium, das ihnen zur Verfügung steht: mit milliardenschweren Subventionen für Großunternehmen, deren Geschäftsmodell schon vorher fragwürdig war; mit massiven staatlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung von Impfstoffen, deren Ergebnisse und Gewinne dann privatisiert werden; mit drastischen Beschränkungen für Bildung, Freizeit, Kultur und lokalen Handel; und mit dem Einsatz von Militär im Inland zum Ausgleich der desaströsen Personalsituation im öffentlichen Gesundheitsdienst und in den privatisierten Einrichtungen der Alten- und Gesundheitspflege.

Es ist gerade in Krisenzeiten erforderlich, neben der unmittelbaren Krisenbewältigung auch politische Weichen für die Nachkrisenzeit zu stellen. Ein „Weiter so“ wie vor der Pandemie wird es nicht geben. In welche Richtung sich aber die Politik entwickeln

soll, darüber muss gestritten werden - und zwar jetzt.

Gewinnt die Bundeswehr diesen Verteilungskampf, dann wird weniger zur Verfügung stehen, um das Gesundheitswesen zu verbessern, die Versorgung mit strategischen Gütern zu sichern, die ökonomischen und sozialen Krisenfolgen zu lindern und die nächsten Katastrophen, die bereits begonnen haben, zu bewältigen: die der Erderwärmung und die des Massenhungers.

Ent-Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Tatsächlich halten viele der impliziten Annahmen über Sicherheit, die bislang die Militarisierung der deutschen Außenpolitik vorangetrieben haben, einer genaueren Überprüfung nicht stand. Etwa die Idee, durch EU- oder UN-Militäreinsätze in Krisengebieten eine Sicherheit herstellen zu können, welche die Voraussetzung für Friedenskonsolidierung sei. Die Erfahrungen aus Afghanistan, Libyen, Mali oder Irak belegen, dass die Präsenz internationaler Truppen weder eine notwendige noch hinreichende Bedingung für friedliche Entwicklung ist oder auch nur dazu geeignet, die Zivilbevölkerung effektiv zu schützen.

Es ist eine Frage des politischen Willens. So sind UN-Militäreinsätze z.B. vor allem deshalb das entscheidende Stabilisierungselement der Uno, weil allein sie eine verbindliche Finanzierung haben. Selbst einzelne Stellen für die UN-Abteilung zur Unterstützung von Mediation sind schwieriger zu bekommen als ein paar Hundert Blauhelme. Und so ähnlich ist es hier: Ein paar Milliarden mehr für die Bundeswehr gehen viel leichter durchs Parlament als ein paar hundert Millionen Investitionsmittel für marode Krankenhäuser oder den Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Bedrohungs- und Verteidigungskonzepte wie aus der Zeit gefallen. Auf falschen Voraussetzungen basiert auch die Annahme, dass die Nato-Staaten einer militärischen Bedrohung durch Russland oder China ausgesetzt seien, die sich mit militärischen Mitteln eindämmen oder abschrecken ließe. Und auch die Idee, die Bundeswehr in eine Verteidigungsarmee umzubauen und ihre Ausstattung und Ausrüstung an den Bedürfnissen der Landesverteidigung zu orientieren, erweist sich bei genauerer Betrachtung als aus der Zeit gefallen.

Militärische Landesverteidigung geht davon aus, dass ein (potenzieller) Gegner das Territorium besetzen und sich die Bevölkerung unterwerfen will. Dies will sie verhindern, indem diesem Gegner durch den Einsatz eigener Mittel so viel Schaden angedroht wird, dass er im besten Fall davon absieht (Abschreckung) oder eben selbst das Risiko eines Gegenangriffs eingehen muss.

Zu einer glaubwürdigen Abschreckung gehört also nicht nur die Bereitstellung von hinreichenden Gewaltmitteln zur Erzeugung dieses Schadens, sondern auch die Bereitschaft, diese einzusetzen, mit allen zu erwartenden Folgen. In unserem Fall mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Folge, dass zerstört wird, was verteidigt werden sollte.

Moderne Industriegesellschaften des 21. Jahrhunderts, die hoch komplex und digital vernetzt sind und eine konstante Energieversorgung benötigen, sind militärisch selbst gegen unterlegene Gegner nicht wirksam zu verteidigen.

Einem entschlossenen, gut geplanten Angriff auf kritische Infrastrukturen, also Strom, Wasser, Verkehr, Information und Kommunikation, würden sie nicht standhalten können.

Dominanzstrategien oder internationale Kooperationen – die Pandemie als Herausforderung. Die Corona-Krise zeigt aber auch, dass eine kooperative, friedliche Welt für alle Menschen bessere Lebensbedingungen schafft. Positiv betrachtet kann sie die Kräfte freisetzen, die für die Bewältigung jener anderen, sehr viel anspruchsvolleren und obendrein menschengemachten Katastrophe nötig sind.

Dass anfangs, in der akuten Not, Staaten um Hilfe gebeten wurden und zur Hilfe bereit waren, mit denen man in einer Konfrontation steht, war ein gutes Zeichen. Inzwischen wird aber Entwicklung und Verteilung von Impfstoff fast schon zu einem zivilen Krieg um Macht und Einflussphären.

Statt also für ein globales Problem nach gemeinsamen Lösungen und kooperativen Konzepten zu suchen, werden selbst Entwicklung und Bereitstellung von Impfstoffen für die Bevölkerung zum Bestandteil einer Konkurrenz- und Dominanzstrategie erklärt. Statt chinesische oder russische Impfstoffe ohne Vorbehalt nach rein wissenschaftlichen Kriterien daraufhin zu prüfen, ob sie bei der Bewältigung der gigantischen Herausforderungen hilfreich sein könnten, wird selbstherrlich und fröhlich der Eurozentrismus gefeiert.

Dabei könnte eine kooperative Strategie erheblich mehr Sicherheit schaffen – nicht nur für die privilegierte Bevölkerung in den Industriestaaten, sondern gerade in den Entwicklungsländern, die unter den Folgen der Corona-Eindämmungsversuche deutlich mehr leiden als unter dem Virus selbst.

Für einen neuen, zivilen Sicherheitsbegriff. Dass aber auf der anderen Seite weiter geplant wird, mit zig Milliarden Euro neue Fregatten, Kampfflugzeuge und Atombomber für die Bundeswehr anzuschaffen, ist ein Relikt alten Denkens.

Wir brauchen das Geld für Gesundheit, soziale Sicherheit und Klimagerechtigkeit, aber auch für die

Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. Jeder Euro für Aufrüstung fehlt im Zivilen, für die wirklichen Herausforderungen. Wenn wir gut aus der Krise herauskommen wollen, dann müssen wir uns jetzt mit voller Wucht in den Verteilungskampf mit dem Militär hineinbegeben, in Deutschland, in Europa und weltweit.

Es gibt dafür gute Ansatzpunkte aus der Zivilgesellschaft: etwa das Szenario „Sicherheit neu denken“ aus der Evangelischen Landeskirche in Baden, das eine Herausforderung zu grundsätzlichem Umdenken und konkrete Schritte zum vollständigen Ausstieg aus der militärischen Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 formuliert (und das die DFG-VK personell und organisatorisch unterstützt). Natürlich gibt es auch an diesem Konzept aus linker Sicht das eine oder andere auszusetzen, aber es bietet eine weit realistischere Analyse und Diskussionsgrundlage als so manches Positionspapier, das mit dem kurzfristigen Blick allein auf die nächste Wahlperiode verfasst wurde.

Konversion. Mehr als einen Gedanken müssen wir dabei auf Konversion verwenden, weil das der größte Stolperstein für die Akzeptanz radikaler Abrüstung ist. Der Umbau der Rüstungsindustrie ist technisch kein größeres Problem, denn die Arbeiter*innen in den Rüstungsbetrieben sind in der Regel hoch qualifiziert und in der Lage, nützliche Produkte herzustellen. Zudem sind nur wenige Betriebe bloße Waffenschmieden. Allerdings ist es eine Machtfrage, private Unternehmen dazu zu bringen, die hoch profitable Rüstungsindustrie zugunsten nützlicher Produktion aufzugeben.

Dabei helfen drei Instrumente: Die umfassende Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften, die systematische Reduzierung der staatlichen Aufträge und die Rückbesinnung auf das Grundgesetz, das Rüstungsexporte eigentlich verbietet.

Auch die Reintegration der Soldat*innen und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr ins zivile Arbeitsleben

will gut geplant werden, bietet aber auch Chancen, da bereits in vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitswesen und in technischen Berufen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Marinesoldaten können staatliche zivile Seenotretter werden, und Pioniere im Natur- und Umweltschutz eingesetzt werden. Das Cyber-Abwehrzentrum wird dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unterstellt und so weiter.

Was ist dafür zu tun? Es braucht vor allem andere politische Mehrheiten. Und damit meine ich nicht rechnerische Zahlenspiele oder bloß irgendeine Regierungskoalition unter Einschluss der Linken. Vielmehr geht es um eine Konstellation, in der signifikante Mehrheiten zumindest in den Mitte-Links-Parteien einen neuen, zivilen Sicherheitsbegriff zur Grundlage ihrer Politik machen. Gründe dafür gäbe es viele:

- Eine zivile Sicherheitspolitik eröffnet ungeahnten Gestaltungsspielraum in anderen Politikfeldern.
- Sie schafft einen neuen Zusammenhalt zwischen der Politik und den Menschen, die in ihrer übergroßen Mehrheit Krieg als Mittel der Politik ablehnen.
- Sie wäre ein Beitrag zum inneren Frieden und zur globalen Gerechtigkeit.
- Sie wäre ein Ausdruck wirklicher Verantwortungsübernahme durch unser Land und eine Chance zur Aufarbeitung seiner kolonialen Vergangenheit.

Was spricht eigentlich dagegen?

Kathrin Vogler ist seit Jahrzehnten Mitglied der DFG-VK, war Mitglied im BundessprecherInnenkreis und Bundesgeschäftsführerin. Seit 2009 ist sie Bundestagsabgeordnete für Die Linke, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und friedenspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Im April wurde sie für eine weitere Kandidatur zum Bundestag auf den aussichtsreichen Platz 5 der nordrhein-westfälischen Landesliste gewählt. <<

Corona-Krise: Der Versuch einer Ermutigung

Wie können wir mehr friedenspolitische Forderungen entwickeln?

Von Stefanie Intveen

Die *Kooperation für den Frieden* skizzierte am 29. Mai 2020, warum die Corona-Krise auch ein friedenspolitisches Thema ist: „Nicht nur das Virus gefährdet die Gesundheit, sondern auch die Maßnahmen gegen seine Ausbreitung bringen Gefahren für Gesundheit und Leben mit sich. Insofern ist die kritische Auseinandersetzung sowohl mit den ‚Corona-Maßnahmen‘ als auch mit den Unterlassungen in der Prävention und in der Anfangsphase eine Aufgabe sozialer Bewegungen.“

Christine Schweitzer berichtete etwa zur gleichen Zeit: „In etlichen Ländern haben Militär und militarisierte Polizei den Lockdown zum Vorwand genommen, ihre Machtbefugnisse nicht nur auf die Pandemie

beschränkt vorübergehend wie in Deutschland, sondern dauerhaft auszubauen (Ungarn) und mit Gewalt gegen Oppositionelle oder bestimmte ethnische Gruppen vorzugehen.“

In der DFG-VK-Gruppe Köln haben wir angefangen, uns mit der Krise auseinanderzusetzen. Natürlich forderten wir schon „vor Corona“, die staatlichen Ressourcen aus den Militärbudgeten auf den Gesundheitssektor umzulenken (*#FundHealthNotWar*). Es fällt uns aber schwer, die Krise aus unserer friedenspolitischen Sicht genauer zu beschreiben und präzisere Forderungen zu entwickeln. Wie viel staatliche Gewalt zur Durchsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen halten wir für angemessen? Der Versuch, hierzu eine Position zu entwickeln, führt leicht in ein auswegloses Gestrüpp wissenschaftlicher Kontroversen über das Risiko, an Covid-19 zu erkranken, und die Ausgestaltung von staatlichen Schutzmaßnahmen. Denn bereits vor der „Pandemie-Erklärung“ der WHO am 11. März 2020 zeigte sich ein scharfer Gegensatz in medizinischen Fachkreisen über genau diese Fragen, und dieser Gegensatz hält bis heute an.

Die Bundesregierung, der Bundestag und der überwiegende Teil der privaten und öffentlich-rechtlichen Medien entschieden sich im März 2020, denjenigen Fachleuten zu folgen, die das Erkrankungsrisiko als außerordentlich hoch ansahen und Szenarien mit katastrophal hohen Opferzahlen bei fehlenden Schutzmaßnahmen entwarfen. Sie ergriffen oder unterstützten daher außerordentlich weitgehende Maßnahmen. Die Corona-Maßnahmen greifen in zahlreiche Grundrechte ein und können – als Katalysator- oder Nebeneffekt – Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft ändern. Gleichzeitig mit dem Start der

Die DFG-VK Gruppe Köln hat 126 Mitglieder. Etwa fünfzehn beteiligen sich regelmäßig an den monatlichen Treffen und Aktionen. Die Gruppe unterstützte im April 2020 eine Klage gegen die Stadt Köln, die den Ostermarsch-Auftakt verboten hatte. Im Dezember 2020 unterstützte sie erfolgreich eine weitere Klage gegen die Stadt Köln, die die Höchstzahl der Teilnehmenden bei der Veranstaltung „Abrüsten statt Aufrüsten!“ einschränken wollte.

Zunächst verspürte die Gruppe keinen Wunsch, sich intensiver mit der „Corona-Krise“ auseinanderzusetzen. Bei ihrem Gruppentreffen am 27. August 2020 erhob sie zum ersten Mal ein Meinungsbild der zwölf anwesenden Mitglieder. Der Wunsch nach Aussprache brannte vielen unter den Nägeln, denn die zweite große „Querdenken-Demo“ in Berlin, die unmittelbar bevorstand, war von den Behörden verboten worden.

Es zeigte sich, dass die Sorgen und Einschätzungen stark auseinanderliefen. Manche hielten die Regierungspolitik für sinnvoll und notwendig, andere für übertrieben und gefährlich. Bei dem virtuellen Gruppentreffen am 25. Februar 2021 war die „Coronakrise“ der Themenschwerpunkt.

Maßnahmen setzte eine öffentliche Diskreditierung derjenigen Fachleute und ihrer Anhänger*innen ein, die eine Minderheitsmeinung vertreten. Es entstanden zwei Lager, die sich zum Teil feindselig gegenüberstehen. Bis heute erschwert das eine konstruktive Auseinandersetzung über eine sinnvolle „Corona-Politik“.

Beide Lager berufen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse und die Grundrechte und drücken aus meiner

„Länger als Wuhan: Der längste Corona-Lockdown der Welt gilt auf den Philippinen. Für Menschen, die ihre Häuser verlassen, weil sie hungern, hat der berüchtigte Präsident Duterte einen Satz übrig: ‚Erschießt sie!‘“

Die Welt, 25.5.2020

„Konflikte können sich zu gewalttätigen Kämpfen entwickeln, sie können aber auch positive Entwicklungen auslösen. Die Chancen dafür steigen mit Fähigkeiten zum konstruktiven Konfliktaustrag.“

Hanne-Margret Birckenbach

Sicht nachvollziehbar und berechtigt ihre Ängste aus. Der entstandene Riss zieht sich durch viele Gemeinschaften: Vereine, Familien, Betriebe, Gewerkschaften, Unternehmensverbände, Fachverbände, Kirchengemeinden, Parteien und Friedensorganisationen. Das behindert die Erarbeitung gemeinsamer konstruktiv-kritischer Positionen zur „Corona-Politik“ und kann im schlimmsten Fall zu eskalierenden Streitigkeiten oder dem Rückzug von Mitgliedern solcher Gemeinschaften führen. Gerade in der Krise sollte die Zivilgesellschaft nicht verstummen.

In der Friedensbewegung fordern wir, internationale Konflikte zivil zu bearbeiten. Hier ist nun ein nationaler Konflikt mit globaler Dimension, der uns alle persönlich betrifft. Warum sollten wir nicht versuchen, unserer Forderung selbst nachzukommen? Welchen Beitrag zur Versöhnung könnten wir als Friedensbewegung leisten? Wie sollte über das strittige Thema gesprochen und verhandelt werden? In unserer Kölner Gruppe gibt es ein breites Meinungsspektrum zur Corona-Krise. Wenn hier oder in anderen Gruppen eine Versöhnung gelingt, kann sie Modellcharakter bekommen. Daher sind auch kleine Ansätze wertvoll.

Mit dem Begriff „Versöhnung“ meine ich hier nicht die Einigung auf eine bestimmte fachliche Sicht des Erkrankungsrisikos, sondern nur die Einigung auf einen Prozess und auf Grundlagen für die Diskussion über das Thema. Als Friedensbewegte eignen wir uns dafür, weil wir uns an den in der Charta der Vereinten Nationen verbrieften Menschenrechten orientieren und uns für Großkonflikte interessieren. Wir eignen uns auch deshalb, weil es bei uns Friedensfachkräfte, Mediator*innen und ähnlich geschulte Fachleute gibt, die sich mit ziviler Konfliktbearbeitung auskennen.

Moderierte Gesprächsformate können einen partnerschaftlichen Austausch auch bei gegensätzlichen Auffassungen und Interessen ermög-

lichen. Eine Übung zum Wechsel der Konfliktperspektive beispielsweise macht die Gefühle, Ängste und Wünsche der Gruppenmitglieder für alle sichtbar. Als erfreuliches Nebenergebnis lernen sich die Teilnehmer*innen besser kennen und können die Gründe für gegensätzliche Meinungen besser nachvollziehen. Das funktioniert auch bei Videokonferenzen. Das tiefere Verständnis öffnet den Raum für die Entdeckung von Übereinstimmungen und die Entwicklung politischer Forderungen.

Solche Forderungen können sich an fünf Prinzipien der Friedenslogik orientieren (nach Hanne-Margret Birckenbach): Gewaltprävention, Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit, normorientierte Interessenentwicklung und Fehlerfreundlichkeit.

Die Themenfelder und Erfahrungen aus „klassischen“ Bereichen der Friedensbewegung, die in der Corona-Krise berührt werden, sind reichlich vorhanden: multinationale Organisationen, Lobbyismus, internationale Solidarität, Medien, Gewaltenteilung, Verfassungsrecht, Ethik, Wirtschaftspolitik, Kinderrechte, Menschenrechte usw. Was könnte beispielsweise „internationale Solidarität“ in der Corona-Krise genauer heißen? Welche friedenspolitischen Forderungen können sowohl Gegner*innen als auch Befürworter*innen der Corona-Maßnahmen übereinstimmend erheben?

Auch gegensätzlich bleibende Auffassungen sind es wert, notiert zu werden. Ein Friedensfreund aus Düren erklärte mir, in den 1980er Jahren sei es weitverbreitete Praxis in der Friedensbewegung gewesen, „Konsens-Dissens-Papiere“ zu schreiben. Man schreibt darin auf, welche Positionen man teilt und wo man unterschiedlicher Auffassung ist. Das habe geholfen, einer Zersplitterung der Friedensbewegung vorzubeugen und in der Sache weiterzukommen.

Warum sollte das nicht auch heute möglich sein?

Stefanie Intveen ist eine der SprecherInnen der DFG-VK-Gruppe Köln. <<

15. Mai: U35-Netzwerktreffen

Wegen der Seuche wurde das U35-Netzwerktreffen leider auf September verschoben. Aber nicht verzagen: Wir machen Vernetzung im Internet. Am Samstag, den 15. Mai, gibt es von 16 bis 17:30 Uhr ein Treffen zum Thema Feminismus und Antimilitarismus in Armenien und Aserbaidschan. Um 18 Uhr stellt sich die Kampagne [musstob21.noblogs.org](https://www.musstob21.noblogs.org) vor, die den ausfallenden Tag der Bundeswehr mit kreativen Aktionen feiern möchte. Und am Sonntag, 16. Mai, kannst du dich in die Organisation des Treffens im September einbringen. Vor allem wollen wir an dem Tag an unserem Awareness-Konzept arbeiten. Mehr Infos folgen bald auf <https://www.amab.blackblogs.org>

Neue DFG-VK-Lobby-Referentin



Seit März ist Elvin Çetin Referentin für Lobbyarbeit des DFG-VK-Bundesverbands.

Sie ist in Stuttgart geboren und aufgewachsen und lebt seit vier Jahren in Berlin. In Istanbul hat sie ein Bachelor-Studium in International Studies mit Auszeichnung abgeschlossen und in Berlin und Potsdam ein Master-Studium in Internationalen Beziehungen erfolgreich absolviert. Danach arbeitete sie zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei einem Think Tank und anschließend als Referentin bei einem Jugendverband in Berlin.

Gewählt als Referentin wurde sie mit einer Zweidrittelmehrheit vom DFG-VK-Bundesausschuss bei seiner Sitzung Ende Februar.

Elvin Çetin ist zu erreichen per Mail: cetin@dfg-vk.de

Befragung eines Kriegsdienstverweigerers

Wie Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung mein Leben „reich“ machten

Von Robert Hülsbusch

Donnerstag, 18. Februar 1982, 14 Uhr 30. In Coesfeld tagt im Kreiswehrrersatzamt der Prüfungsausschuss für Kriegsdienstverweigerer. Der Vorsitzende schließt mit den Worten: „Der Antragsteller Robert Hülsbusch ist berechtigt, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern.“ Jetzt hält mich nichts mehr. Ich stehe zügig auf, packe meine Sachen, verlasse den Saal, ab ins Auto und los geht es nach Hause. Unbeschreibliche Gefühle übermannen mich, Erleichterung, Freude, Wut ... ein Knoten scheint zu platzen, Tränen laufen über mein Gesicht. Erlösung – nach 10 Jahren aufgetauter Emotionen. Belogen und betrogen. Bedrängt und ausgebremst. Fertig!

Nach dem Abitur wurde ich am 2. Juli 1973 Soldat in Coesfeld. Damals meinte ich, dies sei eine gute Möglichkeit, die Zeit bis zum Maschinenbau-Studium zu überbrücken. Ja, es gab vereinzelt entfernte Bekannte, die einen Antrag auf KDV gestellt hatten. Für mich war das kein Thema. Aus einem kleinen Dorf kommend, völlig unpolitisch, eher angepasst. Dorfjugend halt. Wie sich dies änderte, steht in der Begründung zu meinem ersten Antrag auf Anerkennung als KDV, drei Monate nach meinem Dienstantritt:

„In den ersten zwei Monaten nach meiner Einberufung standen Fernschreibausbildung und der Erwerb des Führerscheins auf dem Dienstplan. Darauf, in den letzten vier Wochen der Grundausbildung, folgte die Schieß- und Infanteriegefechtsausbildung. Den zweiten Tag dieser Ausbildungsperiode werde ich nie vergessen. Morgens im Unterricht wurde uns gelehrt, wie man schießt und wo man den Gegner treffen soll, um ihn „kampfunfähig“ zu machen, also letztlich, ihn zu vernichten.

Unvorstellbar meine Betroffenheit, die sich in eine innere Auflehnung gegen den Vorgesetzten steigerte. Der Nachmittag war für die praktische Zielübung angesetzt. Unsere Aufgabe war es, mit dem Gewehr aus allen Anschlagarten auf abgebildete Soldaten zu zielen. Zum ersten Mal hielt ich dieses Mordinstrument, das ich bis dahin nur aus Filmen kannte, selbst in der Hand. Auch wenn ich es gewollt hätte, ich konnte auf diese Figuren nicht zielen. Ich werde und will nie in der Lage sein, Menschen zu töten, töten zu müssen oder auch nur eine Waffe gegen Menschen zu richten...“

So war es. Was ich noch anmerkte: Einen Tag später fuhren wir mit dem ganzen Ausbildungszug nach Oberhausen in das Kinderdorf. Dort waren Kinder aus Vietnam untergebracht, die den Krieg dort erlebt und erlitten hatten. Was Krieg anrichtet, was Militär erst recht für die Kleinen bedeutet, konnten wir angehende Soldaten uns anschauen. Wahrlich ein Anschauungsunterricht, der zumindest bei mir seine Wirkung nicht verfehlte.

Insgesamt baute ich meine Begründung auf, wie sie wohl Hunderttausende junger Männer damals schrieben: Gewissensentscheidung, Erziehung zur friedlichen Konfliktlösung in der Familie, Kriegserlebnisse von Familienmitgliedern, Kriegsfilme, Erfahrungen mit Tod und Abschied, die zeigen: Das menschliche Leben ist das höchste Gut, was niemand zerstören darf. Töten geht gar nicht.

Ich war ca. vier Monate bei der Bundeswehr, als die erste Verhandlung vor dem Prüfungsausschuss anberaumt wurde. Das Gelöbnis hatte ich zwischenzeitlich abgelehnt, auch die Teilnahme an weiteren Schießübungen. Und natürlich befand ich mich als „KDVler“ in einer Sonderrolle. Die unteren Dienstgrade ließen

mich ihre „Abscheu“ spüren. Ein „Verräter“. Die meisten Offiziere verstanden zumindest auf der intellektuellen Schiene, was mich bewegen musste. Schikane hatten sie nicht nötig.

Vor dem Prüfungsausschuss am 29. November 1973 fand ich kein Erbarmen. Wo kämen wir auch hin, wenn ein Soldat so einfach seine „Flinte ins Korn“ werfen kann? Ich hatte keine Chance. Heute ist mir klar: Ich war 18, unerfahren mit Gerichten und Verfahren, eher ein schüchterner Typ, nicht vor Selbstbewusstsein strotzend. Ohne klare Strategie. Diese Unsicherheit spürte ich schon vor der ersten Verhandlung und versuchte deshalb im Voraus, alles „wasserdicht“ zu machen. Freunde schrieben mir Referenzen, meine Mutter setzte ein Schreiben auf, in dem sie ihre Kriegsgeschichte erzählte und deutlich machte: Meine Kinder erziehe ich zum Frieden, sie werden keine Soldaten. Ein erwachsener Freund kam mit zur Verhandlung, dort jedoch kaum zu Wort. All diese „Vorbereitungen“ machten den Erfolg nicht wahrscheinlicher. Die Prüfer ließen sich nicht beeindrucken:

„Der Prüfungsausschuss hat dem Antragsteller nicht abgenommen, dass ihm die praktische Ausbildung am Gewehr zu der Erkenntnis verholten hat, dass er nicht in der Lage sei, einen Menschen zu töten. ... Dennoch wollte der Prüfungsausschuss dem Antragsteller die Gelegenheit geben, seine Darlegung, keinen Menschen töten zu können und seine innere Bindung an dieses Gebot anhand beispielloser Situationen offen zu legen. Die Versuche des Prüfungsausschusses schlugen fehl. Der Antragsteller antwortete ausweichend und wollte sich nicht festlegen! Der Antrag konnte demnach keinen Erfolg haben.“

Aus der Entlassung aus der Bundeswehr einen Tag später wurde nichts. Wieder zum Dienst. 14 Tage später legte ich Widerspruch ein. Die Verhandlung fand am 29. Januar 1974 vor der Prüfungskammer in Münster statt. Auch hier hatte ich keine Chance. In der Ablehnung führte die Kammer aus: „Bloße verstandesmäßige, politische, weltanschauliche oder sonstige rationale Erwägungen gewähren als solche ebenso wenig ein Recht auf KDV wie eine rein gefühlsmäßige Abneigung gegen den Krieg und die Beteiligung daran. Rationale Erwägungen oder auch eine gefühlsmäßige Abneigung gegen eine Beteiligung am Kriegsdienst sind nur insofern von Bedeutung, als sich auf ihrer Grundlage eine Gewissensentscheidung gebildet hat, d.h., dass sich die ursprünglich nur rational oder gefühlsmäßig begründete Einstellung später zu einer sittlich verpflichtenden Überzeugung vertieft.“ So war das also. Und wer diesen Schritt zur Wissensbildung vollzogen hat, das bestimmten vor Prüfungsausschuss und Prüfungskammer die vier Herren. Im Zentrum dieser Vergewisserung und Bestimmung stand wieder die zentrale Frage: Wie entscheiden Sie sich in einer Notwehrsituation: „Abends im Dunkeln kommt ein Mann auf Sie zu. Er will das Geld. Er drängt sie zurück gegen einen Zaun. Sie bemerken, dass eine Latte locker ist... Na, was machen Sie?“

In einem hatte die Prüfungskammer in ihrer Begründung recht: „Der Wehrpflichtige hätte unter Berücksichtigung seines Bildungsstandes mehr und überzeugender vortragen können und müssen, wenn er sich ernsthaft aus echten Gewissensgründen gegen den Kriegswaffendienst entschieden hätte.“ Die Ernsthaftigkeit lasse ich mir nicht absprechen. Dass ich nicht sehr überzeugend argumentierte und auftrat – das will ich gerne zugeben. Mit 18 Jahren war ich dazu nicht in der Lage – trotz Abiturs. So fühlte ich mich noch zusätzlich gedemütigt. Zu Recht. Die Erwartung der Prüfungskammer war Unrecht.

„Friedenspolitik wurde durch die KDV mein Lebensmittelpunkt. Bis heute.“

Also wieder zurück in die Kaserne zum Kriegsdienst. Wenige Wochen später war die Zeit vorbei. Die Sachen gepackt und raus aus der Kaserne. Diese werde ich nie, nie wieder betreten. Das stand fest.

Die 15 Monate bei der Bundeswehr und die Erfahrungen mit dem KDV-Verfahren hatten Konsequenzen. Die erste: Das Studium des Maschinenbaus wurde gestrichen. Ich begann ein Studium an der Pädagogischen Hochschule und ließ mich zum Grund- und Hauptschullehrer ausbilden. Gerade den Kindern, die nicht einen „goldenen Start“ ins Leben haben, galt mein Interesse. Parallel studierte ich noch Sozialpädagogik. Und natürlich politisierten mich die Erfahrungen der letzten Monate. Ich trat den Jungsozialisten bei und belegte an der PH Seminare über Friedenerziehung. Über mehrere Semester befassten wir uns mit dem Thema Frieden und Friedenerziehung, dachten über Krieg und Frieden nach, analysierten die politischen Voraussetzungen für eine friedliche Welt. Die ersten theoretischen Erkenntnisse damals: „Die Welt ist nicht mehr unbegrenzt. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden wir Grenzprobleme erreichen, deren Bewältigung das Schicksal der Menschheit entscheidet: Die bekannten Rohstoffquellen sind endlich. Die Belastung der Umwelt steigt ins Unermessliche. Der Hunger und die Armut in der Welt werden größer. Die Rüstung nähert sich einer Schallmauer. Und nur wenn die Menschen fähig und willens sind, diese Probleme gemeinsam anzufassen und friedlich zu regeln, haben wir eine Chance zu überleben... Ohne Frieden ist alles nichts. Wenn wir dieses Ziel nicht im Auge haben, können wir alle anderen vergessen.“ So stand es einige Jahre später in meiner Begründung für den erneuten KDV-Antrag.

Die Erfahrung bei der Bundeswehr und das anschließende Studium sollten mein ganzes Leben prägen. Schon bei den Jusos galt ab 1977 mein Interesse der Friedenspolitik. Und als Anfang der 1980er Jahre die sogenannte Nato-Nachrüstungsdebatte begann, war ich dabei. 1981 gründete ich in Nottuln die Friedensinitiative, die noch heute sehr aktiv ist. In der SPD leitete ich viele Jahre auf Unterbezirksebene einen Friedenskreis. Bis ich die SPD nach der Zustimmung zum Jugoslawien- und später zum Afghanistankrieg verließ. Einige Jahre war ich auch auf Bundesebene aktiv, eine kurze Zeit als einer der Bundessprecher der DFG-VK, lange Jahre als Mitglied im Koordinationsausschuss der Kooperation für den Frieden. Friedenspolitik wurde mein Lebensmittelpunkt – privat, beruflich, politisch. Bis heute. Und durch das friedenspolitische Engagement wurde mein Leben nicht nur bestimmt, sondern auch sehr bereichert.

Aber eine Rechnung war noch offen: 1981 stellte ich einen KDV-Antrag. Die einzige Unterstützung diesmal: Auf der Autofahrt hörte ich Hannes Wader: „Es blieb nur das Kreuz als die einzige Spur von deinem Leben, doch hör meinen Schwur, für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein, fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein. Dann kann es geschehen, dass bald niemand mehr lebt, niemand, der die Milliarden von Toten begräbt. Doch längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit, diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit...“ Als anerkannter KDV-er verließ ich das Kreiswehrrersatzamt.

Robert Hülsbusch ist jahrzehntelanges DFG-VK-Mitglied und war 1981 Gründer der Friedensinitiative Nottuln, die auch heute noch aktiv ist. Eine ungekürzte Version dieses Beitrags ist zu finden auf der [CivilCourage-Homepage](https://bit.ly/3g7KG2S): <https://bit.ly/3g7KG2S> <<

„... und das ist gut so!“

Früherer Vorstand der Zentralstelle KDV zur Wehrpflicht-Aussetzung vor 10 Jahren

Vor zehn Jahren, am 24. März 2011, beschloss der Deutsche Bundestag die Aussetzung der Wehrpflicht. Seit dem 1. Juli 2011 kann der Dienst in der Bundeswehr nur noch freiwillig geleistet werden. Durch diese Aussetzung der Wehrpflicht wurde die Bundeswehr von damals rund 255 000 Soldat*innen auf rund 185 000 verkleinert.

Die kurz nach Einführung der Wehrpflicht im Jahr 1957 gegründete *Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. (Zentralstelle KDV)*, eine gemeinsame Einrichtung von 26 Mitgliedsorganisationen*, feierte im Mai 2011 das Ende der Wehrpflicht und löste sich mit einem Beschluss der Mitgliederversammlung selbst auf.

Zum zehnten Jahrestag dieser „historischen Entscheidung“ des 24. März 2011 erklären die damaligen Mitglieder des letzten Vorstands der Zentralstelle KDV, Dr. Werner Glenewinkel, Michael Germer, Stefan Philipp, Hans-Jürgen Wiesenbach, Eberhard Kunz, Ernst Potthoff und Herbert Schulz sowie die damalige Präsidentin Dr. Margot Käßmann und der damalige Geschäftsführer Peter Tobiassen:

Unwürdige Überprüfungsverfahren für die Gewissensentscheidungen der KDV. Mit dem Wegfall der Wehrpflicht endete auch das unwürdige und inquisitorische Überprüfungsverfahren für die Gewissensentscheidungen der Kriegsdienstverweigerer, die gegen ihren Willen und ihr Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe einberufen werden sollten. Hunderttausendfach wurden in diesen Verfahren Kriegsdienstverweigerer zu Unrecht abgelehnt, Zehntausende wurden gegen ihr Gewissen zum Waffendienst gezwungen. Tausende gingen daraufhin ins Exil nach Westberlin (bis 1989 ohne Wehrpflicht) oder ins

Ausland, einige – wie Hermann Brinkmann – verzweifelten an den Fehlentscheidungen der Wehrbehörden so sehr, dass sie nicht mehr weiterleben konnten. (*Comic: Gegen mein Gewissen - Die ganze Doku | ARTE* oder *Das Schicksal von Hermann Brinkmann als Graphic Novel | NDR.de - Fernsehen - Sendungen A-Z - Hamburg Journal*) Wir wissen aber auch: Nach wie vor gibt es diese Gewissensprüfungen für Soldatinnen und Soldaten, die aus der Bundeswehr heraus verweigern.

Die Wehrpflicht zerstörte hunderttausendfach Ausbildungs- und Berufswege. Die Einberufungen zum Wehr- und Zivildienst, oft schon die behördlichen Ankündigungen eines solchen Vorhabens, verzögerten, behinderten und zerstörten in vielen Fällen Ausbildungs- und Berufswege sowie Lebensplanungen. Die Zentralstelle KDV hat im „Schwarzbuch Wehrpflicht“ zur Jahreswende 2006/2007 zahlreiche Fälle dokumentiert, wie die Wehrpflicht negativ in Lebenswege eingriff.

Um die Wehrpflicht zu halten, gab es staatliche Willkürregelungen. Aus der durch das Grundgesetz nur als Möglichkeit zugelassenen, dann aber rechtlich zwingend allgemeinen Wehrpflicht formten staatliche Vorgaben sehr schnell eine willkürliche Wehrpflicht. Üblicherweise – so die Erfahrungen in anderen Staaten mit Wehrpflicht – beträgt der Anteil aus gesundheitlichen Gründen nicht wehrdienstfähiger Männer ca. 10 Prozent am Jahrgang. Das Bundesverteidigungsministerium veränderte die Musterungskriterien willkürlich so, dass in den letzten Jahren der Wehrpflicht hier in Deutschland mehr als die Hälfte der Gemusterten für „nicht wehrdienstfähig“ erklärt wurden. Der Grund: Es konnten in die ver-

Erklärung zur Wehrpflicht der früheren Vorstandsmitglieder der (2011 aufgelösten) Zentralstelle KDV vom 17. März 2021 mit dem Titel:

Vor zehn Jahren beschloss der Deutsche Bundestag das Ende der Wehrpflicht – und das ist gut so

kleinerte Bundeswehr immer weniger Rekruten einberufen werden. Um den Schein der Wehrgerechtigkeit zu wahren, wurde die Hälfte eines Jahrgangs willkürlich von der allgemeinen Wehrpflicht befreit. Offensichtliche Willkür untergräbt das Vertrauen in einen Rechtsstaat.

Argumente für den Wegfall der Wehrpflicht sorgfältig geprüft. Im Vorwort zum „Schwarzbuch Wehrpflicht“ schrieb Margot Käßmann als damalige Präsidentin der Zentralstelle KDV Anfang 2007:

„Die Zentralstelle KDV hat sich in den vergangenen 15 Jahren nicht nur mit der Forderung nach dem Wegfall der Wehrpflicht befasst, sondern auch mit den möglichen Folgen: Ist eine Freiwilligenbundeswehr demokratieverträglich? Was wird aus dem berühmten „Bürger in Uniform“? Bricht der Sozialbereich zusammen, wenn es keine Zivis mehr gibt? Was wird aus Diakonie und Caritas? Kann eine allgemeine Dienstpflicht die Wehrpflicht gerechter machen? Gründlich und breit diskutiert und wohlüberlegt können wir nach all den Debatten sagen: Wir können auf die Wehrpflicht verzichten! Freiwillig ist besser und einer freiheitlichen Demokratie ohnehin angemessener. Zudem gibt eine Gesellschaft ein deutliches Signal ihres Friedenswillens, wenn sie ihren Bürgern keine Pflicht zum Waffendienst mehr auferlegt. Das würde uns in Deutschland gut anstehen.“

Heute wissen wir,

- dass es nach wie vor rechtsradikales Gedankengut unter den Soldat*innen gibt, in der Wehrpflicht-Bundeswehr bis vor zehn Jahren waren aber 70 % der überführten Täter bzw. noch Tatverdächtigen Grundwehrdienstleistende und freiwillig länger Wehrdienst Leistende (so z.B. Angaben im Bericht des Wehrbeauftragten, BT-Drucksache 16/4700, Seite 45);
- dass der Sozialbereich nicht zusammengebrochen ist, als die letzten Zivis aus dem Dienst ausgeschieden sind. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten bei den Wohlfahrtsverbänden von 2008 bis 2016 sogar von 1,5 auf 1,9 Millionen Mitarbeitende gestiegen. (BAGFW, Gesamtstatistik 2016);
- dass der Wunsch nach einer „allgemeinen Dienstpflicht“ jedes Jahr erneut durch das Presse-sommerloch getrieben wird, ohne dass diejenigen, die das fordern, sagen können, wie es denn praktisch gehen soll, mehr als 700000 Männer und Frauen eines Jahrgangs jedes Jahr neu in Dienstpflichteinrichtungen zwangsweise unterzubringen.

Eine freiheitliche Gesellschaft lebt vom freiwilligen Mitmachen.

Der damalige Generalsekretär der aej, Mike Corsa, fügte in dem Vorwort zum „Schwarzbuch Wehrpflicht“ hinzu: „Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej) setzt auf diese Freiwilligkeit. Erzwungene Dienste behindern Engagement und Identifikation. Eine freiheitliche Gesellschaft lebt vom freiwilligen Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger eines Landes. Dafür kann und muss natürlich geworben und motiviert werden – wer sich engagiert, sollte dadurch auch Vorteile haben. Politische Konzepte werden so eine „Abstimmung mit den Füßen“ erleben. Menschen entscheiden durch ihr freiwilliges Mitmachen, was sie für unterstützenswert halten.“

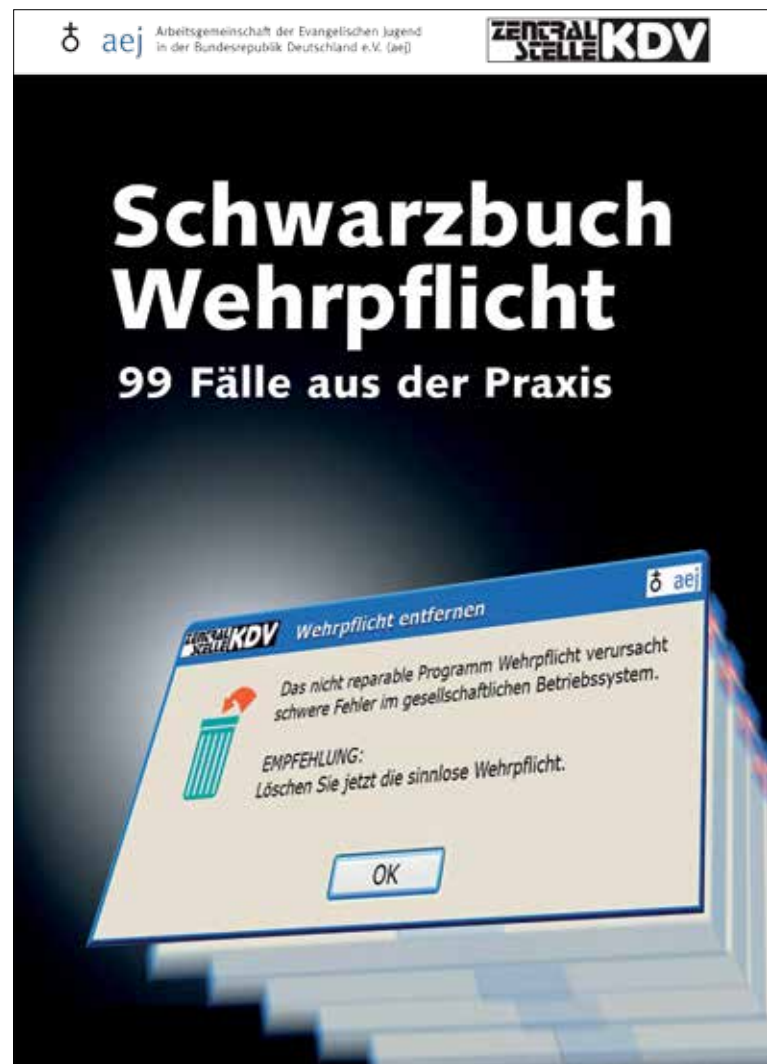
Gefährlicher und falscher Glaube an die friedensschaffende Wirkung von Militär.

Zehn Jahre nach

dem Ende der Wehrpflicht wissen wir, dass die Entscheidung des Deutschen Bundestages ein erfreuliches Ereignis war, deren positive Wirkung für Millionen junger Männer, die ab 2011 18 Jahre alt wurden und werden, nicht hoch genug geschätzt werden kann. Wir wissen aber auch, dass mit dem Wegfall der Wehrpflicht der gefährliche und falsche Glaube an die friedensschaffende Wirkung von Militär nicht vom Tisch ist. Nach wie vor prägen Stichworte wie Erreichen des 2%-Zieles, Bewaffung von Drohnen, Festhalten an Waffenexporten die sicherheitspolitischen Diskussionen, statt – wie es eigentlich richtig wäre – Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung deutlich in den Vordergrund zu stellen und „Sicherheit neu zu denken“.

* Mitgliedsverbände der Zentralstelle KDV im Jahr 2011

- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland
- Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung
- Bund Freireligiöser Gemeinden Deutschlands
- Deutsche Friedensgesellschaft – Internationale der KriegsdienstgegnerInnen
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
- Deutscher Bundesjugendring
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Abt. Jugend (DGB-Jugend)
- Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee
- Eirene – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden
- Evangelische Jugend Thüringen
- Evangelische Studentengemeinde in der Bundesrepublik Deutschland
- Grüne Jugend - Bundesverband
- Internationale der KriegsdienstgegnerInnen
- Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig
- Jungsozialisten in der SPD
- Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Pax Christi – internationale katholische Friedensbewegung, deutsche Sektion
- Pfarramt für Friedensarbeit, Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende
- Religiöse Gesellschaft der Freunde, Deutsche Jahresversammlung
- Republikanischer Anwälten- und Anwälteverein
- Service Civil International, Deutscher Zweig
- Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken
- Vereinigung Evangelischer Freikirchen, AG Betreuung der KDV und ZDL



„... lasst uns drüber reden“

Die eigene Kriegsdienstverweigerung als lebensgeschichtlich bedeutsames Ereignis

Eine (digitale) Gesprächsrunde zum Internationalen KDV-Tag am Sonntag, 16. Mai, um 17 Uhr

Die sog. Wehrpflicht ist ausgesetzt, die KDV-Entscheidung bleibt – Einladung zu einer Gesprächsrunde mit

- **Hannah Brinkmann**, Autorin und Gestalterin der graphischen Erzählungsbuches „Gegen mein Gewissen“ (Berlin 2020) über ihren Onkel, der sich 1974 als zwangsverpflichteter Soldat und staatlich nicht anerkannter Kriegsdienstverweigerer aus Verzweiflung das Leben genommen hatte;
- **Dr. Werner Glenewinkel**, letzter Vorsitzender der Zentralstelle KDV, die sich als gemeinsame Einrichtung von über 25 Organisationen von 1957 bis 2011 um das Recht und den Schutz von KDVern kümmerte und sich nach Aussetzung der Wehrpflicht 2011 aufgelöst hat, und als nach der Bundeswehrzeit Verweigernder nicht staatlich anerkannter KDVer;
- **Gaby Weiland**, langjährige Aktivistin in der DFG-VK und engagiert in der KDV-Beratung;
- **Dr. Gernot Lennert**, Historiker und Politologe, tätig als Geschäftsführer der DFG-VK für Hessen und Rheinland-Pfalz, dessen KDV-Antrag mehrmals abgewiesen wurde;
- **Rudi Friedrich**, Mitbegründer und Geschäftsführer von Connection e.V., einem international zur Kriegsdienstverweigerung arbeitenden Verein mit Sitz in Offenbach;
- **Michael Zimmermann**, Kriegsdienstverweigerer in der DDR, Beauftragter für Friedens- und Versöhnungsarbeit der Evang.-Lutherischen Landeskirche Sachsens;
- **Markus Stettner-Ruff**, der Anfang der 1980er Jahre den Zivildienst verweigerte und deshalb als Totaler KDV vor Gericht stand;
- moderiert von **Dr. Ute Finckh-Krämer**, ehemalige SPD-Bundestags-

abgeordnete, frühere Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung und Tochter des 2019 verstorbenen früheren jahrzehntelangen Vorsitzenden der Zentralstelle KDV Ulrich Finckh.

Wir wollen der Frage nachgehen: Vor welchem Hintergrund wurde die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung getroffen? Wie hat sie das eigene Leben bestimmt – damals und heute?

Veranstaltungshinweis

Gesprächsrunde zur Kriegsdienstverweigerung per Zoom-Konferenz am Sonntag, 16. Mai, von 17 bis 19 Uhr

In der BRD sahen sich bis zur Aussetzung der Wehrpflicht vor 10 Jahren Kriegsdienstverweigerer mit einem Prüfungsverfahren konfrontiert, das dazu diente, das im Grundgesetz verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung auszuhebeln. Bis 1983 mussten alle Kriegsdienstverweigerer ihre Gewissensgründe in einem mündlichen Verfahren ausbreiten, das zu Recht als staatliche Inquisition bezeichnet wurde – viele scheiterten in erster, zweiter und manche sogar in der dritten Instanz und wurden daraufhin zur Bundeswehr einberufen oder nicht entlassen, wenn sie während der Dienstzeit verweigert hatten.

In der DDR gab es nicht einmal ein rudimentäres KDV-Recht, Kriegsdienstverweigerer mussten uniformierten Bausoldatendienst ableisten und waren für diesen Zeitraum kaserniert. Ihr späterer Lebensweg war durch diese Entscheidung stark eingeschränkt.

Außerdem gab es in beiden deutschen Staaten junge Männer, die die Wehrpflicht als staatlich erzwungenen Militär- und Kriegsdienstzwang grundsätzlich ablehnten und total verweigerten – mit der Folge von Strafverfahren und teilweise Gefängnisstrafen.

Nach einer ersten Runde sollen andere TeilnehmerInnen an dem Gespräch beteiligen können.

Die Gesprächsrunde findet digital über Zoom am Sonntag, 16. Mai, von 17 bis 19 Uhr als Video-Konferenz statt. Nach Anmeldung versenden wir gerne die Einwahldaten.

Wir bitten um vorherige Anmeldung bis zum 14. Mai über www.Connection-eV.org/anmeldung-form

Der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung wurde von der War Resisters' International (WRI; Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) 1985 eingeführt. In jedem Jahr wird an ihm zum 15. Mai auf die Situation von KriegsdienstverweigerInnen weltweit hingewiesen.

Die Gesprächsrunde wird veranstaltet von: Connection e.V., Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Evang. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK)

Die Gesprächsrunde wird aufgezichnet und kann ab Ende Mai auf den Websites von Connection e.V. und der DFG-VK angesehen werden.



KDV in der Türkei

Lebenslange Verfolgung von türkischen Kriegsdienstverweigerern

Von Rudi Friedrich

Arif Hikmet İyidoğan ist inzwischen 60 Jahre alt. 1994 hatte er in der Türkei seine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Kurze Zeit später hatte die DFG-VK Nordrhein-Westfalen ihn zu einem Besuch in Deutschland eingeladen, um über die Verfolgung der Verweigerer in der Türkei zu berichten. Inzwischen ist die Türkei der einzige noch verbliebene Mitgliedsstaat des Europarates, der die Kriegsdienstverweigerung nicht anerkennt.

Und so wird Arif Hikmet İyidoğan nach wie vor als wehrflüchtig angesehen. Bei jeder Kontrolle, auf den Straßen, in Bussen oder wo auch immer wird er festgehalten und dann immer wieder angeklagt. Jedes Mal wird die Geldstrafe erhöht. Außerdem droht ihm eine Haftstrafe.

60 Jahre – und immer noch wehrpflichtig? Viele können das gar nicht glauben. Aber in der Tat hat die Türkei in den letzten Jahren selbst 70- oder 80-Jährige zum Militärdienst einberufen. Die für alle Männer geltende Wehrpflicht erlischt erst dann, wenn sie erfüllt ist.

So führt Arif Hikmet İyidoğan ein Leben im Geheimen – eine Situation, die er mit vielen anderen teilt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte brandmarkte dies als „zivilen Tod“. Da die Verweigerer ohne Ableistung des Militärdienstes keinen Pass erhalten

können, können sie keine Wohnung mieten, keinen Führerschein machen, nicht heiraten, keinen legalen Job annehmen. Sie sind nicht sozialversichert und können nicht an Wahlen teilnehmen. Praktisch sind sie ihrer bürgerlichen Rechte beraubt. Mehr als 1000 haben ihre Kriegsdienstverweigerung in den letzten Jahren öffentlich erklärt, weitere Hunderttausende entziehen sich dem Militärdienst und leben illegal im eigenen Land.

Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. 2013 hatten sich in Istanbul Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen zusammengefunden, um den Verein für Kriegsdienstverweigerung, *Vicdani Ret Derneği*, zu gründen. Im Herbst letzten Jahres startete *Vicdani Ret Derneği* eine neue Kampagne, um endlich das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung durchzusetzen. Schon zu lange verweigert sich die Türkei internationalen Resolutionen und Urteilen europäischer Gerichte. Zuletzt hatte das Ministerkomitee des Europarates, das über die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wacht, 2020 von der Türkei gefordert, die Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern einzustellen, den Betroffenen Entschädigungen zu zahlen und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.

Mit der Kampagne möchte *Vicdani Ret Derneği* die Motive und Anliegen der Verweigerer durch Veröffentlichungen, Videos und Aktionen bekannter und sichtbarer machen. Zudem baut der Verein systematisch ein Beratungsnetz und rechtliche Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer auf. In einigen Fällen wurden bereits Beschwerden beim türkischen Verfassungsgericht eingelegt. Ein besonde-

res Augenmerk liegt auf der Dokumentation des „zivilen Todes“. Ergänzt wird dies durch internationale Lobbyarbeit.



Arif Hikmet İyidoğan

Alle zwei Monate berichtet *Vicdani Ret Derneği* im „Bulletin Kriegsdienstverweigerung“ über die Arbeit des Vereins, fasst aktuelle Meldungen von Kriegsdienstverweigerern zusammen und veröffentlicht neue Kriegsdienstverweigerungserklärungen. Das in türkischer Sprache erscheinende Bulletin ist in deutscher Sprache erhältlich unter www.Connection-eV.org/CO_Turkey

Aufgrund der Aktivitäten des Vereins wurden inzwischen mehrere Ermittlungen und Strafverfahren gegen Aktive des Vereins eingeleitet. Angesichts der aktuellen Menschenrechtssituation in der Türkei ist es den Aktiven des Vereins wichtig, auf internationale Unterstützung bauen zu können. Eine solch breit angelegte Kampagne kostet auch Geld. Und so bittet *Vicdani Ret Derneği* um Unterstützung für die Arbeit. Steuerbegünstigte Spenden über www.Connection-eV.org/kdvtuerkei werden von Connection e.V. gerne weitergeleitet.

Spenden können auch direkt mit dem Stichwort „Kriegsdienstverweigerung Tuerkei“ überwiesen werden an
IBAN DE48370205000007085700
Weitere Informationen unter www.vicdaniret.org, www.Connection-eV.org/CO_Turkey

Rudi Friedrich ist langjähriges Mitglied der DFG-VK und Geschäftsführer von Connection e.V.



Trauer um Eddi Bieda

Edmund „Eddi“ Bieda aus Emsdetten, Jahrgang 1962, hat Anfang der 1980er Jahre den Kriegsdienst verweigert. Dieses persönliche Zeichen gegen Krieg und Militär war ihm aber nicht genug. Der gelernte Elektriker wurde in der DFG-VK aktiv und hat viele Kriegsdienstverweigerer in Emsdetten beraten, später auch gemeinsam mit mir.

Wir liefen auf dem jährlichen Ostermarsch Münsterland von Ahlen nach Dortmund mit. Wir haben erfolglos für ein Deserteurdenkmal gestritten, er stand mit DFG-VK-Fahne 1988 am Volkstrauertag neben Fahnen der Schützenvereine und einem Bundeswehrsoldaten, während ich „Sag´ Nein!“ von Wolfgang Borchert rezitierte.

Als wir 1988 eine Revue zum 50. Todestag von Carl von Ossietzky machten, setzte er sich hinter einen ausgehöhlten Fernseher und las die Nachrichten aus den ersten knapp vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, in die Texte von Ossietzky und Gedichte von Tucholsky, Kästner oder Brecht eingestreut wurden.

In den Vordergrund stellte er sich nie, dennoch war er das Gesicht der DFG-VK Emsdetten. Der Pazifist Eddi lebte seine moralischen Grundsätze im Alltag. Es gibt im Ort kaum jemanden, dem er nicht einmal handwerklich aushalf.

Am Ostersonntag ging Edmund Einkaufen. Fiel um und war tot. Ein Schock für Familie, Freund*innen und Kolleg*innen.

„Wer ihn kannte, weiß, was wir verloren haben“ stand in der Traueranzeige. So ist es.

Stephan Brües (früher DFG-VK-Gruppe Emsdetten, jetzt Heidelberg)



Vernebelungstaktik

Kommentar zum neuen Rekrutierungsprojekt „Mein Jahr für Deutschland“

Von Dennis Riehle

Und schon wieder ein neuer Freiwilligendienst, der die Möglichkeit für junge Menschen erweitern soll, sich nach Schule oder erster Berufsorientierung einem scheinbar guten Zweck hinzugeben. Die Bundeswehr malt mit ihren professionellen Reklame-Videos das Bild einer sinnvollen und attraktiven Armee.

Das mag den einen oder die andere InteressentIn für solch einen Dienst täuschen und „einlullen“. Denn in Wahrheit handelt es sich weniger um einen Einsatz für den Heimatschutz, sondern vielmehr um eine Hinführung zum Dienst an der Waffe. Der Deutsche Bundeswehr-Verband hat deshalb auch sogleich darauf hingewiesen, dass es sich bei dem freiwilligen Engagement nicht um ein „THW light“ handelt, das sich allein auf den Bevölkerungsschutz bei Hochwasser oder in der Bewältigung der Corona-Pandemie fokussieren wird. Wer nämlich das will, sinnvoll helfen, der ist wohl in den vielen sozialen Diensten für junge Leute – die um ein Vielfaches schlechter bezahlt werden, dafür aber für einen uneingeschränkten Friedenseinsatz stehen – deutlich besser aufgehoben.

Dabei ist es nicht das erste Mal, dass das Militär auf Umwegen versucht, für das Schießmanöver junge Bundesbürger zu rekrutieren. Dabei ist ein Einsatz bei der Bundeswehr weder „cool“ noch „patriotisch“ oder „sinnstiftend“. In einer Welt, in der wir darauf hinarbeiten müssen, kriegerische Konflikte endlich zu reduzieren, ist es kein vernünftiges Zeichen, die Armee durch die Hintertür weiter aufstocken zu wollen.

Wir leben in einem friedlichen Europa, das nicht durch weitere Aufrüs-

zung animiert werden soll, seine stabilen Strukturen ins Wanken zu bringen. Es ist verantwortungslos, Jugendliche einseitig für Verteidigung und militärische Intervention zu begeistern – und sich dabei des Mittels ziviler Verharmlosung zu bedienen. Es muss klar benannt werden, was die jungen Teilnehmer an diesem Freiwilligendienst erwartet – unverblümt, direkt und rigoros.

Denn Bundeswehr ist kein Spaß.

Wiederkehrende Ereignisse zeigen uns, welcher Geist in den Reihen der Soldaten herrscht. Nicht selten bricht der Korps die Psyche der kaum aus der Schule entlassenen Jugendlichen, die in Wahrheit überhaupt keine Vorstellung vom rauen Klima in der Truppe haben. Wir müssen aufhören, Freiwilligendienste der Bundeswehr als Ausflüge auf den Abenteuerspielplatz zu beschönigen. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht durch die Hintertür ist falsch und abzulehnen. Das Signal muss eindeutig sein: Im 21. Jahrhundert ist Stolz auf das Vaterland keine Staatsräson mehr. Stattdessen ist das Eintreten der nächsten Generation für einen schrittweisen Rückzug aus Nato und anderen Bündnissen wegweisend und nachhaltig.

Unsere Aufgabe ist, dass viele Jugendliche reflektiert erkennen mögen, dass das Locken mit hohen Verdiensten und sicherer Zukunft nur eine Seite der Medaille ist – die Geißel des Unfriedens prägt die andere Seite. Weniger Rüstungsausgaben, keine europäischen Streitkräfte und ein klares „Nein“ zu Atomwaffen – das mag heute zwar noch langweilig klingen, ist aber der Trend von morgen!

Dennis Riehle ist DFG-VK-Mitglied und lebt in Konstanz. <<

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Dankeschön! In meiner letzten Kolumne hatte ich gefragt, ob die DFG-VK nicht auch neben der politischen Arbeit direkter gegen Krieg und seine Auswirkungen aktiv werden sollte. Ich hatte diese Frage anhand des aufkommenden Problems der durchrostenden Weltkriegs-Munition, die Nord- und Ostsee zu verseuchen drohen, gestellt – und mich haben dazu mehrere E-Mails und Kommentare erreicht.

Einige berichteten von eigenen lokalen Erfahrungen mit Weltkriegsbomben, die in ihrer Region geräumt werden mussten, und dabei in der öffentlichen Berichterstattung nie der Zusammenhang zum „Krieg“ als Ursprung dieser noch immer gegebenen Gefahr – und Umweltkontamination – benannt wurde: „Ja, das sind unsere Baustellen – an der Ostsee und überall dort, wo Bomben entschärft werden müssen“, schrieb mir eine Aktive vom Niederrhein. Auch jemand aus Frankfurt am Main machte den Vorschlag, das Thema mit der aktuellen Aufrüstung des Militärs zu verbinden: „Ich denke, da liegt ein wirklich weites und sehr sinnvolles konkretes Arbeitsfeld vor uns.“ Die Aktive machte aber auch darauf aufmerksam, dass es natürlich nicht einfach ist, Munitionsaltlasten zu räumen. Das betonte auch ein aktives Mitglied aus der Oberpfalz: „Die Konversion eines Truppenübungsplatzes bedarf der ganz konkreten Verwaltungs- und Planungsarbeit von hunderten Bürokraten und Ingenieuren.“ Im März kam die „Munition im Meer“ auch bei einem Seminar von „CampaPeace“, der von der DFG-VK geförderten Ausbildung von Campaigner*innen, mehrfach zur Sprache: Das Thema würde sich gut für eine Kampagne anbieten – es öffnet sich dazu gerade ein „window of opportunity“.

Im April lief ein Forschungsschiff aus, um das Wrack des Kriegsschiffs „SMS Mainz“ vor Helgoland auf Munitionsreste zu untersuchen – Medien berichteten darüber. Und im Entwurf des Wahlprogramms der Grünen findet sich das Thema auch wieder. Die „Munition im Meer“ kommt auf die politische Tagesordnung. Die Mitteilungen, die mich erreicht haben, bestärken mich darin, dass die DFG-VK dieses Thema angehen sollte. Wie sehr – ob wirklich bis hin zur (zumindest Unterstützung der) Räumung –, sollte aber nochmal in einem größeren Kreis diskutiert werden. Zumindest sollte sich unser Verband aber schon einmal zu dem Thema äußern und öffentlich Stellung beziehen!

Aktuell beschäftigt die Menschen aber natürlich vor allem die Pandemie. Dazu möchte ich dieses Erlebnis teilen: Im März habe ich meine in einem Altenheim in Kassel lebende ehemalige Nachbarin besucht. Zuvor musste ich einen Schnelltest machen. Der wurde von Soldaten durchgeführt. Das gefiel mir nicht – aber eine andere Option gab es in dem Moment leider nicht. Ich nutzte die Gelegenheit, ein paar Fragen zu stellen. Einer der Soldaten erzählte, er und sein Kamerad würden seit Wochen in einem winzigen Raum hocken und Menschen testen – es sei aber das Sinnvollste, das er in seinen vielen Jahren bei der Bundeswehr je gemacht habe.

Ich hatte schon häufiger gelesen, dass Soldat*innen ihren Einsatz in der Pandemie im Gegensatz zu ihrem normalen Dienst als sehr sinnvoll empfinden. Es aber nochmal direkt zu hören war spannend! Der Soldat erklärte, dass er zur Bundeswehr gegangen sei, um Menschen zu helfen – dieser Einsatz wäre der erste, der das erfülle.

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.



Foto: Simon Kiesel

Kontakt: svg@dfg-vk.de

Da hat er sich wohl den falschen Arbeitgeber ausgesucht. Mein Erlebnis muss aber auch in seinem politischen Zusammenhängen gesehen werden.

Mit allen Kräften gegen die für nicht wenige Menschen lebensbedrohliche Pandemie anzukämpfen, ist notwendig, aber die Bundeswehr nutzt ihren Einsatz zu Werbezwecken und um Inlandseinsätze zu normalisieren. Dabei ist klar, dass die Kosten für den Corona-Einsatz im Rahmen der Amtshilfe der Bund übernimmt – damit bietet es sich für viele Institutionen an, noch mehr an Soldat*innen anzufordern. Dabei gehört der Inlandseinsatz gegen die Pandemie gar nicht zu den originären Aufgaben der Armee.

Doch während Gesundheitseinrichtungen kaputtgespart wurden, bekam die Bundeswehr zuletzt immer mehr Geld: Der Militäretat ist in den letzten zehn Jahren um fast 50 Prozent gewachsen! Mit 46,9 Milliarden Euro ist der für 2021 beschlossene Verteidigungsetat der größte jemals in der Geschichte der Bundesrepublik – und das trotz der hohen Ausgaben zur Kompensation der aktuellen Krise. Dagegen müssen wir laut werden und (gerade im Jahr der Bundestagswahl) fordern: „Aus der Covid-19-Pandemie lernen: Geld für die Gesundheitsversorgung und den zivilen Katastrophenschutz statt für das Militär!“

Macht dazu – unter Beachtung der Hygienemaßnahmen – Aktionen und sprecht alle Leute darauf an, die ihr kennt. Materialien dazu – Flyer, Transparente und Aufkleber – haben wir mittlerweile in unserem Webshop www.shop.dfg-vk.de. Wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung! <<

Aktionen

Elitetruppe KSK auflösen

Das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr im baden-württembergischen Calw sieht sich als Elite, also als Bestenauswahl. Tatsächlich sind diese Elitkämpfer aber vielleicht die Besten in der Produktion negativer Schlagzeilen oder der Begehung von Straftaten wie des Diebstahls von Munition.

In den letzten Jahren waren beim KSK Zehntausende Schuss Munition „verschwunden“. Anstatt aber Ermittlungen einzuleiten, wurde den SoldatInnen offenbar Straffreiheit gewährt, wenn sie gestohlene Munition zurückgaben. Dazu wurden dazu in der Kaserne sog. Amnestieboxen aufgestellt, in die entwendete Munition zurückgegeben werden konnte. Dabei kamen dann sogar Patronen etc. zusammen, als nach der Inventur gefehlt hatte.

Die Sitzung des Verteidigungsausschusses im Bundestag, bei der die Vorgänge geklärt werden sollten, nutzten AktivistInnen und forderten vor

dem Reichstagsgebäude eine Auflösung des KSK.

Ostermarsch

Der Ostermarsch von Schleswig nach Jagel hat am Karfreitag mit 60 Teilnehmenden stattgefunden. Die Veranstalter sehen es als guten Erfolg, auch wenn es etwa zehn weniger waren als im letzten Jahr. Denn im letzten Jahr war es der einzige Ostermarsch am Karfreitag auf der Straße, dieses Jahr fand in Neumünster am Karfreitag zeitgleich ein weiterer Ostermarsch statt. Mit den zeitgleich am Ostermarsch Teilnehmenden in Neumünster haben wir am Karfreitag die Beteiligung insgesamt gesteigert.

Beim Auftakt am Bahnhof Schleswig wies Dr. Ralf Cüppers (DFG-VK) auf den Effekt von „Abstand halten“ zur Coronainfektionsverhinderung hin. „Viren können nicht mit Soldaten und



Foto: DFG-VK Hamburg/Schleswig-Holstein

Kriegswaffen bekämpft werden. Wir brauchen den Rüstungsetat für den Aufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens.“

Auf der Abschlusskundgebung in Jagel wies Pröpstin Carmen Rahlf auf die Bedeutung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages hin und darauf, dass der Landtag von Schleswig-Holstein diesen unterstützen müsse, wie es auch schon Rheinland-Pfalz und alle Stadtstaaten beschlossen haben.

Dr. Helmreich Eberlein stellte den klimaschädlichen Effekt des Militärs dar, mit welchen Emissionen das Militär zur Erderwärmung beiträgt. Diese werden aber im Pariser Klimaabkommen nicht erwähnt. 414 Liter Kraftstoff



Foto: KappaPhoto

auf 100 Kilometer verbraucht ein Bundeswehrpanzer.

Hans Joachim Flicek von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verurteilte die Aktivitäten der Bundeswehr zur Rekrutierung von Jugendlichen an Schulen und Siglinde Cüppers (DFG-VK) die Anschaffung der Euro-Drohne und deren geplante Stationierung in Jagel.

Red-Hand-Day-Aktion in Bremen

Die DFG-VK Bremen hat am 12. Februar eine mobile Aktion, einen Flashmob, unter Einhaltung der AHA-Regeln in Bremen durchgeführt. Damit wurde auf das Schicksal der Tausenden von Kindern und Jugendlichen hingewiesen, die weltweit als Soldatinnen und Soldaten in bewaffneten Konflikten kämpfen. Die meisten von ihnen werden zum Dienst an der Waffe gezwungen. Kinder und Jugendliche zu militärischen Diensten heranzuzie-



Foto: DFG-VK Bremen

hen, verstößt gegen die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen.

Wir haben Plakate mit großen roten Händen gemalt und „marschierten“ damit unter Zuhilfenahme von öffentlichen Verkehrsmitteln vom Marktplatz bis zur Schule am Leibnizplatz, wo der Abschluss der Aktion stattfand. Der große rote Handabdruck steht symbolisch für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten.

Wir erregten großes Interesse mit unseren Schildern und führten lebhafte Diskussionen.

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die Minderjährige in ihre Armee aufnehmen: Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen und im öffentlichen Raum um die Gunst von Kindern und Jugendlichen. Wir fordern den Stopp jeder Art von militärischer Werbung bei Kindern und Jugendlichen. <<

Vom Rassismus in der Friedensbewegung Anmerkungen zu einem Versuch

Gleich drei Web-Seminare zum Thema „Rassismus in der Friedensarbeit?“ veranstaltete die DFG-VK in den letzten Monaten.

Den Anfang machte Aretha Schwarzbach-Apithy, Dozentin an einer Fachschule für Sozialberufe, mit einem historischen Einstieg ins Thema. Historisch heißt in diesem Zusammenhang nicht „Entwicklung des Kastensystems in Nordindien“, sondern die Zeit des 16. Jahrhunderts, in der mit päpstlichem Segen von Portugal und Spanien aus zuerst Westafrika und wenig später die Karibik und Mittelamerika „erschlossen“ wurde. Mit wenigen Bildern wurde anschaulich gemacht, wie von Anfang an die Unterwerfung und Markierung des schwarzen Körpers einerseits und die Erhöhung des dominanten weißen Körpers andererseits zur Herausbildung eines „rassistischen Wissens“ geführt hat. Dieses Wissen, so die Referentin, sei heute noch wirkmächtig bei der Arbeit, in sozialen Bezügen, in medialem Kontext – einfach überall. Ein ausgezeichnete Vortrag, gut strukturiert, nicht überladen, der Lust auf mehr machte.

Wer mitmachen wollte, begegnete im zweiten Teil dem Kommunikationswissenschaftler Dr. Ali Fathi, Spezialist für systemisches Coaching und rassistuskritische Organisationsentwicklung. Mehr als 35 Personen waren am Anfang interessiert, gegen Ende waren es weniger als 15. Es dürfte am ermüdenden Vortrag des Referenten gelegen haben, dass die meisten nach mehr als einer Stunde schlicht kapitulierten. Dabei hatte der Referent zumindest in der Mitte seiner Ausführungen eine hübsche Idee zum Mitmachen: Originalzitate in bunter Mischung aus mehreren Jahrhunderten über „die Kolonien“ oder „die Schwarzen“ sollten einer bestimmten Epoche zugeordnet werden. Da konnte man staunend – oder kopfschüttelnd – erfahren, dass Aussagen, welche man eher der Ko-

lonialzeit um 1900 zugeordnet hätte, aus einem Lehrbuch aus den 1980er Jahren stammten. Und was hat dies alles mit dem Rassismus in der Friedensbewegung zu tun? So richtig klar wurde es nicht; aber es sollte ja noch Teil 3 kommen.

Zwei Frauen vom Black Earth Kollektiv in Berlin waren die Referentinnen. Sie arbeiten zum Thema Klimagerechtigkeit aus einer intersektionalen und dekolonialen Perspektive. Wie berichten, ohne den Text zu einem Verriss des Vortrags ausarten zu lassen? Also kein Wort zur Qualität, doch halt: Wenigstens eine der Teilnehmerinnen der Fragerunde war zufrieden und fand die Äußerungen einer Referentin „total spannend“.

Welche Schlüsse aus alledem im Hinblick auf die Friedensbewegung oder die Arbeit der DFG-VK gezogen werden sollten, das blieb und bleibt völlig unklar. Doch so musste es wohl kommen, sagte doch eine der Veranstalterinnen aus den Reihen der DFG-VK im Verlauf der Seminarreihe sinngemäß: Wir wollten halt einfach mal anfangen, etwas zu tun, einfach mal loslegen. Ja, so kann Friedensarbeit auch aussehen: Wir machen mal – und überlegen hinterher.



Ob der Gesamtverband das auch so will? Oder doch lieber sorgfältig geplante Einzelaktionen und Kampagnen gegen Drohnen, Rüstungsexporte, Kindersoldaten, Bundeswehranzeigen, Büchel-Atombomben, Militärseelsorge, KSK-Killer ... Einfach mal loslegen, es gibt viel zu tun.

Ernst Rattinger, aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mittelbaden und Vertreter des Landesverbandes Baden-Württemberg im Bundesausschuss

Deutschland will Atommacht sein

Ein- und Ausblick der Proteste am Atomwaffenstandort in Büchel

Von Marion Küpker

Trotz Corona gelang es uns im letzten Jahr – gemeinsam mit der bundesweiten Kampagne *Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt* und *Ican* – eine breite politische Diskussion über die gefährliche nukleare Abschreckungspolitik der Nato bezüglich der in Büchel stationierten US-Atomwaffen zu führen. AkteurInnen der Friedensbewegung thematisierten im letzten Juni diese Abschreckung durch eine regionale Zeitungsanzeige: „Tornado-Appell“ an die Bücheler Tornado-Piloten zur Verweigerung der nuklearen Teilhabe.

Auch in den Zivilen-Ungehorsams-Gerichtsprozessen wegen der Go-In-Aktionen in den Atomwaffen-Stützpunkt Büchel von mehr als 40 Angeklagten wurde letztes Jahr in den rheinland-pfälzischen Städten Cochem und Koblenz wieder und wieder die illegale d.h. völkerrechtswidrige nukleare Teilhabe, die illegale Atomwaffen-Stationierung, die illegale Abschreckungspolitik sowie die humanitären Folgen eines jederzeit möglichen Atomkrieges eingebracht. Sieben AktivistInnen reichten Verfassungsbeschwerden ein, die allerdings nicht zur Entscheidung angenommen wurden. Weitere folgen dieses Jahr. Dahinter steht die Hoffnung, das internationale Völkerrecht zur Anwendung zu bringen, was von den Gerichten bisher nicht berücksichtigt wird, obwohl es unserem deutschen Recht übergeordnet ist. Der historische Atomwaffen-Verbotsvertrag bietet uns nun bei den neuen Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht eine stärkere Ausgangsposition.

Atomwaffen-Verbotsvertrag. Mit weit über 100 Aktionen wurde am 22. Januar in Deutschland das Inkrafttreten des internationalen Atomwaffen-Verbotsvertrages gefeiert.

Durch das Inkrafttreten ist der Verbotsvertrag völkerrechtlich gültig, d.h. nach internationalem Recht gelten Atomwaffen nun explizit als verboten. Allerdings sind die Bestimmungen nur für die Vertragsstaaten bindend, was aber auch die vertragsunterzeichnenden Staaten miteinbezieht, die den Vertrag bisher noch nicht ratifiziert haben, d.h. er gilt für 138 Staaten! Der Handlungsspielraum der Atommächte wird damit immer enger.

Einige Finanzinstitute haben Ethikregeln, an denen sie sich nun messen lassen müssen, falls sie Konzerne, die Atomwaffen (Teile und Trägersysteme etc.) produzieren, finanzieren. Auch dürfen laut Vertrag diese als „kontrovers“ bezeichneten Waffen in den 138 Vertragsstaaten nicht mehr produziert werden.

Der Druck auf unsere Regierung muss jetzt weiter ausgebaut werden, damit auch ein Beitritt Deutschlands erfolgen kann.

Neuentwicklungen in Büchel.

Trotz des Verbotsvertrages soll der Atomwaffen-Stützpunkt Büchel nun von Juni 2022 bis Januar 2024 für 259 Millionen Euro ausgebaut werden. Dasselbe geschieht an allen europäischen Atomwaffen-Standorten, die zur nuklearen Teilhabe gehören, also in Belgien, den Niederlanden, in Italien und z.T. in der Türkei.

Diese Baumaßnahmen dienen der Vorbereitung der Stationierung der neuen US-Atombomben vom Typ B61-12, die ab Ende des Jahres in den USA produziert werden. Nach Fertigstellung der Umbauten sollen die alten Atombomben vom Typ B61 gegen die neuen B61-12 ausgetauscht werden. Der Bauplan beinhaltet den Ausbau der Startbahn sowie die Modernisierung der Atomwaffen-Infrastruktur. So sollen die Spezialbehälter in den Flug-

zeug-Hangars, wo die ca. 20 Bomben eingelagert sind, erneuert werden.

Zusätzlich steht die Entscheidung über die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge aus den USA an, die mit 8 Milliarden Euro veranschlagt ist. Es sei denn, die Laufzeit des 40 Jahre alten Tornado-Kampffjets wird weiter verlängert. Der eigentliche Plan ist, das deutsch-französische Kampfflugzeug FCAS (Future Combat Air System), das aktuell entwickelt wird, anzuschaffen. Das neue US-Kampfflugzeug wäre nur als Zwischenlösung gedacht. Unsere Proteste sind am Standort Büchel daher bedeutender denn je, um diese Planungen zu durchkreuzen!

EU-Atomkampfflugzeug FCAS. Die Bundesregierung will mit Frankreich und Spanien noch in diesem Jahr das neue nuklearfähige Mehrfachkampfflugzeug FCAS auf den Weg bringen, um das Projekt unumkehrbar zu machen. Das neue Kampfflugzeug schreibt die umstrittene nukleare Abschreckung auf Jahrzehnte fort und frisst viele weitere Milliarden an Geldern.

Das FCAS soll als halbautonomes Waffensystem mit Eurodrohnen vernetzt ab 2040 einsatzfähig sein und auch die in Büchel gelagerten US-Bomben tragen können.

Klima und Atombomben-Trägerflugzeug. Allein die neuen 45 US-Kampffjets A 18, die Annegret Kramp-Karrenbauer für 10 Milliarden US-Dollar in den USA für die Atombomben in Büchel einkaufen möchte, zeigen – milde ausgedrückt – ihre Klima-Blindheit.

Der bisherige Tornado-Kampffjet wird seit 1985 in der Eifel eingesetzt. Die CO₂-Belastung je Flugstunde liegt beim Tornado-Kampfflugzeug

bei 12 Tonnen. Die Bücheler Atom-bomben-Piloten vom Luftwaffenge-schwader 33 erreichten im April 2019 nach 34 Jahren ihre 200 000ste Torna-do-Flugstunde. Das haben sie in Bü-chel medienwirksam gefeiert, d.h. al-lein die alten Atombomberjets haben bis heute, nach 35 Jahren, ca. 2,5 Mil-lionen Tonnen CO2 in unsere Umwelt geblasen. Die Zusammenarbeit mit Fridays for Future ist hier sehr wich-tig, da auch die militärischen Flüge in die Klimabilanz miteinbezogen wer-den müssen. Sie tragen eine erhebli-che Mitverantwortung für den Klima-wandel und gehören abgeschafft.

Planungsstand der Büchel-Pro-teste 2021. Die Kampagnenplanung des Trägerkreises *Atomwaffen ab-schaffen – bei uns anfangen!* sieht für die Aktionen in Büchel derzeit folgen-dermaßen aus:

Anfang Juli bis zum 9. August soll es wieder ein sechswöchiges Camp für Aktionsgruppen in der Nähe des Bücheler Haupttores geben.

Verschiedene Gruppen sind schon im Vorfeld aktiv:

- Am 13. Juni ist der Aktionstag der Naturfreunde in Büchel.
- Der 16. Juni ist der 25. Jahrestag des Beginns der Proteste in Bü-chel. Eine Ausstellung soll am 16. Juni am Haupttor des Fliegerhorstes Büchel erstmalig gezeigt wer-den (s.u.).
- Der Pacemakers-Radmarathon plant am 17. Juni in Büchel zu sein. Am 3. Juli soll nach aktuellen Pla-nungen der ökumenische Aktions-tag stattfinden. Die IPPNW hat ein Camp für den 6.-11. Juli angemel-det. Vom 12.-20. Juli findet die Inter-nationale Woche der GAAA statt. Vom 24.- 27. Juli sind die Quäker in Büchel. Den Abschluss der Akti-onspräsenz bildet auch 2021 das öffentliche Fasten des regiona-len Initiativkreis gegen Atomwaf-fen (Versöhnungsbund) am Naga-saki-Gedenktag, dem 9. August. Es finden regelmäßig weitere Gericht-sprozesse in Cochem und Koblenz statt.

Corona kann Änderungen bewir-ken. Schaut deswegen zeitnah in den Terminkalender: <https://bit.ly/3treVWE>

25 Jahre Proteste gegen Atombom-ben in der Eifel. Zum 25. Jahrestag der Proteste in Büchel plant die Kampag-ne *Büchel ist überall! atomwaffenfrei.* jetzt eine Ausstellung, die ab Juni der Friedensbewegung auch überregional zur Verfügung gestellt werden soll. Hier ein kleiner Einblick in die An-fangsgeschichte der Anti-Atomwaf-fen-Bewegung in Büchel:

„Vor 25 Jahren, am 16. Juni 1996, fand unsere erste Protestaktion am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel statt:

Rund 80 Mitglieder der Atomtest-stopp-Kampagne führten eine gewalt-freie Sitzblockade am Haupttor des Fliegerhorstes Büchel durch und zo-gen von dort in einer Demonstration

wurde am nächsten Tag dem Bürger-meister von Büchel auf einem roten Samtkissen überreicht. Mitaufrufer dieser Aktionen war der noch junge bundesweite Trägerkreis (1994) Atom-waffen abschaffen – bei uns anfan-gen!“

Höhepunkt Menschenkette – „Save the date!“. Für Sonntag, den 5. September, ist eine Menschenket-te geplant: Über 3,5 Kilometer soll die Kette vom Ortskern Büchel auf dem Fahrradweg entlang der Bundesstra-ße bis hin zum Haupttor des Atom-waffen-Fliegerhorstes Büchel, gehen. Dieser Menschenketten-Termin liegt drei Wochen vor der geplanten Bun-destagswahl am 26. September, auf die wir Druck ausüben wollen.

Bitte meldet Euch bei Interesse an per E-Mail: info@atomwaffenfrei.jetzt



zum 2,5 Kilometer entfernten Atom-bomben-Außendepot.

Das einzige Tor dieses Depots wur-de mit einer mitgebrachten schweren Eisenkette verschlossen („Schließung eines Atomwaffenlagers“). Hier schrit-ten weder Polizei noch Bundeswehr oder Wachschutz ein. Der Schlüssel, mit dem das Tor verschlossen wurde,

Marion Küpker ist Sprecherin der „Kampagne Büchel ist überall! atom-waffenfrei.jetzt“, Internationale Koor-dinatorin der DFG-VK gegen Atom-waffen sowie Friedensreferentin zu Atomwaffen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungs-bunds.



Global betrachtet

100 Jahre War Resisters' International: Leider notwendig wie nie!

Von David Scheuing

Frieden zu erkämpfen ist keine neue Aktivität – aber sie ist in den vergangenen 100 Jahren immer wieder vor immer noch größere Aufgaben gestellt worden. Gegen den Krieg der großen Völkerschlächten zu werben war anders, als vor der technisierten Kriegsführung zu warnen, vor dem Atomkrieg oder heute der Gefahr automatisierter Kriegsführung. Seit nunmehr 100 Jahren haben wir alle uns in der Internationale der Kriegsgegner*innen zusammengeschlossen – 2021 ist unser Jubiläum: auf Englisch so schön wie schlicht „Centennial“. Doch ein Anlass zur Rückbesinnung stellt auch immer wieder die Frage, wo wir heute stehen.

WRI 100. Den „wirklichen“ Geburtstag der WRI haben die Organisationen schon gefeiert – mit einer virtuellen Feier des gemeinsamen, weltweit verwendeten Logos des zerbrochenen Gewehrs. Vom 23. bis 25. März 2021 wurden über die sozialen Medien von so vielen Mitgliedsorganisationen wie möglich Beiträge zur Geschichte des zerbrochenen Gewehrs, verschiedener Ereignisse aus den letzten 100 Jahre und viele Bilder aus der Geschichte der WRI geteilt. Doch dies ist erst der Anfang der Feierlichkeiten. Der Rat der WRI hat vor dem Hintergrund der Pandemie und deutlich begrenzter Möglichkeiten physischer Feiern beschlossen, das Jahr 2021 primär in den Fokus des Erinnerns zu stellen – das Zurückdenken, im Archiv kramen und lokale Bedeutungen hervorheben. Alle

Ausstellungen, Events, Bilder und Materialien können unter <https://bit.ly/3s-wDy2X> gefunden werden.

Dort findet sich aktuell auch eine Ausstellung zu Konflikttextilien – einer Konflikt- und Traumabearbeitungsmethode, die Konfliktkonstellationen via Stickerei, Weberei oder anderer textiler Materialien zum Ausdruck zu bringen versucht. Sehenswert!

Sollte die Pandemie es zulassen, wird es auch in diesem Jahr (voraussichtlich im September) ein größeres internationales Festival und Tagung in Utrecht geben: WRI-next generation! Diese Tagung will versuchen, den Blick auf die nächsten 100 Jahre zu werfen und herauszuarbeiten, was vom heutigen Stand aus gesehen die Themen und Organisationszusammenhänge der „nächsten Generation“ sein werden. Ich halte euch auf dem Laufenden!

15. Mai: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer*innen.

Neben all den Feierlichkeiten soll aber auch nicht aus dem Blick geraten, was akut weiter notwendig ist: die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerer*innen weltweit und die Arbeit für eine gewaltfreie Welt. Zum diesjährigen internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer*innen steht die Türkei im Fokus. Zusammen mit Connection e.V. werden (wiederum der Pandemie geschuldet) über die gesamten

Monate April und Mai Material, Aufrufe, Statements und Petitionen zur Kriegsdienstverweigerung in der Türkei publiziert werden. Hier kann das Material gefunden werden: <https://bit.ly/3grhjZF>

Es sollen aber auch die üblichen kritischen Veranstaltungen vor Ort stattfinden. Für Deutschland heißt dies: DFG-VK, Connection und EAK haben einen digitalen Austausch zur eigenen Verweigerer*innenbiographie angeregt. Gäste werden u.a. Hannah Brinkmann („Gegen mein Gewissen“), Werner Glenewinkel, Gaby Weiland, Gernot Lennert und Rudi Friedrich sein. Die Veranstaltung findet digital statt, weitere Infos auf Seite 18 in diesem Heft; Anmeldungen bei Connection-eV.org

Myanmar: Desertion und Widerstand.

Seit nunmehr fast vier Monaten herrscht in Myanmar wieder unumschränkt die Junta. Viel wird dankenswerterweise über die erstaunlich furchtlose und dabei gewaltfrei agierende zivilgesellschaftliche Protestbewegung berichtet. Dabei zeigt sich, was internationaler Austausch der Zivilgesellschaft, das globale Teilen von Wissensrepertoires zu gewaltfreiem Widerstand und die Zugänglichkeit (wie sehr auch immer sie beschränkt sein mag) zum Internet in nur knapp 10 Jahren möglich machen kann. Es zeigt aber auch:



Durch direkte und brutale Aktion des Militärs hat sich die anfangs sehr diverse und egalitäre Protestbewegung verändert. Es bleibt die Hoffnung, dass sich der radikal-gewaltfreie Widerstand durchsetzen wird. Ein ermutigendes Zeichen: Die seit Beginn des Coups arbeitende zivilgesellschaftliche Boykott- und Generalstreikbewegung funktioniert und setzt die Mittel der finanziellen, infrastrukturellen und klassisch arbeitsverweigernden Blockade des Militärs effektiv ein. Abseits der großen Medienöffentlichkeit gibt es einzelne Berichte über desertierende Soldat*innen, Polizeikräfte und Botschaftsangestellte – wichtig wird auch hier der menschenrechtliche Schutz sein. Die WRI hat im März ein Statement zur Unterstützung der Protestbewegung formuliert. Hier kann es eingesehen werden: <https://bit.ly/3gnUNkf>

Kurz notiert

Ruslan Kotsaba. Dem ukrainischen Pazifisten wird wieder einmal der Prozess gemacht. Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Spannungen zwischen der Ukraine und Russland ist der Prozess von tätlichen Angriffen auf Kotsaba selbst und einer unerträglichen Stimmung sowie rechtlichen Unzulänglichkeiten überschattet. Das European Bureau for Conscientious Objection (Ebco) ruft die Ukraine dazu auf, den Prozess mit sofortiger Wirkung einzustellen: <https://bit.ly/32ttbSW>

Krieg im Jemen. Nach einer kurzen Verschnaufpause gehen die Exporte der britischen Rüstungskonzerne

nach Saudi-Arabien mit unvermittelter Stärke weiter. Die Kampagne gegen Waffenhandel (Campaign Against Arms Trade, CAAT) ruft weiter zur Blockade der Exporte auf und versucht wieder, rechtliche Mittel einzulegen. Derweil hat Italien einen totalen Exportstopp aller Waffen nach Saudi-Arabien verfügt. Überraschenderweise hat US-Präsident Biden im Februar Ähnliches verlauten lassen, tatsächliche Beschränkungen sind aber noch nicht erlassen. (caat.org.uk; wri-irg.org)

Syrien-Krieg und Verweigerer*innen. WRI, Connection und weitere Organisationen berichten, dass die Verweigerung des Militärdienstes auf allen Seiten der kämpfenden Parteien im syrischen Bürgerkrieg drastische Konsequenzen für die Verweigernden hat. Mehr dazu: <https://bit.ly/3ebgDFe>

CAAT für Nobelpreis nominiert. Die britische Organisation CAAT wurde zusammen mit Mwatana for Human Rights, einer jemenitischen Menschenrechtsorganisation, für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Ich freue mich für die beiden Organisationen, die wie nur wenige andere dazu beigetragen haben, dass wir über den Krieg im Jemen heute so viel wissen, auch über die Verstrickungen westlicher Rüstungskonzerne. Herzlichen Glückwunsch! (caat.org.uk)

Anerkennung nicht-religiöser Verweigerung. In Südkorea ist zum ersten Mal überhaupt ein nicht-religiös begründeter Verweigerungsantrag gerichtlich als legitim anerkannt worden. Nach der (hier mehrfach berichteten)



David Scheuing ist Vertreter der DFG-VK bei der War Resisters' International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern, gewählt. An dieser Stelle berichtet er regelmäßig in der *Zivil-Courage* aus der WRI, um den LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen. Das sind keine tieferen Analysen, sondern kleine kursorische Überblicke und Nachrichten; es geht dabei nicht um Vollständigkeit, vielmehr um Illustration. Ideen und Vorschläge für kommende Ausgaben sind erwünscht. Der Autor ist erreichbar unter scheuing@dfg-vk.de

Zaghaftigkeit der letzten Jahre ist dies ein neuer und hoffnungsvoller Schritt. (wri-irg.org)

Ausblick

10 Jahre Arabellion/Arabischer Frühling: Vor etwas mehr als zehn Jahren begann mit den Demonstrationen in Tunesien die größte gewaltfreie Massenerhebung im Nahen und Mittleren Osten jemals. 2021 fällt es bei anhaltenden Gewaltkonflikten in einigen Staaten und der Rückkehr zu autoritären Verhältnissen in anderen Staaten schwer, sich an die Ursprünge, die Hoffnungen und Erwartungen zurückzuerinnern.

Doch auch für eine Erinnerung an die Kraft der Gewaltfreiheit müssen wir das tun. Fast schon ein Klassiker als

Leseempfehlung ist: Gambelin/Sommermeier/Marin (Hrsg.) (2018): Im Kampf gegen die Tyrannei. Graswurzel-Verlag; ISBN 978-3-939045-34-2 <<



Informationen „aus dem Maschinenraum“

Technische Umstellungen der DFG-VK-Homepage bieten Vorteile für Gruppen

Von Ralf Buchterkirchen und Jérôme Drees

Um eine komplexe Homepage, wie die der DFG-VK (<https://dfg-vk.de>) mit ihren 19 Gruppen- und Kampagnenseiten betreiben zu können, bedarf es eines sogenannten Content Management Systems, kurz CMS. Damit ist es möglich, dass verschiedene Personen ohne tiefere Kenntnisse der Funktionsweise eines Webserver Inhalte einstellen und damit allgemein verfügbar machen können.

Unsere Präsenz im Internet ist ein wichtiger Baustein unserer Sichtbarkeit. Das bisher verwendete System *Contao*, welches teilweise schwergängig zu bedienen war und uns Administrator*innen immer wieder vor Herausforderungen stellte, genügte unseren

Ansprüchen an ein modernes und vor allem flexibles System nicht mehr. Daher beschloss die Arbeitsgruppe Medien vor ziemlich einem Jahr, einen Umzug auf *WordPress* zu prüfen.

Gesagt – getan. Einige Monate später stand das Konzept, und uns war klar, dass eine Migration nicht wie erhofft automatisch auf Knopfdruck möglich sein würde. Kommerzielle Anbieter*innen, die dies offerierten, funktionierten entweder nicht so, dass es für uns sinnvoll gewesen wäre, oder waren mit einem geforderten Preis von 24 000 Euro (!) einfach zu teuer.

Es musste also Handarbeit sein. In verschiedenen Onlinemeetings vorgestellt, immer wieder neu diskutiert, vom Bundesausschuss verabschiedet

und mit hohem Einsatz insbesondere derer, die für die Homepageinhalte verantwortlich sind, haben wir es geschafft und konnten die Bundesseite und einen Großteil der Gruppenseiten auf die neue Plattform übernehmen und am 12. März live gehen.

Sicher sind noch einige kleinere und vielleicht auch größere Anpassungen notwendig, aber sicher kann man die Umstellung als Erfolg verbuchen. Wir hoffen, dass bis Juni alle bisherigen Gruppen die Umstellung ebenfalls vollzogen haben. Erfreulich ist auch, dass im Rahmen der Migration bereits zwei weitere Gruppen eine eigene Homepage über die DFG-VK haben, weitere werden folgen. Und auch die *Zivilcourage* ist jetzt kein einfacher Unterpunkt der Hauptseite mehr, sondern hat eine eigene unabhängige Webpräsenz.

Bei der DFG-VK verwendete Tools

Mail: Gruppen und Einzelpersonen (soweit für die Verbandsarbeit nötig und sinnvoll) bekommen eine Mailadresse mit der Endung *@dfg-vk.de*. Das kann sowohl eine Weiterleitung als auch eine echte Mailadresse sein, von der aus auch versendet werden kann.

Homepage: Allen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften steht die Möglichkeit offen, die eigene Gruppe unter *[Gruppenname].dfg-vk.de* ins Netz zu bekommen. Infrastruktur, Software, Grundlayout und technischer Support werden gestellt.

Cloud: Über die Cloud können zahlreiche Dokumente abgerufen werden (Stand Ende März: ca. 45 Gigabyte), eigene Bilder und Material können zur Verwendung für andere hochgeladen werden. Jedes Mitglied kann einen Zugang über *verwaltung@dfg-vk.de* erhalten. Für Gruppen stehen bei Bedarf weitere Unterstützungstools (Aufgabenverwaltung, interne Datenablage etc.)

zur Verfügung. Die verwendbaren Tools werden fortlaufend ausgebaut.

PHPIst: Über den Newsletterdienst können Rundbriefe verschickt werden. Bundesverband und verschiedene regionale Gruppen nutzen das Tool zur Kommunikation bereits.

Pad: Über ein Pad lässt sich einfach und ohne Anmeldung eine gemeinsame Arbeitsfläche zum gemeinsamen und synchronen Schreiben an Texten aufrufen. Das Pad ist unter <https://pad-dfg-vk.de> zu erreichen.

Weitere Tools, die wir nutzen, sind der Shop, der derzeit ebenfalls auf ein neues technisches System umgerüstet wird, sowie unser Analysetool Matomo.

Anmeldung und Nachfragen zu diesen wichtigen Arbeitstools bitte an *admin_it@dfg.vk.de*. Bitte ausschließlich an diese Adresse alle Mitteilungen über Fehlfunktionen und Ausfälle richten.

Welche Vorteile bringt die Umstellung für die Friedensarbeit?

Wir sind flexibler. In wenigen Minuten können wir eine Kampagnenseite aufbauen und online bringen, für die Ersteller der Inhalte ist es sehr einfach und ohne größeres technisches Wissen möglich, Inhalte flexibel layoutet ins Netz zu bringen. Wir bewegen uns technisch auf dem aktuellen Stand und erfüllen alle an uns selbst gestellten (und natürlich auch die gesetzlichen) Anforderungen an den Datenschutz.

Auch neue Präsentationsformen sind einfacher möglich und zu implementieren. Jacob Seiffert hat sich zur Aufgabe gemacht, die Beiträge aus der *Zivilcourage* einzusprechen und über Soundcloud verfügbar zu machen. In Zukunft wird in der Onlineausgabe der *Zivilcourage* hinter vielen Artikeln ein entsprechendes Icon sein, über das man direkt den Beitrag anhören kann.

Aufgrund der Popularität von Wordpress gibt es zahlreiche Erweiterungen, die uns auch neue Formen der politischen Aktion ermöglichen sollen, beispielsweise automatisch generierte Briefe an Abgeordnete, Unterschriftensammlungen, selbst interaktive Tool wie ein „Wahl-o-mat“ sind denkbar. All dies wird nach und nach implementiert werden.

Was bedeutet das für die DFG-VK-Gruppen? Wenn eine Gruppe eine eigene Webpräsenz möchte, wendet sie sich an admin_it@dfg-vk.de. Sie bekommt dann eine eigene Wordpress-Instanz und kann dort frei agieren. Die Hauptinstallation kümmert sich um Layout, Updates und grundsätzliche Funktionen, also

den ganzen Technikram, die Gruppe braucht sich nur um die Inhalte zu kümmern. Gerne führen wir dazu auch Schulungen durch und organisieren Erfahrungsaustausch. Es gibt sicher keinen einfacheren Weg, an eine Friedenshomepage zu kommen.

Der Wechsel von Contao auf Wordpress war ein großer, aber wichtiger Schritt, weitere kleinere werden nach und nach folgen, um unsere bekannte Aktionsfähigkeit auf der Straße auch virtuell zu untermauern.

Ralf Buchterkirchen und Jérôme Drees sind die Admins (englische Bezeichnung für Administratoren, Betreuer) des elektronischen Netzwerks der DFG-VK. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2021 im 48. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage* – das Magazin der DFG-VK, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: fünf Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonnerung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 18. April. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 21. Juni.



Aktivistische Basisorganisation oder NGO?

Kritik an der zunehmenden Verhauptamtlichung im DFG-VK-Bundesverband

Von Detlef Mielke

In der DFG-VK wurden in den vergangenen Jahren Stellen für bezahlte Friedensarbeit auf Bundesebene neu eingerichtet oder aufgestockt. Größtenteils wurden sie aus dem Bundesverbandshaushalt bezahlt, manchmal von einem Förderer bezuschusst. Parallel zu mehr bezahlten Kadern gab es seit drei Jahren regelmäßig ein größeres Defizit im Bundeshaushalt, das zum Teil auf die Personalkosten zurückzuführen ist. Nun wurde durch Beschluss des Bundesausschusses eine Stelle für Lobbyarbeit in Berlin besetzt. Finanziert wird sie von einem Mitglied des BundessprecherInnenkreises.

Aus dem Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein haben wir immer gegen die Stellenaufstockung im politischen Bereich und das damit verbundene eingeplante Defizit im Bundeshaushalt gestimmt – und sind unterlegen. Eine Anlehnung der Gehälter an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst haben wir befürwortet, ebenso eine ausreichende personelle Ausstattung der Verwaltung. Die seit Jahrzehnten bestehende 50-Prozent-Stelle für die Erstellung der *ZivilCourage* haben wir nie infrage gestellt.

Wir unterscheiden zwischen der notwendigen personellen Ausstattung für die Grundorganisation der DFG-VK, etwa die Mitgliederverwaltung, die Buchhaltung und den Materialversand, und den politischen Stellen wie politische Geschäftsführung, Referentin für Friedenspolitik, „Bullifahrer“ usw. Es geht uns ausdrücklich nicht um die Kompetenz der bisherigen politischen Kader, aber die Entwicklung hin zu einer NGOisierung halten wir aus finanziellen und aus politischen Gründen für falsch.

Wir betrachten nur die Entwicklung auf der Bundesebene, die Entscheidungen auf der Landesverbandsebene müssen dort verantwortet werden. Landesverbände und Gruppen entscheiden in der DFG-VK zum Glück und entsprechend der Satzung immer noch autonom – und das sollte auch so bleiben. Im Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein haben wir seit Jahrzehnten entschieden, keine Mitgliedsbeitragsanteile in Personalkosten zu stecken. Weniger Aktivitäten und Materialien als bei anderen Landesverbänden gibt es dadurch nicht. Sichtbar sind diese Landesverbandsaktivitäten z. B. auf unserer Homepage www.bundeswehrabschaffen.de

des 2021er-Haushalts Ende Februar kam von mir.

Es ist schon abzusehen: Auf dem Bundeskongress Ende Oktober wird es vermutlich Anträge zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge geben – obwohl alle Mitglieder sich selbst einschätzen und ihre Beitragsstufe festlegen. Vermutlich wird es erneut Versuche geben, die Beitragsanteile für die Gruppen zugunsten des Bundesverbandes zu schmälern.

Woher kommt das Geld für eine neue Stelle, das schon für die vorhandenen nicht da ist?

Die neue Stelle für Abgeordnetenbeeinflussung in Berlin soll für den Bundesverband kostenneutral sein. Das Gehalt mit allen dazugehörigen Kosten wird von besagtem Förderer zweckgebunden finanziert. Die DFG-VK hat etwa so viele Mitglieder wie ein größerer Kleinstadtsportverein. Auch in solchen Sportvereinen gib es manchmal Begeisterte, die Spielerkader ihrer Sportart mit großen Geldbeträgen „einkaufen“. Erst einmal nichts Problematisches, solche Großspender, könnte Mensch denken. Aber letztlich entstehen, trotz guter Absichten, informelle Abhängigkeiten.

Kritik an der NGOisierung der DFG-VK mit politischer Begründung.

Bezahlte Abgeordnetenbeeinflussung nutzt dem Ringen gegen Krieg und Militär und für Frieden wenig. In Berlin arbeiten 5000 bis 6000 bezahlte Abgeordnetenbeeinflusser* innen. Nun kommt ein Mensch dazu und zwar ohne den großen Geldsack im Hintergrund, ohne JuristInnenstäbe, die genehme Gesetze vorformulieren, ohne Jobs, die im Drehtüreffekt für die Zeit nach dem Abgeordnetendasein ein überdurchschnittlich hohes Einkommen garantieren.

Personal beim DFG-VK-Bundesverband

Stelle (Wochenstunden)	2021	2020
Verwaltung + Materialversand (Susanne Jallow)	32	35
Verwaltung + Materialversand (Susanne Bödecker)	9	9
Politische Geschäftsführung (Michael Schulze von Glaßer)	27	27
Referentin für Friedenspolitik (Kathrin Müller)	27	19
Referentin für Lobbying (ab März 2021; Elvin Çetin)	34	-
ZivilCourage (Redaktion, Druckvorstufe, Homepage; Stefan Philipp)	19,25	19,25
FahrerIn Vereinsfahrzeug (bis April 2020; Benno Malte Fuchs)	-	19
Aushilfe Buchhaltung (Honorar)	2	2

Kritik an der NGOisierung der DFG-VK mit einer finanziellen Begründung.

Laut Haushaltsplan ist allein in den drei Jahren 2018, 2019, 2020 ein Defizit von 131 873 Euro zusammengekommen – und das ist noch schöngerechnet. Werden AfA (Absetzung für Abnutzung) und Gruppenverwahrgelder berücksichtigt, sind es 179 793 Euro. Für 2021 ist erneut ein großes Defizit im Haushalt des Bundesverbandes eingeplant (53 119 Euro mit AfA). Die einzige Gegenstimme bei der Verabschiedung

Ein „Geschmäcke“ hat es, wenn jemand Geld bekommt, um Abgeordnete zu beeinflussen. Was ist dann bei der DFG-VK anders als etwa bei Chemieriesen, Automobilverbänden oder der Pharmaindustrie – außer die Größe des dahinter hängenden Geldbeutels? Anders ist es, wenn Bürger*innen Abgeordnete ansprechen oder zu überzeugen versuchen. Das entspricht in der Theorie dem Prinzip des Parlamentarismus. Theoretisch sollen die Abgeordneten die Bevölkerung vertreten.

Kreativität und Bissigkeit gehen NGOs mit der Zeit meist verloren.

Abgeordnetenbeeinflussung ist das, was bezahlten Kadern von NGOs zuerst einfällt. Da sie ihre Stellen finanzieren müssen, fällt ihnen natürlich auch noch die Akquise von Spenden sowie Zuwendungen von Staat und Wirtschaft als wesentliches Arbeitsfeld ein. Wir alle kennen die regelmäßigen Bettelbriefe zum Jahreswechsel. Mit der Arbeitsweise passen NGOs sich an die Strukturen des Staates an, anstatt Basisdemokratie und Bürger*innenbeteiligung zu stärken.

Ein Zauberwort für NGOs sind Feldzüge, Kampagnen genannt.

Kleine überschaubare, zeitlich begrenzte Aktivitätsabfolgen. Diese Feldzüge können dann publiziert und für sie Mittel eingeworben werden. Die bezahlten Kader werden oft als Campaigner*innen betitelt. Auch die DFG-VK hat Fortbildungen zur Campaigner*in mitfinanziert.

Kampagnen lehnen wir nicht grundsätzlich ab, sie können aber nur dort sinnvoll taktisch eingesetzt werden, wo sie in ein langfristiges strategisches Konzept passen. Unsere programmatische Arbeit ist langfristig auf Jahrzehnte angelegt. Das widerspricht jedoch der Zeitbegrenztheit von Kampagnen.

NGO oder Bewegungsorientierung? NGOs reden oft mit NGOs und viel seltener mit der Bewegung. Schon bei der Frage der Tageszeit von Be-

sprechungen klappt eine Zusammenarbeit von NGO-Kadern und Bewegungsaktiven oft nicht. Denn die Aktiventreffen finden meist an Wochenenden oder am Abend nach 20 Uhr statt; die Angestellten der Weltanschauungsfirmen wollen aber auch mal Feierabend haben – spätestens dann, wenn sie das Alter eines bürgerlichen Familienlebens mit Kindern erreicht haben und die Partner*innen maulen.

Kader der einen NGO verstehen Kader der anderen NGO meist viel besser als gerade neu Politisierte. Also unterstützen sie sich bei ihren Fotoaufstellaktionen etwa vor dem Reichstagsgebäude in Berlin. Ganz normale Freizeitaktivisten kommen selten in großer Zahl dazu. Zu verfolgen ist das auf diversen Fotos z.B. auf den Homepages von *unter 18 nie*, *Macht Frieden* usw. Sicherlich sind bei kleinen lokalen Aktionen meist nicht viel mehr Aktive, diese werden aber auch nicht als „Berufsdemonstrant*innen“ für viel Geld bezahlt.

NGOisierung ist eine Mobilisierungsfalle.

„Weshalb soll ich denn Protokoll schreiben, wenn doch hier jemand sitzt, der/die für die Anwesenheit Geld bekommt?“, frage ich mich manchmal. Bin ich Dienstleister für die Kader oder diese für mich?

Wenn wir als Ehrenamtler Mitglieder und Freunde ansprechen, stellen diese ihr Expert*innenwissen oft kostenlos zur Verfügung, weil auch wir unsere Aktivitäten unentgeltlich einbringen. Die Angesprochenen ergänzen dann den Aktivenstamm der Gruppe. Sind bezahlte Kader bei Vorbereitungen oder Aktionen dabei, geht das Handeln auf Augenhöhe verloren. Ehrenamtlich Aktive fühlen sich manchmal nur als Statist*innen. Wenn es um Gruppenbildung und den Zusammenhalt von Gruppen geht, sind die Hauptamtlichen wieder weg.

Bei den Stärken der DFG-VK ansetzen. Eine Stärke der DFG-VK ist die politische Verankerung in der Fläche durch autonom agierende Landesverbände und Ortsgruppen mit



Lobbyarbeit: Kundgebung vor dem Landtag in Kiel

Aktiven, die viel Freizeit in unseren Verband stecken und die DFG-VK in lokalen und regionalen Netzwerken verankern.

In unseren Ortsgruppen ist die Anzahl der Aktiven wichtiger als die Zahl der Mitglieder. Wir freuen uns natürlich über Mitglieder, denn sie bestätigen unsere politische Arbeit und tragen zu deren Finanzierung bei. Einige machen mit ihren Möglichkeiten Öffentlichkeitsarbeit z.B. in sozialen Medien oder ihrem Wohnumfeld. Kern der Außenwirkung aber sind die Gruppenaktiven, die regelmäßig in Fußgängerzonen, vor Schulen oder Jobmessen, vor Kasernentoren oder bei Festivals stehen, die mit Infoständen und Transparenten auf Demos präsent sind oder diese gar selbst organisieren. Diese Gruppenaktiven können von bezahlten Kadern auf keinen Fall ersetzt werden.

Kann beides nebeneinander herlaufen?

Ja, es könnte sich ergänzen wie z.B. die Youtube-Filmchen des politischen Geschäftsführers Michael Schulze von Glaßer über Gruppenaktivitäten; aber nur, wenn die Gruppenautonomie erhalten bleibt und wenn für die Finanzierung bezahlter Kader nicht die Mittel der Gruppen gekürzt und immer weiter Schulden gemacht werden – was mittelfristig die Existenz der DFG-VK gefährdet.

Detlef Mielke ist seit Jahrzehnten auf Gruppenebene und im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein aktiv; im Bundesausschuss vertritt er seinen Landesverband. <<

Erhöhung des DFG-VK-Mitgliedsbeitrags

Der kommende Bundeskongress soll Ende Oktober darüber entscheiden

Von Christoph Neeb und Michael Schulze von Glaßer

Mit Beginn der Jahre 2006 und 2014 wurden die Beiträge für die Mitgliedschaft in der DFG-VK letztmalig erhöht – die Delegierten des Bundeskongresses als dem höchsten Verbandsgremium hatten das zuvor beschlossen. Der Mindestbeitrag liegt aktuell bei 2 Euro im Monat. Nun sind erneut acht Jahre vergangen, und die Finanzkommission als von der Satzung vorgesehenes Gremium diskutiert über eine mögliche Beitragserhöhung zum Jahr 2022. Hintergründe und Perspektiven werden in diesem gemeinsamen Beitrag des Bundeskassierers und des politischen Geschäftsführers dargestellt.

Seit unserer letzten Beitrags-erhöhung hat sich in unserem Verband viel zum Positiven bewegt: Die Zahl der Mitglieder ist gestiegen, und wir konnten – und können – viele Erfolge vorweisen. Die Aktivitäten der einzelnen Gliederungen sind beeindruckend. Die gesteigerten Aktivitäten zeigen sich allerdings auch bei den Bundesausschusssitzungen zum Haushaltsplan: Es wird immer weit mehr Geld für Projekte und andere Posten beantragt, als vorhanden ist. Selbst mit zum Teil drastischen Kürzungen (in Einzelfällen bis auf „0“) hat sich die Haushaltslage in den letzten Jahren immer weiter verschärft. Das Jahresergebnis (ohne Abschreibungen, ohne Darlehenstilgung und ohne Ertrag durch Verwahrgelder) betrug 2016: +1287,17, 2017: +2476,66, 2018: -31347,93 und 2019 (vorläufig, da noch kein endgültiger Jahresabschluss vorliegt): -56900,00. Hinzu kam eine jährliche Inflationsrate von bis zu 1,8 Prozent. Dank einer hohen Liquidität war das Minus der letzten Haushalte (deren Pläne jeweils mit einer Zweidrittelmehrheit vom Bundesausschuss beschlossen wurden)

zwar nicht wünschenswert, aber möglich (unser Verband ist weit davon entfernt, überschuldet zu sein) – das Liquiditätspolster ist mittlerweile aber geschmolzen, weshalb ein „weiter so“ nicht möglich ist. Entweder schränken wir unsere Aktivitäten massiv ein oder wir beschließen eine Lösung zur besseren finanziellen Ausstattung des Verbandes.

Aus den Finanzmitteln des DFG-VK-Bundesverbands werden all unsere politisch-inhaltlichen Kampagnen (mit)finanziert – und das durchaus erfolgreich: Seit Jahren sind Waffenexporte aus Deutschland an Staaten wie Saudi-Arabien und die Türkei ausgesetzt (die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ wird aus dem Haushalt des DFG-VK-Bundesverbands finanziert); die Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen konnten wir 2020 verhindern (die „Drohnen-Kampagne“ wird aus dem Haushalt des DFG-VK-Bundesverbands finanziert); bei Atomwaffen konnten wir 2021 das Inkrafttreten des Verbotstrags feiern (die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ wird aus dem Haushalt des DFG-VK-Bundesverbands finanziert) und die Bundeswehr schafft es trotz eines Millionen-Euro-Werbebudgets nicht, genügend Rekrut*innen zu bekommen (die Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ wird aus dem Haushalt des DFG-VK-Bundesverbands finanziert, und zudem gibt es noch einen eigenen Finanztopf gegen Bundeswehr-Werbung).

Doch die Arbeit an den Themen ist durch das immer enger werdende Finanzbudget gefährdet – schon heute wird nahezu jeder Haushaltsantrag massiv gekürzt. Und für einige Wunschthemen wie etwa die „Militarisierung der Polizei“ ist gar kein Geld vorhanden.

Auch für unsere Verbandsstrukturen hat der Haushalt des DFG-VK-Bundesverbands enorme Bedeutung. Die Bundesausschuss-Sitzungen werden über ihn finanziert. Und auch die für die Zukunft unseres Verbands enorm wichtige AG Jugend/U35, in der unsere jungen Mitglieder aktiv sind, ist auf Bundesebene organisiert und wird von dieser jährlich mit etwa 4500 Euro unterstützt. Auch die UN-Jugenddelegationen werden aus dem Haushalt des Bundesverbands (mit)finanziert – und sorgen für neue, junge Mitglieder.

Diese Arbeit bringt uns tatsächlich neue Mitglieder ein, damit aber nicht automatisch mehr Geld. Zwar ist unser Verband zwischen 2014 und 2021 – unterm Strich – um 215 Mitglieder gewachsen, Neumitglieder ordnen sich bei der Beitragshöhe aber eher niedriger ein, und diejenigen, die austreten (Hauptgrund dafür ist noch immer das Ableben des Mitglieds), zahlen meist höhere Beiträge. So steigen die Einnahmen unseres Verbands aus den Mitgliedsbeiträgen (die 48 Prozent des Gesamthaushalts des DFG-VK-Bundesverbands 2019 ausmachten) zwar leicht, es wird dennoch weitaus mehr Geld für Aktivitäten gewünscht, als durch die aktuellen Beiträge hereinkommt.

Eine der Hauptaufgaben des Bundesverbands ist die Unterstützung der eigenständig arbeitenden Gliederungen. Dieser Aufgabe wurde seit 2015 eine höhere Priorität zugeordnet, wobei aber auch Kosten entstehen: Um mit wenig Aufwand aufmerksamkeitsregende Aktionen durchführen zu können, wurden mittlerweile 15 Aktionssets zu verschiedensten friedenspolitischen Themen erstellt, die auf der DFG-VK-Website vorgestellt werden und von den Gruppen bezogen werden können.

Auch die mit Spenden finanzierte Anschaffung und der ebenso finanzierte Betrieb des DFG-VK-Bullis fiel von seiner Anschaffung 2017 bis zu seinem Verkauf Anfang 2021 in den Kostenbereich des Bundesverbands (wobei der Landesverband Baden-Württemberg die Ausgaben dankenswerterweise vorstreckte). Mit dem Aktionsfahrzeug konnten zahlreiche Ortsgruppen und Landesverbände unterstützt werden – einige Aktionen wurden durch das Fahrzeug überhaupt erst möglich. 2022 soll daher ein neues – umweltfreundlicheres – Fahrzeug angeschafft werden.

Aus den Mitteln des Bundesverbands wird zudem unsere Bundesgeschäftsstelle (BGS) in der Hornbergstraße 100 in Stuttgart finanziert – sowohl die Mittel als auch unsere zwei dort arbeitenden Angestellten (Susanne Jallow und Susanne Bödecker). In unserer Geschäftsstelle wird unsere Mitgliederverwaltung organisiert und durchgeführt – unsere Angestellten sind dafür jederzeit von den Gruppen und Landesverbänden ansprechbar und versorgen diese mit Informationen. In der BGS befindet sich zudem unser sich gut entwickelnder Materialversand (www.SHOP.DFG-VK.de). Zwischen 2016 und 2021 sind mehr als 40 Flyer, 25 Aufkleber, 20 Transparente und Fahnen sowie zahlreiche weitere Materialien von Fahrradsattelbezügen über Kalender, Tassen und Regenschirme bis hin zu Baumwolltaschen entstanden, die dort bestellbar waren bzw. sind. Die Materialien werden teils kostenlos und teils zum Selbstkostenpreis angeboten – kostendeckend ist der Materialversand nicht, sondern wird vom Bundesverband finanziell bezuschusst. Politisch „lohnt“ er sich aber natürlich – und wir versorgen nicht nur unsere Gliederungen mit Materialien, sondern die ganze Friedensbewegung.

Auch digitale Infrastruktur wird durch den Bundesverband zur Verfügung gestellt: Das Grundgerüst der DFG-VK-Website – www.DFG-VK.de – kann von jedem Landesverband sowie jeder Orts- und Projektgrup-

pe übernommen werden (viele nutzen es schon). Zudem stellt der Bundesverband mit der DFG-VK-Cloud einen Datenspeicher bereit, der zum Austausch unter den Mitgliedern und als Archiv für digitale Materialien von Fotos und politischen Karikaturen über Vorlagen für Flugblätter bis hin zu Protokollen der letzten Jahre dient. Jedes Mitglied kann einen Cloud-Account bekommen. Unser mittlerweile in Hamburg stehender Server wird vom Bundesverband finanziert und betrieben.

Auch unsere Mitgliederzeitschrift *ZivilCourage*, deren Erstellung, Druck und Vertrieb aktuell jährlich etwa 55000 Euro kosten, wird aus dem Haushalt des DFG-VK-Bundesverbands bezahlt. Die Zeitschrift ist mittlerweile auch im Internet stark aufgestellt – www.ZIVILCOURAGE.DFG-VK.de.

Die Beitragserhöhung soll und braucht ausdrücklich nicht dafür genutzt zu werden, unsere neue Stelle der Referentin für Lobbying in Berlin (die durch Elvin Çetin ausgefüllt wird) oder die Ausweitung unserer Stelle der Referentin für Friedenspolitik (die durch Kathi Müller ausgefüllt wird) zu finanzieren – die Stelle bzw. die Ausweitung der Stelle ist durch Spenden gegenfinanziert. Auch die bei der Anschaffung eines neuen DFG-VK-Fahrzeugs nötige Anstellung eines/einer Fahrer*in, wäre durch Spenden (u.a. aus einigen der letzten Spendenaufufe) gedeckt.

Wir haben in den letzten Jahren viel aufgebaut, und es gibt im Verband noch viel mehr Ideen. Bei den Orts- und Regionalgruppen sowie Landesverbänden soll aber nicht gespart werden. Es bestand und besteht beim DFG-VK-Bundesverband keine Absicht, die Beitragsanteile der Landesverbände und Gruppen zu vermindern. Deswegen braucht es eine Beitragserhöhung, die dem Bundesverband in absoluten Zahlen mehr finanzielle Mittel bringt, um die aktuell laufenden Projekte in hohem Maße fortführen zu können.

DFG-VK-Satzung: § 6 Beiträge

(1) Jedes Mitglied ist verpflichtet, den vom Verband festgesetzten regelmäßigen Mitgliedsbeitrag zu zahlen. In sozialen Härtefällen ist eine zeitlich begrenzte Beitragsbefreiung auf Antrag zu gewähren.

(2) Über die Beitragshöhe, Beitragsstaffelung und Beitragsverteilung auf die Gliederungen des Verbandes entscheidet der Bundeskongress.

Die Finanzkommission erarbeitet gerade verschiedene Modelle, wie eine Erhöhung der Beiträge dafür aussehen könnte. Beim kommenden Bundesausschuss-Treffen am 20. Juni soll darüber schon gesprochen werden. Und die Entscheidung über die Beitragserhöhung – und in welcher Höhe sie ausfällt – werden letztlich die Delegierten auf unserem 23. Bundeskongress, der vom 29. bis 31. Oktober 2021 in Halle (Saale) stattfindet, treffen.

Wir alle werden es uns dabei – wie hoffentlich schon aus diesem Beitrag ersichtlich ist – nicht leicht machen: Die aktuelle Zeit ist für viele Menschen nicht einfach. Doch gerade die Pandemie zeigt, dass die Friedensarbeit gestärkt werden muss – auch finanziell. Trotz der Gesundheitskrise, die viele Menschen im Land auch wirtschaftlich trifft, hat die Bundesregierung 2021 einen Rekord-Militärhaushalt in Höhe von 46,9 Milliarden Euro beschlossen. In Zukunft soll es noch mehr Soldat*innen und neue Waffen geben – auch ins Inland drängt das Militär dabei immer mehr. Und auch international sind wir gefragt: Noch immer wird die Welt mit Atomwaffen bedroht – zudem kommen neue Gefahren, wie etwa autonome Waffensysteme, auf. Es braucht eine ausreichend finanzierte DFG-VK, um gegenzuhalten und die Welt friedlicher zu machen!

Christoph Neeb ist DFG-VK-Bundeskassierer, und Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK; beide sind in der DFG-VK-Finanzkommission aktiv. <<

Aus der Geschichte lernen!

Die historische Lektion über das zivilisatorische Minimum

Von Wolfram Wette

Auf einer Tagung der Würzburger Akademie Frankenweite Mitte der 1990er Jahre wurden neuere Forschungsergebnisse über die Wehrmacht und den Holocaust erörtert. In der Diskussion attackierte ein weißhaariger Herr, der sich als ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht zu erkennen gab, einen jungen Teilnehmer mit dieser Frage: „Und wie hätten Sie sich damals verhalten?“

Dem jungen Mann verschlug es zunächst die Sprache, weil er sich als konstruktiver Diskussionspartner auf das Ansinnen einzulassen versuchte, jedoch alsbald merkte, dass er nicht in der Lage war, eine Antwort zu geben. Statt seiner ergriff damals Susanne Miller das Wort, die bekannte Bonner Professorin für Geschichte und vormalige jüdische Emigrantin.

Sie trug mit erkennbarer Erregung vor, das sei eine ganz unpassende und falsche Frage. Denn erstens vermöge sich der junge Mann, der stellvertretend für seine Generation gesehen werden könne, gar nicht genau in die damalige Zeit – gemeint war die Zeit der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkrieges – hineinzusetzen. Daher sei es – zweitens – ein nutzloses Unterfangen, ihn mit der unterschwellig moralisierenden Frage zu konfrontieren, was er wohl getan hätte. Stattdessen komme es – drittens – auf etwas ganz anderes an, nämlich darauf, was der junge Mensch aus der Geschichte gelernt habe und wie er das Gelernte heute und in der Zukunft zu praktizieren gedenke.

Das war für viele Tagungsteilnehmer ein erhellendes Statement, auch für den Verfasser dieses Vortrags, wie schon aus der Tatsache hervorgeht, dass es ihm so präzise in Erinnerung geblieben ist. Susanne

Miller hätte in Würzburg noch hinzufügen können, dass besagte Frage aller Wahrscheinlichkeit nach zu dem Zweck gestellt wurde, den Vertreter der Kriegsgeneration zu entlasten.

Denn man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass in der von ihm aufgeworfenen Frage bereits die – anthropologisch gemeinte – Antwort mit-schwang: Unter bestimmten extremen Bedingungen verlieren wir doch alle die humane Orientierung und sind nicht davor gefeit, uns an Verbrechen zu beteiligen. Also habt ihr Jüngeren kein Recht, über unser damaliges Verhalten, auch wenn es ein Versagen war, zu richten oder moralisch zu urteilen.

Besagte Frage ist also Teil des größeren Zusammenhangs der nachträglichen Rechtfertigung von Mitwissenschaft, Mitläuferschaft oder Mittäterschaft. Sie kommt nicht selten in der Aussage „Man hat doch nichts dagegen machen können!“ daher. Dank intensiver historischer Forschungen wissen wir jedoch heute, dass zumindest eine Minderheit der damals lebenden Deutschen sich verweigerte oder etwas Widerständiges zu tun versuchte.

Man denke an die Kriegsdienstverweigerer, die Wehrkraftzersetzer, die Deserteure der Wehrmacht, an die Tausende von Menschen, die verfolgten Juden Unterschlupf gewährten und bestrebt waren, sie vor dem Tode zu retten. Nicht umsonst wurden diese gegen den Strom schwimmenden Menschen so lange totgeschwiegen und als Verräter diffamiert. Hielten sie den Mitläufern und Mittätern doch den Spiegel vor, in dem eine ganz andere Frage stand: Und was hast du getan? Nicht etwa: Was hättest du getan, wenn du damals gelebt hättest, sondern, an die Adresse der Angehörigen der Kriegsgeneration: Was hast

du damals tatsächlich gedacht und getan?

Der Literaturwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma, Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat sich mit unserer Frage ebenfalls beschäftigt. In ihr, vermutet er nicht ohne Grund, könne sich die Anmaßung von Zeitzeugen verstecken, die meinen, nur der könne mitreden, der dabei gewesen sei, was – methodisch betrachtet – keinerlei Sinn mache, weil sonst jegliche Geschichtsschreibung, die dem Streben nach Wahrheit verpflichtet ist, unmöglich sei.

Weiterhin weist Reemtsma darauf hin, dass der miterlebende Zeitgenosse und der rückblickende Historiker keineswegs auf der gleichen Ebene urteilen müssten. Denn schließlich könne es „einen Zuwachs an moralischer Kompetenz in der Generationenfolge“ geben. Tatsächlich bestimmt doch unser Wissen um die historischen Fehlentwicklungen in der NS-Zeit unser heutiges und zukünftiges Denken und Handeln maßgeblich mit.

Der Theoretiker Reemtsma wird vergleichsweise konkret, wenn er die fundamentalen Lehren beschreibt, die aus der NS-Zeit zu ziehen sind. Er nennt sie das „zivilisatorische Minimum“ und schreibt: „Wir müssen voneinander – ohne jede Nachsicht – verlangen, dass wir keine Mörder werden. Dass wir uns nicht freiwillig an Verbrechen beteiligen, dass wir andere Menschen nicht denunzieren, ihr Leben nicht zerstören.“

Was bedeutet diese Lehre für das methodische Vorgehen des Historikers? Selbstverständlich muss er bestrebt sein, sich in die Zeit, die er untersucht, möglichst intensiv hinein zu versetzen, um zu erklären, weshalb bestimmte Menschen so handelten, wie sie es getan haben, und nicht an-

ders. Gleichzeitig hat er zu bedenken, dass andere Menschen sich anders verhalten und dass sie Handlungsspielräume im Sinne des menschlichen Anstands erkannt und genutzt haben. Aber er kann beim bloßen Ermitteln der Fakten nicht stehen bleiben. Eine solche antiquarische Geschichtsschreibung würde das Geschehene ja nur sprachlich verdoppeln. Auch Bewertungen sind gefordert.

Wenn beispielsweise Heinrich Himmler in seiner berüchtigten Posener Rede vom 4. Oktober 1943 seine SS-Offiziere lobte, dass sie bei der Ermordung der Juden „anständig geblieben“ seien, weil sie diszipliniert getötet und nichts entwendet hatten, so kann diese Sentenz doch sinnvoll nur erörtert werden, wenn wir die damaligen und heutigen Moralvorstellungen miteinander vergleichen.

Es geht gar nicht anders: Der Historiker muss auch darlegen, wie das Verhalten von Menschen in der NS-Zeit nach unseren heutigen moralischen Maßstäben zu bewerten ist. Diese Normen haben sich bekanntlich in der jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit dem Absturz der Deutschen während der NS-Zeit in die grenzenlose Inhumanität herausgebildet.

Der Schriftsteller und emeritierte Staatsrechtler Bernhard Schlink, Verfasser des Weltbestsellers „Der Vorleser“, hat neuerdings kritisiert, dass die NS-Geschichte mit heutigen Moralvorstellungen bewertet wird, und von einer um sich greifenden „Kultur des Denunziatorischen“ gesprochen. Statt zu entlarven und zu demontieren, sollten die Menschen von heute sich vielmehr in die damalige Lage hineinbegeben, denn: „Je mehr wir über das Dritte Reich wissen, desto weniger wissen wir darüber, wie damals gelebt und erlebt und was gedacht und gefühlt wurde.“

Schon in der Schule, kritisiert Schlink, werde statt des Verständnisses des Verhaltens im Dritten Reich dessen moralische Bewertung „eingübt“, was die Gefahr in sich trage,

dass die künftigen Generationen von dieser Zeit einfach nichts mehr wissen wollen.

Hier scheint mir Schlink das Kinde mit dem Bade auszuschütten. Natürlich ist es Aufgabe der Historiker, sich die NS-Zeit vor Augen zu führen und sich der schwierigen Aufgabe zu unterziehen, die fließenden Übergänge zum Unrechtsstaat und zu den großen Verbrechen zu ermitteln und sich der emotionalen Lage der damals lebenden Deutschen anzunähern. Aber damit ist es nicht getan. Sie sind auch aufgefordert, die Teilhabe vieler Zeitgenossen an den damaligen Staatsverbrechen zu bewerten, und das geht nur mit den Augen und mit den Wertmaßstäben von heute, was selbstverständlich jeweils genau kenntlich gemacht werden muss.

In ihren Überlegungen zu einem angemessenen Umgang der heute lebenden Generationen mit der Zeit des Nationalsozialismus kommen die Historikerin Susanne Miller und der Literaturwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma übrigens zu einem übereinstimmenden Ergebnis:

Die Frage „Wie hätte ich mich verhalten?“ erbringt letztlich keinen Erkenntnisgewinn. Sie dient allenfalls der Entlastung desjenigen, der sie stellt.

Viel wichtiger und auch viel folgenreicher ist die Frage der heute lebenden Menschen: „Wie soll ich mich verhalten?“

Anders ausgedrückt: Habe ich die historische Lektion über das „zivilisatorische Minimum“ für die verantwortliche Gestaltung meines gegenwärtigen und zukünftigen Lebens gelernt?

Wolfram Wette ist DFG-VK-Mitglied, Friedensforscher und emeritierter Geschichtswissenschaftler. Dieser Beitrag ist sein gekürztes Geleitwort zum Buch von Moritz Pfeiffer: Mein Großvater im Krieg 1939-1945. Erinnerung und Fakten im Vergleich. (Bremen 2012; ausführliche Besprechung in Forum Pazifismus Nr. 34/35/36, II-IV/2012, S. 82 ff.; <https://bit.ly/3x6vYzc>). <<

„Besser wissen“

Reaktionen auf den Artikel zu Martin Niemöller im letzten Heft

„Als Spätgeborener ist man Besserwisser“ – so lautet eine Reaktion auf den Artikel „Wie viel Antisemitismus kann man übersehen?“ Darin hatte sich in der letzten Ausgabe der *ZivilCourage* Hauke Thoroer vor dem Hintergrund einer 2019 von dem Geschichts-Professor Bejmain Ziemann verfassten Biografie sehr kritisch mit dem früheren DFG-VK-Präsidenten Martin Niemöller auseinandergesetzt. Besserwisser? Ja, zum Glück, möchte ich sagen.

In der Rückbetrachtung können wir Ereignisse, Handlungen, Äußerungen, Tendenzen, Entwicklungen, Strukturen im Überblick und in Zusammenhängen erkennen – und bewerten. Und natürlich können wir uns fragen: Wie hätten wir uns, wie hätte ich mich verhalten? Wir hätte ich mich verhalten wollen, sollen? Und, das vor allem: Wie will ich mich in der Zukunft verhalten?

Das Thema – Niemöller, wie wir ihn gesehen haben und wie wir heute auf ihn blicken – scheint für viele relevant zu sein; jedenfalls erreichten die *ZivilCourage* in den letzten 20 Jahren noch nie so viele Zuschriften. Grund genug, sie alle und weitgehend ungekürzt zu veröffentlichen (auf den folgenden Seiten), mich für die Resonanz zu bedanken. Und dazu zu ermuntern, die Rubrik Briefe intensiv zu nutzen und zu „füllen“.

Der hier auf dieser Doppelseite veröffentlichte Beitrag von Wolfram Wette betrachtet die Frage der nachträglichen Beurteilung und Wertung aus einem geschichtswissenschaftlichen Blickwinkel und betont die humane Orientierung und das „Lernen historischer Lektionen“.

Der alte Spruch „Hinterher ist man immer klüger“ stimmt; zumindest könnten wir es sein. Wenn wir genau hinschauen und bewerten. Seien wir also klüger – und verhalten uns so.

Stefan Philipp



Zuschriften bitte per E-Mail an: zc@dfg-vk.de
Briefe sollten maximal 1800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Zum Beitrag von Hauke Thoroé über den früheren DFG-VK-Präsidenten Martin Niemöller „Wie viel Antisemitismus kann man übersehen?“ in *Zivil Courage* Nr. 1/2021, Seite 26 ff.

Die kritische Analyse von Hauke Thoroé in Auswertung einer Biografie über Martin Niemöller ist ebenso gründlich wie pointiert; man kann ihr gar nicht viel entgegensetzen. Dass wir in den 1970er Jahren eine „Fangemeinde“ darstellten, ist zugespitzte Rhetorik, aber auch nicht unwahr. Mehrere Faktoren hatten uns junge Friedens-Enthusiasten damals sehr imponiert:

Niemöllers ehemalige Internierung in einem KZ galt uns als Prädikat für Glaubwürdigkeit. Unter diesem Bonus empfanden wir seine Wende vom U-Boot-Kommandanten (mehr wusste man nicht) zum Pazifisten als exotisch interessant und als Zeichen für (s)eine starke Persönlichkeit. Seine öffentliche Prominenz war uns willkommen – nur so vermittelte die „Tageschau“ mal eine kurze Notiz über einen DFG-VK-Bundeskongress (unter Hinweis auf den „greisen Pastor Niemöller“).

Geadelt wurde in unseren Augen alles durch Niemöllers persönliche Auftritte. Konzeptfreie Rede ohne kopfige Formeln vermittelten eine hohe Authentizität. Ohne Anstrengung machte er sich zu einem Sympathieträger.

Obwohl wir jungen Kriegsdienstverweigerer und in der DFG-VK Engagierten jeglicher Art von Personenkult misstrauten, billigten wir ihm eine Art Altersweisheit zu, die ganz mit unserer „Linie“ verschmolz. Also doch ein bisschen Idol.

Von heute aus gesehen ist klar: Niemöller war kein lupenrein zum Paulus gewandelter Saulus. Ein Judas für unsere Sache war er aber auch nicht – das wird in Hauke Thoroés Text auch nicht behauptet.

Gunter Schmidt

Ich bin 1932 geboren. Der Artikel über die Lichtgestalt ist sowohl verdienstvoll als auch überflüssig. Als Spätgeborener ist man Besserwisser. Lieber Freund Thoroé, es menschtelte überall, auch in Gandhis Basic Education Schule, wo ich anderthalb Jahre in die Lehre ging.

Konrad Borst

Es war Martin Niemöller, den Hauke Thoroé zu entzaubern glaubte: ein antisemitisch-völkischer Eiferer, dessen Überzeugungen instrumentelle Floskeln seien. Und wer ist als Nächstes an der Reihe, entzaubert – und verbannt – zu werden? Vorher hat es die Geschwister Scholl erwischt, die 1933 noch an den Führer geglaubt haben. Der spätere Kommunist Richard Scheringer war Anhänger Hitlers bis in eine Haftstrafe hinein. Kardinal von Galen trat mutig auf gegen das T4-Programm der Nazis zur Euthanasie; bei der Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens schwie er.

Es geht nicht einmal um das Motto: „Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten“, wie Stefan Philipp in seiner Replik auf Hauke Thoroé schreibt. Denn das hieße ja, dass bei besonders verdienten Personen besonders viel „Schattenseiten“ zu erwarten sind. Aber die Sehnsucht nach idealen Menschen – gerade in der „eigenen Bewegung“ ist so verbreitet, wie sie naiv ist. Und die Bereitschaft, jemanden ins Abseits zu stellen, wenn er/sie nicht überall – heute bis in die eigenen Sexualpraktiken hinein – ohne Fehl und Tadel, makellos ist.

„Idealisierung ist auch eine Form der Abwehr“, sagte ein Lehrtherapeut in meiner Psychotherapieausbildung. Idealisierung begegnet auch

mir. Viele Leute sagen: Du machst ja tolle Sachen! Wenn ich dann antworte: Nachmachen, mitmachen, selbst was aktiv tun (ist fast egal, was), dann heißt es: Ja, Du mit Deinen Fähigkeiten und Deinem Engagement. Indem sie mich überhören, müssen sie sich nicht mit ihrer Lauheit, ihrer Bequemlichkeit auseinandersetzen. Das spielt in den moralischen Rigorismus von Thoroé hinein. Diese Haltung dient der Rationalisierung der eigenen Passivität; und wer nichts tut, der kann auch nichts verkehrt machen?

„Wenn das Fußballspiel beendet ist, weiß jeder, wie man es hätte gewinnen können!“ Hinterher ist man immer klüger, weil man ja weiß, wie die Sache ausgegangen ist. Aus der TV-Kabine mit Zeitlupe und Wiederholungstaste kann man trefflich urteilen: In der 57. Minute war doch links alles frei – Doppelpass und Tor. Nur: die 57. Minute war kurz. Und die Spieler standen auf dem Spielfeld und hatten einen anderen Blickwinkel als die Reporter. In der Situation selbst wissen wir nie, wie eine Aktion ausgeht, was eine Bemerkung oder ein Artikel auslöst. Wir sind immer gezwungen zu handeln, ohne das Ergebnis unseres Tuns vorher zu kennen – eine menschliche „Conditio sine qua non“! Das betraf z. B. Kardinal von Galen in seiner Zwiespältigkeit, im inneren Druck, Position zu beziehen. Auch deshalb halte ich wenig von Beurteilungen historischer Situationen im Nachhinein. Solange ich nicht in der Haut des Kardinals gesteckt habe, kann ich die Situation und sein Handeln damals in der Gegenwart nur sehr unzureichend beurteilen.

Bewertungen im Nachhinein wie die von Hauke Thoroé sind ahistorisch, weil sie die damaligen Umstände bewusst oder unwissend vernachlässigen und Handelnde mit einem moralischen Rigorismus messen, an dem jedeR scheitern muss.

Ich weise Menschen in meinem Umfeld darauf hin, dass man den Moment, das Jetzt gestalten muss (Religionen und Philosophen sagen alle etwas Ähnliches: Kümmere dich nicht

so sehr um die Vergangenheit, die ist vorbei und kann nicht mehr beeinflusst werden (wohl aber interpretiert werden!). Kümmere dich nicht um die Zukunft, denn die ist noch nicht da! Kümmere dich um das Jetzt, den Augenblick und gib da dein Bestes (mehr wird nicht verlangt: das, was man gerade jetzt hinkriegt! Aber auch nicht weniger!). Achte dabei nicht auf ein Ziel, denn das lenkt sofort die Aufmerksamkeit vom Jetzt ab.

An ihren Früchten (Taten) sollt ihr sie erkennen, steht in der Bibel. Wie jemand heute handelt, ist wichtig. Und August Bebel hat mal gesagt: Schaut ihnen nicht aufs Maul, schaut ihnen auf die Finger! Und als letzter in der Runde zitiere ich Erich Kästner, den ich wegen seiner Liebe zu den Menschen sehr schätze: Es gibt nichts Gutes – außer man tut es!

Dr. Michael Stiels-Glenn

Den Brief von Stefan Philipp als Replik auf den Artikel von Hauke Thoroehalte ich für nicht angemessen. Vor einiger Zeit las ich eine kurze Besprechung der Niemöller-Biographie des Historikers Ziemann – ich meine, in der Süddeutschen Zeitung. Die Mühe, das Buch zu lesen, machte ich mir nicht. Hauke Thoroehat das getan. Großen Dank dafür! Mir gab der Beitrag Anlass zum Nachdenken, denn anders als Stefan Philipp waren mir die offenbar vorhandenen antisemitischen Tendenzen Niemöllers nicht bewusst. Hätte ich sie damals überhaupt wahrhaben wollen (bin seit etwa 45 Jahren in der DFG-VK)? In den 1970er-Jahren hatten wir nicht viele Vorbilder für eine pazifistische Grundhaltung. So mag unsere unkritische Haltung gegenüber Niemöller vor dem Hintergrund unserer Zeit heraus verstehbar sein, ebenso wie die Haltung Niemöllers vor dem Hintergrund seiner Zeit. Für einen kritischen Blick von außen aber bin ich dankbar, auch auf mich selbst. Zumal Hauke Thoroeh Beitrag den Nerv unserer Zeit trifft: Der wieder aufgekeimte Antisemitismus, der ja nie verschwunden war,

gibt Anlass zu großer Sorge. Ein triftiger Grund, die Vergangenheit kritisch zu reflektieren.

Unangemessen in der Replik finde ich insbesondere die belehrenden Bibel-Passagen. Wohin begibt sich Stefan Philipp da? Obrigkeithörigkeit als christlich-kirchliche DNA? Ziemlich platt. Oberlehrerhaft auch die Erläuterung zur Herkunft des Wortes „Fan“. Den Gebrauch des Wortes durch Hauke als „böartig“ zu bezeichnen, ist des Umgangs miteinander in einer pazifistischen Organisation nicht würdig.

Wenn auch unsere Außenwirkung nicht so dolle ist, sollten wir doch stets gut bedenken, was in der *ZivilCourage* gedruckt wird.

Renate Kühn

Die von Stefan Philipp geäußerte Erwartung weiterer Rückäußerungen von DFG-VK-Mitgliedern am Ende seines Beitrags „Wo viel Licht ist, gibt es auch viel Schatten“ ermuntert mich zu einer kurzen Resonanz:

Ich freue mich darüber, dass wir junge Mitstreiter in der DFG-VK haben, die sich auch kritisch mit Martin Niemöller auseinandersetzen. Und ich freue mich, dass unsere Verbandszeitschrift diese Auseinandersetzung begrüßt und fördert. Die Anmerkungen von Stefan Philipp zu dem Beitrag von Hauke Thoroehabe ich als sehr zutreffend und hilfreich empfunden, um allen Leser/innen unabhängig von ihrem Alter wichtige Informationen zur Einordnung Martin Niemöllers zu geben – als zeitgeschichtliche Persönlichkeit und eben auch als Präsident bzw. Ehrenpräsident der DFG-VK.

Wenn Hauke Thoroeh schreibt „Zu einem aufrechten Bekennen hätte gehört, dass Niemöller seine Vergangenheit konsistent aufarbeitet“, dann frage ich als ein sehr peripherer Wahrnehmer seiner Persönlichkeit über relativ wenige Zusammenkünfte in einem kurzen Zeitraum seines langen

Lebens von 1892 bis 1984: Wann hätte er wo und wie damit anfangen sollen?

Ich habe ihn – wohl 1974 – das erste Mal bei einer Bundesvorstandssitzung „erlebt“, und da hatte er als über 80jähriger noch immer einen sehr vollen Terminkalender, sowohl in kirchlichen Angelegenheiten (Ökumenischer Rat), als auch in friedensbewegten Zusammenhängen. Für mich war er gerade deshalb eine so eindrucksvolle Persönlichkeit, weil er in weltweiten Zusammenhängen dachte, agierte und friedenspolitische Schlussfolgerungen daraus zog: „Zukunft sichern – abrüsten!“ hat – soweit mir erinnerlich – wohl der Helmut Michael Vogel, Ko-Vorsitzender der DFG-VK von 1974 bis 1979, so auf den Punkt gebracht, aber gedacht und verbal kräftig darauf hingearbeitet hat im Bundesvorstand jener Zeit Martin Niemöller. Dass er sich dafür die Zeit nahm und nicht wenige Stunden mit uns Friedensfreunden darüber – wie über viele Nebensächlichkeiten – nötigenfalls stritt, dass machte seine positive Ausstrahlung aus, seine – mitunter – Jovialität und sein mitmenschliches Miteinander eingeschlossen.

Die – sicher begründete und ex post berechnete – Kritik von B. Ziemann und – in dessen Zusammenfassung von Hauke Thoroeh – lag mir und sicher auch anderen damals fern, auch wenn wir wussten, dass er einerseits (unsere) pazifistischen Positionen teilte, andererseits aber auch biografisch zu seiner Vergangenheit als U-Boot-Kommandant stand, was er ja auch gelegentlich thematisierte („Was glauben Sie, wer schon alles mit mir im U-Boot gewesen sein wollte?“).

Ich hatte großen Respekt vor ihm, ja durchaus auch Verehrung, aber Haukes Unterstellung, „ihn kritiklos bekatscht“ zu haben, trifft weder mich noch andere, die ich gekannt habe und kenne. Dafür haben wir uns oft genug über ihn geärgert, wenn er z.B. freigiebig auch rechten Medien »

**„Der Artikel über Niemöller ist sowohl
verdienstvoll als auch überflüssig.“**

» gegenüber (wie z.B. der NPD-nahen „National-Zeitung“) Interviews gab...

Kurz: Aus meiner Warte dürfte Martin Niemöller als auch „in Opposition“ noch viel gefragte und engagierte Person vermutlich wenig Anlass und Zeit für (selbst-)kritische Rückblicke gehabt haben. Wobei ich ihn als eher – im besten Sinne – streitlustigen Menschen in Erinnerung habe, dessen Neigung zur Selbstbehauptung und -rechtfertigung ausgeprägter war als zu Demut und Zweifeln. Die von ihm ausgeübten Berufe, Offizier, Kommandant, Pfarrer und Kirchenpräsident, sprechen gewiss auch mehr dafür.

Günter Knebel

Zur Debatte um Martin Niemöller möchte ich mich ganz besonders bei Stefan Philipp für seine engagierte Erwiderung auf den ja lesenswerten Betrag von Hauke Thoroe bedanken.

Während ich hier schreibe, habe ich das Bildbuch „Der Mann in der Brandung“ zu Martin Niemöller vor mir liegen, der Titel passt doch aktuell sehr gut. Das Buch ist eines der wenigen Bücher, die ich aus den sehr umfangreichen Bücherregalen meines verstorbenen Vaters behalten habe. Dies deshalb, weil ich es zu schätzen weiß, dass mein Vater ein „Fan“ (sehr treffend die Anmerkung Philipps zum Fan-Begriff) des ehemaligen Kirchenpräsidenten war. Er hatte auch dessen Zeitschrift „Stimme der Gemeinde“ abonniert gehabt, obwohl er absolut kein Kirchgänger war.

Mein Vater kam als Weltkrieg-II-Offizier von der Ostfront zurück und war zum überzeugten Pazifisten geworden. Ohne den Beistand meines Vaters wäre ich vermutlich nicht schon in der 1. Instanz 1967 als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden. Ohne die „Prägung“ durch meinen Vater wäre ich wohl nicht am 25.01.1969 Mitglied des VK geworden, hätte nicht eine KDV-Gruppe in meiner Heimatstadt gegründet und hätte nicht als junger Rechtsanwalt vor dem Verwaltungsgericht zahlreiche Kriegsdienstverweigerer vertreten.

In dem genannten Buch hat mein Vater einen Zeitungsausschnitt vom 28.03.1984 aufbewahrt, der anlässlich des zentralen Gottesdienstes zum Tode Niemöllers erschienen war – Titel: „Seiner Kirche weit voraus“. Der letzte Abschnitt dort lautete: „Im Anschluß an den Gedenkgottesdienst fand ein Schweigemarsch statt. Bei einer kurzen Gedenkveranstaltung sprachen Volkmar Deile von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Professor Helmut Gollwitzer, Klaus Vack vom ‚Komitee für Grundrechte und Demokratie‘ sowie ein Kriegsdienstverweigerer als Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner.“

Es war für damalige Verhältnisse sicherlich einmalig, dass die DFG-VK im gleichen Artikel wie „zahlreiche Vertreter der Kirchen und ihrer Leitungen in der Bundesrepublik, der DDR und der Ökumene, Repräsentanten des staatlichen und öffentlichen Lebens“ erwähnt wurde.

Ich unterstelle, dass diese Persönlichkeiten sich bewusst waren, welchen herausragenden Menschen sie würdigten. Dass Niemöller nicht nur weit in die Anti-Atom-Bewegung wirkte, sondern direkt bis in die Familien, wollte ich mit meiner Anmerkung verdeutlichen.

Prof. Joachim A. Hager

Die Kirchen haben sich mit den Nazis arrangiert. Niemöller und Bonhoeffer und ein paar weitere waren eben die Ausnahme. Damit könnte man das bewenden lassen. Jetzt nachträglich zu sagen, was sie hätten besser machen können, steht uns nicht zu. Wer wirklich Widerstand geleistet hat wurde schon vor 1933 von der SA oder nachher in den KZs von der SS erschlagen. Diejenigen, die Kohle hatten und Verbindungen ins Ausland, hatten sich rechtzeitig abgesetzt. 40 Prozent der Deutschen hätten Hitler gewählt, noch mehr sind ihm nachgelaufen zumindest in den Anfangsjahren. Der Rest hat sich arrangiert. In dieser Phase musste sich ein

Mann wie Niemöller doch sehr genau überlegen, was er öffentlich sagen kann, was er bewirken kann, wenn er im KZ erschlagen wird. Von seinem Kirchenvolk war keine Hilfe zu erwarten, denn die Evangelischen dürften zum großen Teil Hitler gewählt haben.

Wer weiß, was wir gerade alles falsch machen und wie die Historiker in 50 Jahren unsere Texte verstehen werden?

Judenverfolgung. Die Juden wurden sofort nach der Machtergreifung diskriminiert, schikaniert, ausgegrenzt und entrechtet. Alles bekannt. Die KZs, z.B. Dachau, waren voll mit Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewohnheitsverbrechern, Homosexuellen, Sinti und Roma (Zigeuner darf man nicht mehr sagen) und „Bibelforschern“ (= Zeugen Jehovas, die einzige christliche Gruppe die sich wirklich verweigert hat). Erst 1938 im Zuge der Reichspogromnacht wurden dann viele Juden nach Dachau eingeliefert. Dachau und die anderen KZs im Reich waren keine Vernichtungslager so wie später Auschwitz u.a. Wie die „Endlösung der Judenfrage“ gedacht war, konnte 1938 niemand wissen. Das wurde erst im späteren Verlauf des Krieges so geplant und umgesetzt. Heute haben wir die Kenntnis über die Verfolgung und Ermordung der Juden in den von der Wehrmacht besetzten Ländern, bis hin zum Holocaust. Das war 1938 ff. einfach nicht vorstellbar! Als die Nazis 1942 ff. die Juden aus dem Reich deportiert haben, erzählten sie ihnen was vom neuen Siedlungsgebiet für die Juden im Osten. Nur so hat das funktioniert.

Völkische Motivation für die Friedensbewegung? 1971 bin ich der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) beigetreten und habe bei den Aktionen „Amis raus aus Vietnam“ mitgemacht. Am Infostand habe ich die richtigen alten Nazis kennengelernt, die uns wahlweise „nach Dachau“, „ins Arbeitslager“ oder „in die Gaskammer“ schicken wollten. Bei der IdK waren die Menschen, die das „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ ernst genommen, „das andere

Deutschland“ glaubhaft repräsentiert haben. Als erstes weigern wir uns, für Deutschland Soldat zu werden. Internationale Solidarität, natürlich, mit dem Volk von Vietnam, mit den Völkern, die für ihre Befreiung kämpfen. „Wir maßen uns nicht an, die Mittel des Freiheitskampfes zu verurteilen“ im Programm der DFG-VK von 1974. Wir wollen gewaltfreie Konfliktlösung.

Der Protest gegen den Krieg hierzulande war unser Beitrag, um einen in Gang befindlichen Völkermord zu verhindern, um eine politische Lösung zu unterstützen.

Den Niemöller als Pfarrer empfand ich damals völlig deplatziert inmitten der Alt-68er, langhaarigen Hippies, Anarchisten, Kommunisten, Atheisten, Radikalen, die wir sein wollten. Aber er konnte gut reden und hat uns motiviert und uns das Gefühl der Zusammengehörigkeit vermittelt. Er repräsentierte die kleine Minderheit der Deutschen, die es gewagt hatten, Hitler zu widersprechen. Details uninteressant, wir waren eine Aktivgruppe der IdK, keine Historiker oder Völkerkundler. Hätte er nur eine winzige Andeutung gemacht, er würde der Ideologie der Nazis nahestehen, dann hätte er nicht reden dürfen bzw. dann wäre er nicht zum Präsidenten gewählt worden. Er als Kirchenmann mag vom gerechten Krieg gesprochen haben, im Programm der DFG-VK von 1974 (und in allen späteren Programmen) findet sich der Begriff nicht. Wie viele glauben heute noch an den gerechten Krieg, nennen das aber nicht so?

Zitat Hauke Throe (S. 30): „Die Argumentation mit einem völkischen Referenzrahmen, der Sklaventum nicht an einer individuellen Positionierung in einer Gesellschaft festmacht, sondern an der Souveränität eines angeblichen Volkes...“ Wie positioniert sich der Sklave? Da kann ich intellektuell leider nicht mithalten. Hat der Niemöller mit dem anderen Sklaven geredet? Der Sklave hatte meist keine Gelegenheit, Briefe zu schreiben. Unbestreitbar haben sich Menschen in den Kolonien zusammengeschlossen und sich bewaffnet und die Kolonialherren kol-

„Niemöller fand ich damals als deplatziert. Aber er konnte gut reden und hat motiviert.“

lektiv verjagt. Nicht individuell positioniert. Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ja natürlich, Was denn sonst? „Unsere Epoche ist gekennzeichnet ... durch das Bestreben vieler Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, ihre volle Unabhängigkeit zu erringen“ (aus dem Programm von 1974). Noch dazu auf Vietnam bezogen, ein Volk (!) mit Kultur und Jahrhunderten staatlicher Strukturen vor der Eroberung durch Frankreich. Völkisch? Eurozentrismus? Schwachsinn! „Wir die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen künftige Geschlechter vor der Geisel des Krieges zu bewahren“. Steht so in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen. „Wir stehen für die Überwindung des Völker- und Rassenhasses“. Satzung der DFG-VK, Paragraph 2 Absatz 2. Wie sollen wir das sonst formulieren?

Das deutsche Volk ist vom Atomtod bedroht. Stimmt leider, damals wie heute. Ist jetzt die Benutzung des Begriffs Volk ein Indiz für völkische Denkweise? War die Nationale Volksarmee der DDR eine völkische Armee? Gibt's jetzt eine neue Sprachverordnung, die besagt, dass der Begriff Volk nicht mehr verwendet werden darf?

Wiederbewaffnung. „Die Ablehnung der Wiederbewaffnung sei national wenn nicht nationalistisch motiviert“. Sagt das der Herr Ziemann?

Das zentrale Motiv für die Ablehnung der Wiederbewaffnung war doch die Stimmung „Nie wieder Krieg!“. Die Deutschen waren unfrei in der Nazi-Diktatur, unbestreitbar, und die BRD als Staat 1949 ff. war nicht souverän, sondern unter der Kontrolle der Siegermächte mit expliziten Sonderrechten.

Fakt ist: Die Mehrheit der politischen Repräsentanten der nationalistischen und konservativen Strömungen in Westdeutschland, nämlich CDU und CSU (und andere Rechte) wollten die „Westintegration“ und

die Wiederaufrüstung; als wichtigen Schritt zurück zur Souveränität. Damit natürlich eng verbunden ab 1960 der Wiederaufbau der Rüstungsindustrie in Westdeutschland. Der Widerstand gegen die Remilitarisierung wurde maßgeblich betrieben von der KPD, die Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung verboten, dann die KPD als solche. Die einstigen Widerstandskämpfer gegen die Nazis unter Adenauer wieder im Knast. Bekanntlich hat Adenauer schon vor der Gründung der BRD den USA eine westdeutsche Armee versprochen – gegen den sozialistischen Block, der sich da grade gebildet hatte.

„Wiederbewaffnung“ und „Westintegration“ wurden von den Nationalkonservativen verknüpft, aber auch von den Siegermächten, weil eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands nur unter der Bedingung der Unterwerfung, oder schöner gesagt Eingliederung in die Militärstrukturen der Nato akzeptabel war. Die Bundeswehr war nicht selbständig handlungsfähig, der Nato-Oberkommandierende ist immer ein US-General.

Aber „nationalistisch“ ist ja nicht gleich faschistisch gleich rassistisch gleich militaristisch gleich antisemitisch gleich Befürwortung des Holocaust. Im deutschen Faschismus war diese Kombination gegeben. Ein merkwürdiges Argument für die Wiederbewaffnung. Wenn die Ablehnung der Wiederbewaffnung nationalistisch ist, dann haben diese Nationalisten die Vorstellung eines Staates ohne Armee? Wäre doch mal was Neues. Friedliche Nationalisten sozusagen. „Du darfst aber keine nationalistischen Motive haben“? Ist das ein Axiom von Prof. Ziemann oder von Hauke bzw. was soll das über Niemöller sagen? Ist etwa jede/r ein/e NationalistIn, der/die sich Gedanken macht, wie sein/ihr Staat sich in den internationalen Beziehungen verhalten soll? Sich »

» einen souveränen Staat wünscht, der sich nicht anderen imperialistischen Mächten unterordnet und das Völkerrecht akzeptiert. Das ist doch entscheidend: Überstaatliche Rechtsordnung, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Rüstungskontrolle. Kein Staat, der seine Interessen auf Kosten von anderen Staaten mit Militärgewalt durchsetzt. Pazifismus ist gleich Internationalismus, per Definitionem. Hitler hat gegen Juden, Bolschewisten, Sozialdemokraten und Pazifisten polemisiert. Der Gedanke der internationalen Verständigung ist der schärfste intellektuelle Gegner des Nationalismus, der Nazi-Ideologie.

Neutralität. Eben ein Deutschland, das nicht mit Militärmacht nach der Weltherrschaft giert. Und auch nicht Seite an Seite mit den Amis gegen die Sowjetunion marschiert.

„Ein großer Teil der aktiven Gruppen (der Internationale der Kriegsdienstgegner) unterstützte die Neutralisierungsbestrebungen der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) Gustav Heinemanns und setzte sich für Gespräche mit den übrigen östlichen Staaten ein.“ <https://www.dfg-vk.de/unsere-geschichte>

So, wie es die bekannte „Stalin-Note“ 1952 angeboten hatte. Neutralität wäre möglich gewesen, hätte man im Westen die Stalin-Note ernst genommen; evtl. als bewaffnete Neutralität, wie eben Österreich, die Schweiz oder Schweden. Selbstverständlich wäre das die bessere Variante gewesen. Ohne 10000 Atomwaffen auf deutschem Boden, Entschuldigung, auf dem Territorium der BRD und der DDR. Das ist doch nicht nationalistisch oder gar völkisch im Sinne von Hitlers Ideologie der Rassereinheit.

Mit der Wiederaufrüstung, dem Beitritt zur Nato, der Restauration der Rüstungsindustrie haben sich doch gerade die alten Nazis und die Militäristen durchgesetzt, die immer noch in

Amt und Würden und im Apparat waren, die „Elite in Wirtschaft und Staat“, die die Nazis an die Macht gebracht haben. Denen Hitler versprochen hat, den Bolschewismus bzw. die Sowjetunion zu beseitigen. Beitritt zur Nato: Ein Bündnis der deutschen Eliten mit den USA, gemeinsam gegen die Sowjetunion, um die DDR und die verlorenen Ostgebiete wieder „heim ins Reich“ holen. Jetzt reden sie immer lauter von „strategischer Autonomie“, einer Militärmacht Europa unter deutscher Führung, zusammen mit Frankreich, das sollte uns interessieren.

Ich kann mich nicht erinnern, dass Niemöller öffentlich für eine nationale Armee plädiert hat, sondern für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, für allgemeine Abrüstung und kollektive Sicherheit – in Übereinstimmung mit dem Programm der DFG-VK von 1974. Diese politischen Vorstellungen gilt es zu untersuchen, nicht ob er vom „deutschen Volk“ gesprochen hat.

Fazit. Niemöller war eher die Gallionsfigur, nicht der Steuermann oder gar der Käpt'n, um im Bild zu bleiben. Die Grundsatzerklärung der WRI hat mich überzeugt, nicht eine einzelne Persönlichkeit. Wir waren keine Fans, er war keine Lichtgestalt. (Denn der Begriff Lichtgestalt ist einzig auf Franz Beckenbauer anzuwenden.) Niemöller ist Geschichte. Was ist die Erinnerungskultur der DFG-VK, keine Ahnung. <https://www.dfg-vk.de/unsere-geschichte> – hier wird Niemöller mit einem Halbsatz erwähnt. Für unsere aktuellen praktischen Fragen folgt aus dieser Biografie des Prof. Ziemann gar nichts.

Was bleibt, ist Verwirrung: Warum war jetzt Niemöller eigentlich im KZ? Die Nazis waren Antisemiten, die Nazi-Gegner auch? Die Nazis waren völkisch, die Friedensbewegung auch? Wer von „Volk“ und „Völkern“ redet, denkt völkisch und ist also ein Nazi? Die Nazis waren nationalistisch, die

Gegner der Wiederaufrüstung auch? Völker hört die Signale und ignoriert solchen Unfug!

Ziemann arbeitet offensichtlich mit der Bundesstiftung Aufarbeitung zusammen, deren Hauptanliegen scheint zu sein, alles schlecht zu reden, was in der DDR war. Der Versuch die Friedensbewegung insgesamt schlecht zu reden, passt gut in das Zeitalter der „Überwindung des Nachkriegspazifismus“ und ins Zeitalter der antirussischen Propaganda von Staats wegen.

Jetzt hab ich doch noch was gelernt: Keine Briefe schreiben! Nicht verraten wie Ihr wirklich denkt – es könnte gegen Euch verwendet werden. Nur Dokumente hinterlassen, die belegen, dass wir von gar nix was gewusst haben. Der Gedanke von Zensur und Gedankenkontrolle ist immer noch lebendig. Wer weiß, wer in 20 oder 30 Jahren an der Macht ist?

Im Jahr 2070 ff. werden sich die Historiker der Volksrepublik China (verflixt, schon wieder das Volk!) vielleicht mit der Frage beschäftigen, wieso das christliche zivilisierte Abendland den Massenmord an muslimischen Menschen im Irak, Jemen, Syrien, Libyen, Afghanistan u.a. Ländern seit 2001 teils toleriert, teils ignoriert hat. Oder warum sich die BürgerInnen (jetzt korrekt!) in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegen den begrenzten Atomkrieg gewehrt haben. Will besagen: Wir haben aktuell dringendere Aufgaben.

Thomas Rödl

[Zum Artikel „Angriff auf linke Friedenspolitik“ von Tobias Pflüger in ZivilCourage 1/2021, Seite 12 f.](#)

Als einzelnes Mitglied in der Partei Die Linke möchte ich es mir im Gegensatz zu Tobias Pflüger nicht anmaßen, eindeutig darüber zu befinden, ob in unseren Reihen eine Mehrheit der Genossen auch weiterhin den uneingeschränkten Weg der Ablehnung jeglicher Auslandseinsätze der Bundeswehr, der Zurückweisung einer

„Der Begriff Lichtgestalt ist einzig auf Franz Beckenbauer anzuwenden.“

gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik und der Verurteilung einer deutlichen Anpassung der Verteidigungsausgaben gegenüber dem Militärbündnis Nato verfolgt. Auf dem digitalen Parteitag Ende Februar setzte sich in der Abstimmung um den stellvertretenden Parteivorsitz zwar einerseits das Lager um den verteidigungspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag gegenüber dem im Beitrag angesprochenen Widersacher Höhn durch. Und auch die neue Frau an der Spitze der Partei, Janine Wissler, fährt einen dezidiert linksorientierten Kurs – und gewann damit deutlich mehr Stimmen als die dem pragmatischen Lager zuzurechnende Co-Vorsitzende Hennig-Well-sow. Gleichwohl wurde in den unterschiedlichen Reden der Delegierten, aber vor allem auch in Interviews mit bekannten Parteimitgliedern deutlich, dass nicht wenige Linke für die Übernahme von Regierungsverantwortung eintreten – und damit zu Kompromissen bereit wären.

Ich möchte festhalten: Ich wäre kein Mitglied in der DFG-VK, würde ich den pazifistischen Grundgedanken, der sich im Erfurter Programm der Linken eindeutig äußert, nicht umfassend teilen.

Gleichwohl zähle ich mich zu den realpolitischen Vertretern in der Partei, denen die Mitgestaltung am politischen Prozess in Deutschland am Herzen liegt – allerdings, und das sage ich sehr deutlich, nicht um jeden Preis. Wir dürfen unsere Seele nicht verkaufen, auch wenn die Verlockung auf eine Machtoption noch so groß sein mag. Es wäre nicht nur ein Verrat an unserer sozialistischen Philosophie, wenn wir die Utopie des Friedens in der Welt als ein langfristiges Ziel nicht im Gedächtnis behalten würden. Vielmehr verlören wir in der Parteienlandschaft ein Alleinstellungsmerkmal und würden überzeugten Antimilitaristen keine Heimat mehr bieten können. Es braucht zwingend eine wirkliche Alternative abseits von rechtspopulistischem und fremdenfeindlichem Denken, die eine Garantie

dafür abgibt, sich als einzige demokratische Kraft ohne Wenn und Aber gegen Kriege und Gewalt einzusetzen.

Trotzdem scheint es mir unumgänglich, dass wir in der Partei den Diskurs darüber führen, ob wir maßvolle Schritte gehen wollen, um unsere Positionen mit den unabänderlichen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts in Einklang zu bringen. Dabei dürfen wir unsere Vision von einer waffenfreien Welt nicht außer Acht lassen. Und trotzdem müssen wir den Tatsachen ins Auge blicken: Es ist aus meiner Sicht unsere ethische Verantwortung, den Frieden zu verteidigen. Deshalb halte ich es unter gewissen Umständen für geboten, unsere Soldaten an deeskalierenden Missionen unter klarem UN-Mandat zu beteiligen. Wir sind in der Pflicht gegenüber den bedrohten Menschen auf unserem Planeten, sie vor Unterdrückung, Folter und Mord zu beschützen. Um diesem moralischen Anspruch gerecht werden zu können, werden wir darüber debattieren müssen, in welchem Rahmen das Entsenden von deutschen Soldaten gerechtfertigt und im Sinne der Herstellung von Frieden vertretbar sein kann. Denn das Dilemma unserer Tage ist die traurige Erkenntnis, dass wir zumindest auf absehbare Zeit die Bomben, Minen und Gewehre nicht aus der Welt schaffen können. Das ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, sich aus angeblicher Verteidigung unserer Wirtschaftsinteressen am Hindukusch Kampfeinsätzen anzuschließen, weil man nicht an die Macht der Käßmann'schen Friedenspfeife mit den Taliban glauben will.

Nein, die Forderungen aus dem Höhn-Papier gehen mir viel zu weit. Sie sind Ausdruck einer Unterwerfung vor Grünen und SPD. Deutschland macht sich durch seine Rüstungsexportpolitik an millionenfachem Leid von Zivilisten mitschuldig. Es gibt in der aktuellen Dekade keinerlei Grund dafür, eine Verteidigungsarmee aufzublähen – denn es fehlt an jeglicher Bedrohung. Deutschland muss sich aus der Geiselhaft des transatlantischen Bündnisses befreien und zu eigenständiger

Souveränität zurückkehren. Wir brauchen Partner in aller Welt, aber keine Verbündeten, die uns vorschreiben, welcher Anteil unseres Bruttoinlandsproduktes für die gemeinsame Kriegsallianz investiert werden muss. Keine Frage: Auch wir müssen unsere Sicherheit bewahren und um unsere Freiheit ringen. Dabei kann es aber keine Lösung sein, uns als „Weltpolizei“ aufzuspielen und reaktionistisch in allen Krisenherden des Globus einzugreifen. Stattdessen stünde uns die explizite Würdigung der Diplomatie als wichtigstes Mittel zur Konfliktbewältigung gut zu Gesichte, welche ich bei Höhn schmerzlich vermisste.

In diesem Geist sollten wir uns als Teil der EU gerade im Hinblick auf unsere düstere Geschichte darauf konzentrieren, das Potenzial von Kriegen und Waffengewalt durch eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zu senken. Geben wir unser Geld für die Beseitigung von sozialen, wirtschaftlichen und religiösen Spannungen aus und verkleinern wir die Bundeswehr auf ein Maß herunter, das mit dem Gedanken einer friedenssichernden und Nothilfe leistenden Minimalarmee vereinbar ist. Es braucht kein Schwadronieren über eine europäische Eingreiftruppe, deren Name bereits irreführend ist. Zweifelsohne sind wir ein Player im internationalen Miteinander. Doch was hindert uns daran, dem Ideal der weltweiten Abrüstung nachzueifern? Selbstredend bedarf es im Augenblick zumindest der Überlegung, wie sich Deutschland im Gefüge der Mächte positionieren kann, ohne sich der Glaubwürdigkeit für Frieden in der Weltgemeinschaft zu entziehen. Aber wäre es nicht ein historisches Zeichen, wenn wir als einstiger und größter Kriegstreiber der Menschheit den Traum von Versöhnung als Teil unserer Staatsräson festschreiben würden? Begreifen wir die innerparteiliche Diskussion als sinnstiftenden Beitrag zu einer gelingenden Argumentation zwicheneinander, aber auch für eine authentische Außendarstellung.

Dennis Riehle

»

„Die Verurteilung Wilfried Porwohls wegen Sachbeschädigung ist völlig in Ordnung.“

» Zum Beitrag „(Kein) Urteil Im Namen des Führers ...“ von Wilfried Porwol in *CivilCourage* 1/2021, Seite 10 f.

Mit Interesse habe ich die Ausführungen von Wilfried Porwol gelesen. Um es schon vorweg zu sagen: Ich finde seine Aktion beschämend und seine Aburteilung richtig. Jetzt sehe ich schon vor meinen Augen, wie alle aufheulen und über mich „Idioten“ möglicherweise „totalen Rechten“ herfallen wollen und werden.

Interviews des Kollegen Porwol hatte ich im Vorfeld gelesen. Seine Aussagen gingen in diese Richtung: „Die Verwaltung arbeitet zu langsam an einer Umsetzung des Denkmals, aus diesem Grunde musste ich diese Aktion durchführen.“

Persönlich war ich doch verwundert: Porwol kommt selbst über eine künstlerische Ausbildung, ist studierter Kunstlehrer und als Maler, Zeichner und Grafiker tätig. Er weiß, wie schwierig es ist, ein eigenes Kunstwerk entstehen zu lassen.

Dennoch hat er sich aufgeschwungen und berechtigt gefühlt, ein anderes Kunstwerk zu beschädigen, zu übermalen ins Lächerliche zu ziehen. Und einer hat noch einen „pissenden Hund“ an das Denkmal gemalt. Auch dieses Denkmal ist durch einen damaligen Künstler entworfen und entwickelt und aufgestellt worden.

Wer gibt Porwol das Recht, für sich zu entscheiden, wie jetzt mit diesem Denkmal umzugehen ist. Er bemalt es mit Farbe, hat dieses Denkmal somit verändert. Er maßt sich an, persönlich festzulegen, wie jetzt mit dem Denkmal umzugehen ist.

Es tut mir leid, aber aus meiner Sicht reiht er sich jetzt nahtlos in die Reihe derer ein, die auch aus politischen Gründen Kunst und Kulturwerke zerstört und beschädigt haben. So wurden über 70 Kunstwerke und Anti-

ken in der Berliner Museumsinsel beschädigt, überwiegend mit Öl. Das Schloss Cecilienhof wurde geschändet, ebenso die Wewelsburg. Es hat bei der Kunst- und Kulturzerstörung eine lange Tradition, die Gesichter herauszumeißeln, die Figuren zu zerstören, Kopf ab, Arme ab. Da wird auch schon mal Säure, Öl, Farbe oder was auch immer genommen, um Kunstwerke zu zerstören und zu beschädigen. Auch diese Täter hatten es für sich allein entschieden. Ich konnte diesen Dürer nicht mehr sehen, also spritze ich da mal Säure drauf. So kann es aus meiner Sicht nicht gehen, und auch Porwol gibt niemand das Recht, ein anderes Kunstwerk zu verunstalten.

Wir haben ja in unserer Geschichte reichliche Erfahrungen. Die einen im sogenannten „tausendjährigen Reich“ hatten Probleme mit der Moderne, dem Abstrakten. So wurde die „Kniende“, um nur ein Beispiel zu nennen, von Lehmbuck aus Duisburg, als entartete Kunst eingestuft und danach vernichtet. Die Museumsleiter schlossen diese Kunstwerke aus öffentlichen Räumen aus und brachten diese in die Archivkammern. Somit haben andere entschieden, welche Kunst der Besucher eines Museums sehen darf. Dabei dachte ich, die jeweilige Kunst liegt immer im Auge des jeweiligen Betrachters.

Dann hatten wir 1990. Die DDR wurde „übernommen“. Auch da setzte eine heftige Debatte über Kunst und Kultur der werktätigen Klasse ein. Auf einmal wurden durch die Wessis festgestellt: Diese Arbeiterbilder sind ja viel zu profan, das ist keine Kunst, das ist Müll. Und wieder wurden diese Bilder in die Archive gebracht. Die Wessis wussten jetzt genau, wie mit dieser DDR-Kultur umzugehen ist. Ich war selbst 1990 über ein Jahr als politischer Sekretär meiner Organisation,

der damaligen ÖTV, in Brandenburg als Landesbeauftragter unterwegs. In Zwickau sollte ein Denkmal von Albert Funk, Bergarbeiter und Kommunist, in die Luft fliegen; Begründung: Mit dem Sozialismus haben wir ab jetzt nichts mehr am Hut.

In Chemnitz, bis 1990 Karl-Marx-Stadt, sollte das bekannte Karl-Marx-Denkmal entfernt werden. Auch bemerkenswert fand ich: In der Humboldt-Universität ist in goldenen Lettern der Text von Karl Marx in die Wand geschlagen: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern.“ Es ist die 11. Feuerbach-These. Diese wurde 1953 dort in die Wand auf rotem Untergrund eingemeißelt. Und schon 1990 stellten die Wessis fest: Dieser Text muss jetzt aber sofort entfernt werden; aus der Wand meißeln oder mit Farbe zuschmieren.

Auch dass das Amtsgericht in Kleve Porwol abgeurteilt hat, ist mit den juristischen Grundsätzen völlig in Einklang zu bringen. Der Richter kann und darf nur die Gesetze anwenden und auslegen, die ihm vorliegen. Porwol hat eine Sachbeschädigung gemacht – sonst nix. Es gilt das Verursacherprinzip: Wer eine Sache beschädigt, hat auch für den Schaden aufzukommen. Denn dieses Denkmal ist eben nicht Porwols Eigentum, und er kann nicht allein entscheiden, wie damit umzugehen ist.

Dass ihm die Leiterin eines sehr kleinen Museums bescheinigt, er hätte einen „performativen Akt“ abgeliefert, ist ja schön, dann soll doch eine eigene Performance mit einem von ihm mit einer eigenen geistigen Initiative entstehenden Kunstwerk machen. Das hätte etwas - nicht aber, ein anderes Kunstwerk zu beschmieren.

Jetzt kann ich mir gut vorstellen, dass sich der eine oder andere geneigte Leser*in über meinen Leserbrief ins positive Nachdenken gekommen ist.

Gerne würde ich jetzt dieses vorschlagen: Wir sollten gemeinsam eine offene und ehrliche Debatte auf einem Kunst-Symposium über den Umgang

mit Nazi-Kunst führen. Dazu sollten Kunsthistoriker, Wissenschaftler, Museumsleute, aber auch politische Leute wie Porwol und ich kommen. Als Disputanten könnte ich mir auch noch Vertreter*innen von politischen Parteien, Gewerkschaften und natürlich von der DFG-VK und der VVN-BdA vorstellen.

Abschließend möchte ich noch klarstellen: In keinem Punkt möchte ich den lieben Kollegen Porwol beleidigen oder persönlich angreifen: Mir geht es um die Art und Weise, mit der er „alleine“ für sich entschieden hat, mal eben dieses Denkmal zu beschmieren. Das ist nicht mein Selbstverständnis von Kunst und Kultur. Ich selber sammle über Jahrzehnte Medaillen, darunter befinden sich auch Werke von Arno Breker und Richard Scheibe. Zumindest aus meiner Sicht haben diese ihr künstlerisches Handwerk verstanden.

Auf die jetzt kommende Debatte bin ich sehr gespannt.

Ortwin Bickhove-Swidorski

Zur Kolumne „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“ von Michael Schulze von Glaßer in *ZivilCourage* Nr. 1/2021, Seite 24 f.

Michael Schulze von Glaßer forderte zur Diskussion auf: Können wir praktisch, mit eigenem körperlichen Einsatz zu Frieden und Abrüstung beitragen?

Juni 2017, Tag der Bundeswehr in Weiden in der Oberpfalz. Die DFG-VK hat es geschafft, sich direkt am Veranstaltungsgelände vier Quadratmeter Grünstreifen zu organisieren, die die Bundeswehr zu pachten übersehen hatte. Der Sicherheits-Offizier ist sprach- und fassungslos. Wir machen an unserem Stand die übliche Friedensarbeit: informieren, Flyer ausgeben, diskutieren, demonstrieren. Abends packen wir zusammen, kein Panzer ist verschrottet, wir haben kein zusätzliches Mitglied gewonnen und Hunderte Kinder hängen Bundeswehr-Luftballons an ihr Bettchen. Nir-

gends ein kurzfristig vorzeigbares Erfolgserlebnis. Also ein Reifall?

Andererseits hat ein (Ex-)Soldat in Zivil den Gruppensprecher sprachlos gemacht. Mit den Worten „Geh'n doch Sie nach Afghanistan und machen es besser als die Bundeswehr“, forderte er den Pazifisten auf.

Rückblickend wäre die richtige Antwort gewesen: „Okay, machen Sie für Mittwoch oder Donnerstag einen Termin bei der Verteidigungsministerin aus, wir brauchen 300 Millionen Euro für die ersten drei Jahre, die Vorbereitungsgruppe benenne ich, Sie regeln meine Beurlaubung bei meinem Arbeitgeber.“ Welch schöner Satz, leider bin ich mit solcher Schlagfertigkeit nicht gesegnet, sondern mit Sprachlosigkeit. Und der Bundeswehler grinst sich eins für seinen verbalen Erfolg.

Auch wenn der Bundeswehler auf solch eine schlagfertige Antwort einen beschleunigten Rückzug angetreten hätte – ich wäre nicht in der Lage gewesen, nach Afghanistan zu gehen. Die Kinder noch in der Grundschule, die bisherige berufliche Existenz aufgeben, ich bin vom Wissen und Ausbildung gar nicht in der Lage, ein Mediationskonzept für ein schwieriges Land zu erstellen, geschweige denn, dies durchzuführen. Was ich weiß: Es gibt Leute, die das können, und es wäre um Welten besser, als weiterhin Krieg zu spielen.

Und da sind wir jetzt beim Problem praktischer Einsatz: Zu wissen, dass es bessere Alternativen gibt, bedingt nicht, dass wir die alternative Arbeit auch beherrschen. Munitionsreste zu räumen, ist eine explosive Arbeit, die Spezialfirmen haben speziell ausgebildete mit langjähriger Erfahrung. Die Konversion eines Truppenübungsplatzes bedarf der ganz konkreten Verwaltungs- und Planungsarbeit von hunderten Bürokraten und Ingenieuren. Die Traumata von Tausenden Bür-

gerkrieg-/Stellvertreterkrieg-Opfern zu lindern, ist nicht alleine mit einem mitfühlenden Herz zu machen.

Wir sind in der DFG-VK etwas über 4000 Mitglieder. Und selbst wenn alle eine Ausbildung machen würden, die bei den oben genannten Themenfeldern benötigt wird, würde es nicht ausreichen, um eben mal „schnell die Welt retten“.

Wir können Lobby-Arbeit machen, dass ein Truppenübungsplatz demilitarisiert wird. Die praktische Arbeit muss ich eben einen kommunalen Planungsbeirat machen lassen, der die Verwaltungsmaschinerie in Gang setzen kann. Unsere Friedensarbeit finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und (eigenen) Spenden, die von dem Lohn der normalen Erwerbsarbeit abgezwickelt werden. Selbst wenn nur ein Prozent der DFG-VK-Mitglieder so praktische Friedensarbeit leisten, müssten wir unsere Personalkosten in etwa vervierfachen. Das sind die ganz einfachen Grenzen unserer Möglichkeiten.

Anderer Ansatz: Wenn „Sicherheit neu denken“ einmal umgesetzt ist, das Willy-Brandt-Friedenskorps als Teil der UN-Kommission „Konflikt-schlichtung“ weltweit im Einsatz ist, dessen Personal mit seiner Ausrüstung und Ausbildung effektiv Peacebuilding betreibt: Wer finanziert diese Leute? Die Mitgliedsbeiträge der Pazifisten oder ein Haushaltstitel des Bundeshaushalts?

Ich würde ja gerne auch etwas mitfinanzieren, aber dazu müsste erstmal ein begnadeter Hacker den Bundeshaushaltstitel „Winterfutter der Einsatztiere der Gebirgsjäger“ zur DFG-VK umleiten. Dahinter verbirgt sich das Heu für die Mulis der Alpenkrieger, dies kostet ungefähr soviel wie der Bundesanteil unserer Mitgliedsbeiträge.

Willi Rester



„Machen Sie mir einen Termin bei der Ministerin, wir brauchen 300 Millionen.“

Buchbesprechungen



Wolfram Beyer (Hrsg.): *Widerstand gegen den Krieg. 100 Jahre War Resisters' International. Beiträge zur Geschichte des gewaltfreien Antimilitarismus und Pazifismus.* Berlin 2021; 56 Seiten; 5,80 Euro (zzgl. Versandkosten bei Bestellung über den IDK-Online-Shop: www.idk-info.net)

Auch wenn das Kürzel WRI selbst vielen Mitgliedern der DFG-VK nicht geläufig sein dürfte, die Grundsatzklärung der War Resisters' International, für welche die Abkürzung steht, kennen alle Mitglieder, mindestens hat jede und jeder diese bei ihrem/seinem Beitritt unterschrieben. Sie lautet: „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Sie ist das einigende Band zwischen dem weltweiten Netzwerk der WRI mit über 80 Gruppen in mehr als 40 Ländern. In Deutschland hat die Internationale der KriegsdienstgegnerInnen, wie der englische Name – wegen der Betonung des „Dienstes“ vielleicht etwas unglücklich und verkürzend übersetzt wird – gleich mehrere Mitgliedsorganisationen, Sektionen genannt.

Neben der DFG-VK als der größten sind das der Bund für Soziale Verteidigung, das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung sowie die Internationale der Kriegsdienstgegner*innen (eine Gruppe in Berlin, die die verschiedenen Fusionen zur DFG-VK nicht mitgemacht hat). Von dieser IDK wurde nun vor einigen Wochen anlässlich des einhundertsten Jubiläums der Gründung der WRI eine lesenswerte kleine Broschüre als Beitrag zur Geschichte des gewaltfreien Antimilitarismus veröffentlicht.

Herausgegeben wurde sie von dem langjährigen IDK-Aktivisten Wolfram Beyer, der seine Einleitungstext überschrieben hat mit „100 Jahre WRI: Von den Anfängen der gewaltfreien Fraktion im Antimilitarismus“ und einen kurzen Abriss der Geschichte der Internationale liefert. Den Hauptteil der Broschüre stellen vier etwas ausführlichere, mit jeweils maximal 10 Seiten aber leicht lesbare Texte dar.

Der erste Beitrag stammt von Gernot Jochheim und ist betitelt mit: „Antimilitarismus und Gewaltfreiheit. Historische Entwicklungen zur WRI-Gründung“. Dabei handelt es sich um einen Auszug aus der Einleitung seines Buchs „Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Zur Entwicklung der Gewaltfreiheitstheorie in der europäischen antimilitaristischen und sozialistischen Bewegung 1890-1040, unter besonderer Berücksichtigung die Niederlande“. ... man ahnt es bereits: Das ist die Doktorarbeit Jochheims, und diese ist bereits 1977 erschienen. Nun wird sie aber in diesem Jahr im Verlag Graswurzelrevolution gekürzt neu erscheinen. Also: „bisschen wissenschaftlich“, aber für die WRI-Geschichte und das Verständnis der unterschiedlichen „Fraktionen“ auch die in der heutigen Friedensbewegung wichtig.

Wer hätte gedacht, dass die WRI bzw. deren Sekretär, Herbert Runham Brown, im Mai 1940, also im neunten Kriegsmonat, in der Zeitschrift „The War Resister“ schrieb: „Frieden jetzt ist möglich. Es würfde zwar kein guter Frieden sein, aber der schlechteste Frieden ist besser als der beste Krieg.“ Das erfährt man in dem Beitrag von Christian Scharnefsky, der überschrieben ist mit: „Zerreißprobe für den radikalen Pazifismus: Die WRI im Zweiten Weltkrieg (1939-1945)“. Das Brown-Zitat entspricht zwar ganz der WRI-Grundsatzklärung, und auch wir fordern ja heute oft „Verhandeln statt schießen“, weil miteinander

reden an sich immer besser ist als Gewaltausübung. Aber gilt dies ungebrochen auch im – freilich nachträglichen – Blick auf den von Nazi-Deutschland angezettelten Krieg?

Im dritten Beitrag beschäftigt sich Wolfgang Hertle mit der Periode nach 1945 und schreibt – immer wieder auch aus sehr persönlicher Sicht – über „Friedensfördernde Grenzüberschreitungen – Die WRI nach dem Zweiten Weltkrieg“.

Aktuell(er) und praktisch wird es im Beitrag des den meisten als langjährigen hessischen DFG-VK-Landesgeschäftsführer bekannten Gernot Lennert. Er beschreibt in einem Überblicksartikel „Aktuelle Arbeitsschwerpunkte der War Resisters' International“ – und macht damit die Vielfältigkeit der WRI deutlich (was ja auch die *ZivilCourage* mit dem regelmäßigen Beitrag „Global betrachtet“ von David Scheuing, der die DFG-VK im Rat der WRI vertritt, seit einiger Zeit versucht).

Abgerundet wird die Broschüre durch die Vorstellung des deutschen „Förderverein(s) War Resisters' International“ durch die frühere WRI-Vorsitzende Christine Schweitzer und eine kurze Vorstellung der sechs AutorInnen.

Was ist der Wert dieses schmalen 56-Seiten-Bändchens? Für mich: Ich liebe solche Broschüren, auch wenn sie sehr „Old School“ sind. Ich kann darin Anstreichungen vornehmen, Bemerkungen hineinschreiben. Und weiß Jahre später noch: In diesem Heftchen oder einem der vielen anderen vergleichbaren in meinem Bücherregal war „dieser eine wichtige Gedanke“ formuliert, den ich nochmals nachlesen wollte. Ein Griff ins Regal reicht. Das leistet kein Computer, kein Google, höchstens ergänzend.

Und dass die IDK damit ein bisschen Werbung für sich macht und pazifistische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit leistet – davon können wir alle profitieren.

Stefan Philipp



Findus: Kleine Geschichte der Protestmusik. Von Katzenmusik bis K-Pop. Heidelberg 2021; 52 Seiten; 8,90 Euro (zzgl. Versandkosten).

Erschienen im Verlag Graswurzelrevolution; ISBN 978-3-939045-43-4; bestellbar (auch) über www.graswurzel.net/gwr/buchverlag

Mit Namen soll man ja eigentlich nicht spielen, aber hier ist das angemessen und sinnvoll: *Findus* liefert mit diesem Buch einen schier unerschöpflichen *Fundus*, auch wenn er diesen als lediglich „kleine“ Geschichte der Protestmusik bezeichnet.

Er, Findus, ist den *CivilCourage*-LeserInnen wohlbekannt, zeichnet er doch seit mittlerweile vielen Ausgaben die jeweils auf der Rückseite veröffentlichten Karikaturen (ehrenamtlich übrigens, wie an dieser Stelle wenigstens einmal dankbar und dankend vermerkt sei!).

Mit diesem äußerlich schmalen, inhaltlich reichhaltigen Buch legt er nun einen Streifzug durch, wie er in der Einleitung schreibt, „emanzipative Momente der Populärmusik“ vor. „Von

Katzenmusik bis K-Pop“, wie der Untertitel verheißt, geht es dann zunächst um „Protestmusik in Deutschland“, von der „Katzenmusik“, die in der ersten Hälfte des vorvergangenen Jahrhunderts „eine populäre Form des politischen Protests darstellte“, über Arbeiterchöre, antifaschistische Protestmusik, die „Liedermacher*innenszene“, Politrock, deutschsprachigen Punk bis zu „deutschsprachiger Musik im Protestmodus und im Widerstandsmodus“ (Stichwort: „Lebenslaute“) bis hin zu Hip Hop.

Der zweite Teil widmet sich der Protestmusik in den USA mit bekannten (Woody Guthrie etc.) und (mir) unbekanntem AkteurInnen (z.B. Bikini Kill).

Im dritten Teil schließlich geht es um Protestmusik weltweit, um „Jamaika, Bob Marley und der Reggae“, um „Fela Kuti und arabischen Rap“ und und und...

Zum Musikstil, den InterpretInnen und dem politischen Hintergrund gibt es jeweils einen kurzen und informativen Text – und natürlich sehr viele Zeichnungen.

Das Buch macht große Lust aufs Blättern und dann vielleicht auch hören – und das Kennenlernen neuer musikalischer Protestformen.

Stefan Philipp

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Nein, nicht schon wieder KSK. Was soll das ständige Gemecker über unsere Elite? Sollen doch alle froh sein, wenn die mal am Wochenende in der Freizeit zur privat organisierten Fortbildung ausrücken und dabei die restliche Übungsmunition verballern. Da könnten sich andere Staatsdiener ein Beispiel dran nehmen!

Aber denken wir positiv, wir dienen doch Deutschland. Was sind sie nicht alle begeistert, die Landräte und Bürgermeister, von der unglaublichen Unterstützung durch unsere Kameraden in den Impfzentren. Vorher: Chaos im Wartebereich, die Leute rennen durcheinander, Spritzen fehlen, Ärzte völlig überfordert. Dann: Übernahme durch unsere Kräfte, ein Uffz brüllt mal kräftig, alles steht stramm und Ordnung herrscht in der Halle. So geht das! Naja, gegen Ende der Impfkampagne kann es dann noch mal kerniger werden, wenn unsere Greiftruppe ausrücken und die letzten Impfverweigerer einsammeln müssen. Da wird dann nicht lange diskutiert: Ärmel hoch, Astra rein und gut ist. Wir schaffen auch das.

Baron Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

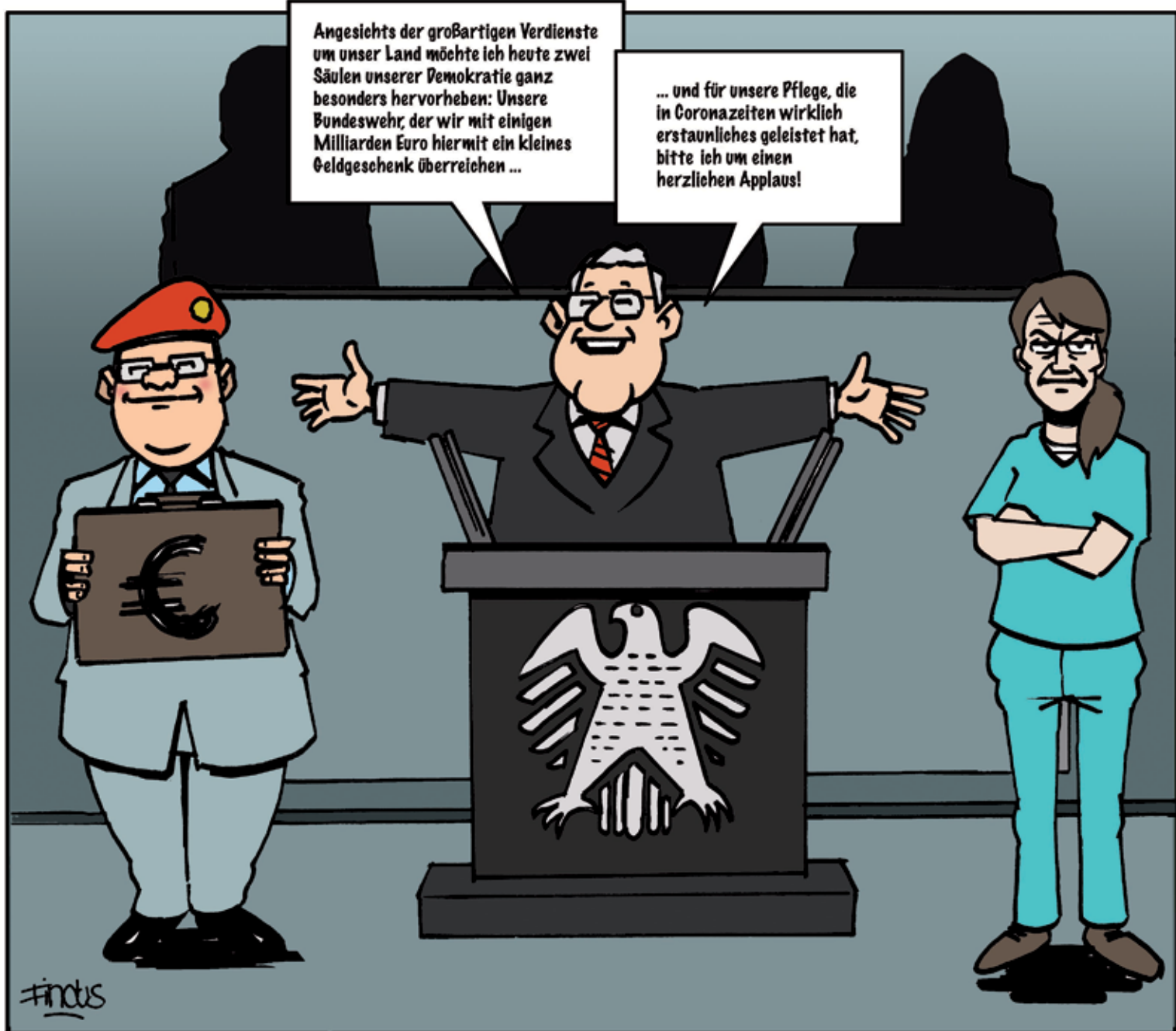
Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur



Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher erntschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.